

Politische Berichte



23. Oktober 1982
Jg. 3 Nr. 22

G 7756 D Preis:
2,50



Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des BWK · 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 73 76
Erscheint vierzehntäglich bei: GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte, m.b.H., 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 74 57. Preis: 2,50 DM

Unionsregierung: Wenn sie nicht in ihre Schranken verwiesen wird, wird die freie Gesellschaft sich austoben ...	Seite 3
Unterschiedliche Beurteilungen	Seite 4

Aus Politik und Wirtschaft — kurz berichtet Seite 6

Rüstungshaushalt 1983: Apel plante Steigerung um 5,7% / Die CDU will das Geld dafür eintreiben	Seite 7
Bundesgerichtshof: BGH deckt Freislers Volksgerichtshof	Seite 7
Lohnbewegung: Der Aufstieg Zimmermanns und der Fall des Reallohnes. Umgekehrt wär's besser	Seite 8
VR Polen: Gewerkschaftsgesetz verabschiedet	Seite 9
USA: Härtere Strafverfolgung gegen den „Pöbel“	Seite 9
Türkei: Die Junta will mit der neuen Verfassung ihre Gewaltherrschaft institutionalisieren	Seite 10
Wohnungsbau: Hohe Kapitalverzinsung auf Kosten der Mieter	Seite 11
Druckindustrie: Windige Überlebensstrategien	Seite 12
Bürgerliche Krisentheorien: Die bürgerlichen Ökonomen fordern die Zerschlagung der Gewerkschaften und die Beseitigung des Tarifrechts	Seite 13
Wirtschaftskrise 1930 und ihre Überwindung: Lohnsenkung und Verelendung der Massen	Seite 14
Moralpredigten der Kapitalisten und ihrer Sprecher: Von der Tugend des Sparens	Seite 17

Nachrichten aus der Arbeiterbewegung Seite 18

Bremen: AG-Weser, Vulkan: Kapitalisten wollen Fusion	Seite 19
„Arbeitsbeschaffung“: Wo das Arbeitsamt nicht kürzt	Seite 19
Berufverbote in Niedersachsen: „Immer lustig und vergnügt, bis der Arsch im Sarge liegt ...“	Seite 20
Brokdorf-Prozesse: Prozeß gegen AKL-Mitglieder vorerst ausgesetzt	Seite 21
Flughafengegner München: Beteiligung bei nächsten Wahlen	Seite 21
Energieversorgung: Stadt Mannheim behauptet: Industriepreis subventioniert Haushaltstarife	Seite 22
Alcan-Strompreiserpressung erfolgreich	Seite 23
Entwicklungshilfe: Propagandaschau in Baden-Württemberg	Seite 23

Westberlin: Ausländerkinder — isoliert und abgestempelt	Seite 23
--	----------

Kindertagesheime: Den verbesserten Status beibehalten	Seite 24
--	----------

DGB-Demonstration 30.10.: Debatte: Forderungen gegen Rüstungshaushalt	Seite 24
--	----------

Personen-Nahverkehr in privater Hand: Die Pekol GmbH & Co KG Oldenburg — „Billiger“ nur, solange der Lohn gedrückt werden kann	Seite 25
---	----------

Die „privatisierungsrelevanten Rationalisierungsreserven“ ausschöpfen	Seite 26
---	----------

Stichwort: Privatisierung	Seite 27
---------------------------------	----------

Internationale Nachrichten Seite 28

BRD-Entwicklungspolitik: Förderung des Waren- und Kapitalexports für die BRD-Imperialisten	Seite 29
---	----------

Großbritannien: Neues Plünderprogramm Thatchers ...	Seite 29
--	----------

Dänemark: Lohnstoppgesetz und „Spar“plan beschlossen	Seite 30
---	----------

Griechenland: Widersprüche zur EG verschärfen sich .	Seite 30
---	----------

Portugal: Streikwelle reißt nicht ab	Seite 31
---	----------

Indien: Pressezensurgesetz in Bihar	Seite 31
--	----------

Azania: „Izwe lethu“ — Das Land gehört uns“ / Eine Losung des Pan Africanist Congress	Seite 32
--	----------

Farm-Schulen / Eine Fragestunde im „Parlament“	Seite 33
--	----------

Aus Kultur und Wissenschaft Seite 34

Die Weiße Rose: Eine Würdigung des Kampfes der Geschwister Scholl gegen die Faschisten	Seite 34
---	----------

Lynchjustiz für Lloyds	Seite 34
-------------------------------------	----------

Eine bäuerliche Lebensgeschichte	Seite 34
---	----------

Indizierung eines Hitlerromans	Seite 35
---	----------

Deutschlandberichte der SPD 1934/40: Anschauliche und vielfältige Nachrichten aus dem Faschismus	Seite 35
---	----------

1956 — 1966: Die „deutsche Frage“ in der völkerrechtlichen Praxis der BRD	Seite 36
--	----------

C.F. von Weizsäcker: Physikprofessor auf der Suche nach dem „Einen“	Seite 37
--	----------

Lambsdorff gegen Steuerindexierung / Inflationsbetrug soll weitergehen	Seite 38
---	----------

Zur Berechnung der Steuerindizierung	Seite 38
---	----------

Lohn drift Metall 80 — 82: in allen Lohnzonen unter der Inflationsrate	Seite 39
---	----------

Wenn sie nicht in ihre Schranken verwiesen wird, wird die freie Gesellschaft sich austoben

Das Bedürfnis, die neue Regierung aus CDU, CSU und FDP loszuwerden, beginnt sich zu einer politischen Bewegung auszuwachsen. Das aufdringliche Sendungsbewußtsein dieser Regierung bleibt aber davon ganz bemerkenswert unbeeindruckt, obwohl doch die Hamburger Bürgerschaft in Auflösung befindlich scheint und die Union für Hessen Neuwahlen fordert und behauptet, im März Bundestagswahlen abhalten zu wollen. So weit sich in dem gegenwärtigen Durcheinander – von den verschiedenen Projekten der neuen Regierung ist noch nichts beschlußreif gemacht – schon eine Gesamtstrategie der Union ablesen läßt, ist diese sogar auf extrem langwierige Maßnahmen politischer Gestaltung angelegt.

Für die Rechtsstellung der ausländischen Arbeiter sind Regelungen in Vorbereitung, die zu einer erhöhten Umschichtungsgeschwindigkeit beitragen sollen, wie sie erstens für die Kapitalisten rentabel ist und zweitens die Ausschaltung eines großen Teils der Arbeiterklasse in der BRD aus dem politischen Leben sicher macht. Denn wenn die Leute länger hier sind, melden sie sich unvermeidlich auch zu Wort, und was sie zu sagen hätten, kann nicht gut für Deutschland sein. Aber wie lange würde es brauchen, bis die einschlägigen Gesetze vollends wirksam würden? Einige Jahre!

Für Rentner, Sozialhilfeempfänger, Arbeitslose ist die Rückführung in eine familienabhängige Existenz ins Auge gefaßt. Aber bis alle derartigen Bezüge so weit gesenkt sind, daß wirtschaftlicher Zwang die christliche Familie als Keimzelle der Staatsaufsicht über den Einzelnen installiert, würde auch viel Zeit verstreichen.

Die Abschaffung des Schüler-BAföG und die völlige Umstellung des Studenten-BAföG auf Darlehen wird einerseits schnell wirken. Andererseits jedoch würden viele Jahre verstreichen müssen, bis die segensreiche Gesamtwirkung spürbar werden kann, bis der Zugang zur höheren Schule wieder eindeutig mit dem Ausgangspunkt einer Familie, die was hat, verknüpft ist, länger noch, bis die Darlehensrückzahlungspflicht der Hochschulabsolventen einen Grund zur verstärkten Differenzierung der einschlägigen Gehälter vom Arbeiterlohn hergibt.

Bis endlich die vagen Vermögensbildungsvorstellungen wenigstens einigen Leute soviel Besitz verschaffen, daß diese wegen eines Eigenheimes oder

wegen ein paar Aktien sich in der kapitalistischen Gesellschaft heimisch fühlen, wird noch viel mehr Zeit verstreichen.

Nun ist aber nicht zu übersehen, daß diese Regierung jedenfalls eines zu bieten hat: Schutz, Hilfe und Förderung für jeden, der irgendwie was hat oder auch nur zu haben glaubt, und zwar: vor den Ansprüchen jener, die nichts haben. Einen Schutz- und Trutzbund dieses Typs will die Union bilden. Die soziale Stütze sind die wirklich Reichen, die politische Basis, das Fußvolk, stellen die vielen, die glauben, sie hätten was zu verlieren. Das politische Kampfinstrument ist der Staatsapparat.

Die Entscheidung der Union, die Regierungsbildung auch unter beträchtlicher Strapaze des Parlamentarismus zu vollstrecken, gründete sich vermutlich weniger auf die schiere Zahl des anhängenden Haufens, als mehr auf die Festigkeit und politische Entschlossenheit eben dieses Haufens. Vielleicht deswegen geistert durch die öffentliche Meinung nach wie vor die Vorstellung vom Putsch der Union, obwohl doch alles formal völlig korrekt zugegangen war. Vielleicht deswegen verstrahlt die Union eine Siegesgewißheit, die in Anbetracht ins Auge gefaßter Wahlen geradezu unvernünftig scheint.

In einem Interview mit „Bild“ äußerte sich Franz Josef Strauß am Dienstag, den 12. Oktober, wie folgt:



Welche Verfassungsänderung?

„Die Grünen sind in meinen Augen keine politische Partei im Sinne des Grundgesetzes. Sie wollen einen anderen Staat, eine andere Republik, eine andere Gesellschaft. Sie lehnen unsere repräsentative Demokratie ab und fordern stattdessen direkte Demokratie. Was soll das anderes sein als die Herrschaft der Straße? Ich sehe hier eine Lücke in unserem Staatsrecht. Wir sollten grundsätzlich überlegen, die Voraussetzungen klarer zu fassen, wenn eine politische Gruppierung als Partei bei Wahlen zugelassen werden will.“

Am Samstag, den 16. Oktober, berichtete die „FAZ“ über Äußerungen Norbert Blüms im Bundestag wie folgt:

„Die freie Gesellschaft müsse beweisen, ob sie freiwillig zur Umkehr fähig sei oder ob die Umkehr nur mit harter Hand zustande gebracht werden könne. Er sei für eine Umkehr aus Einsicht, meinte Blüm ...

Er wolle eine Druckwelle des Gemeinnsinns erzeugen. Mitte '83 werde Bilanz gemacht. Wer sich der Atempause entzogen habe, werde dann als Egoist entlarvt. Alle Ansprüche auf Einkommenserhöhung seien zu der Pause eingeladen ...

Es sei ihm unverständlich, wieso ein Vorschlag auf Lohnpause als ein Angriff auf die Tarifautonomie bezeichnet werden könne. Tarifautonomie heiße doch nicht Diskussionsverbot.“

Am Montag war von Walter Leisler Kiep zu hören, wie seine Bedingungen für Neuwahlen in Hamburg aussehen: Er will für die CDU unabhängig vom Wahlergebnis eine Regierungsbeteiligung zugesichert haben.

Die Union will dran bleiben, egal ob dazu die Einschaltung der FDP oder auch die Ausschaltung der Grün-Alternativen erforderlich werden sollte. Sie operiert auf einer politischen Grundlage, die sie für gefestigt hält, und mit einem Staatsapparat, den sie für entfelsbar ansieht. So hält sich die Union – vorderhand – für ohne weiteres in der Lage, der Opposition, die ihre Politik hervorruft, Paroli zu bieten.

In den letzten Wochen fand Zulauf, was die Aussicht auf parlamentarische Opposition bot. Die CDU-Mitläufer, vor denen Strauß etwa stets seine Partei gewarnt hat, fielen bei Gelegenheit der hessischen Landtagswahlen zu Hauf ab. Die Grünen vermochten in Bayern ein Wahlergebnis zu erzielen, das ihre Aussichten für Bundestagswahlen überhaupt nicht gefährdet, und

Unterschiedliche Beurteilungen

Die abgedruckten Stellungnahmen der revolutionären Organisationen zum Regierungswechsel und möglichen Neuwahlen können wir leider nur stark gekürzt wiedergeben. Da sich neue Veröffentlichungen zeitlich mit dem Erscheinen der Politischen Berichte überschneiden können, haben wir jeweils den Erscheinungstag angegeben.

BWK

Die Wirtschaftstätigkeit hat weiterhin abgenommen. Eine weitere Zunahme der Arbeitslosigkeit ist zu erwarten. Die Einnahmeerwartungen im Haushalt sind nicht mehr gedeckt. Die Ausgabeverpflichtungen gewachsen. Weitere Steueranhebungen auf Lohn und Gehalt würden angesichts bereits erreichten Hochstandes auf die Lohnbewegung durchschlagen und wenigstens teilweise von den Kapitalisten gezahlt werden müssen ...

Aus dieser Zwickmühle hat Schmidt und zusammen mit dem SPD-Vorstand seine Partei herausgeführt. Man bedenke nämlich: Neuwahlen machen alles frisch! Neuwahlen im November, bevor also der Haushalt verabschiedet ist, wären bestens geeignet, die nächsten Pläne im Dunkeln zu lassen und einen Wahlkampf zu führen unter der Versprechung, das Unvermeidliche jedenfalls milder als die Unionsparteien zu tun, auch würde sich im Falle einer Wahlniederlage immerhin die Vorstellung retten lassen, die SPD sei nicht bereit gewesen, der Arbeiterbevölkerung anzutun, was absehbar ist.

An dieser Stelle ist festzuhalten: Es wäre der Regierung ein leichtes gewesen, unter Hinterlassung von wirklichen politischen Anhaltspunkten für den Kampf der Arbeiterbewegung zu stürzen, zum Beispiel, daß ihr Renten wichtiger seien als Panzer ...

Leider hat die Politik des DGB gegenüber dem Haushaltsentwurf der Bundes-

regierung zu diesen widerwärtigen Entwicklungsmöglichkeiten bürgerlicher Politik nicht zu knapp beigetragen. Das hingehauchte: Bis hierher (schon) und weiter (vorderhand) nicht! mußte bei den Interessenvertretern der Kapitalistenklasse den Eindruck erwecken, daß man mit diesen Leuten noch viel mehr anstellen könne. Das ist ein auslösender Faktor gewesen. Die politischen Möglichkeiten der Arbeiterbewegung in der gegenwärtigen Regierungskrise bestehen: In der Festlegung der Gründe, die ihr eine positive Unterstützung der Koalition aus SPD und FDP unmöglich gemacht haben und in der weiteren Feststellung, daß sie ein solche Politik jeder Regierung unmöglich machen wird, egal welcher Helmut oder auch Franz einer solchen vorsteht.

Politische Berichte, 25.09.

Kommunistischer Bund

Noch ein paar Wochen früher, als allgemein erwartet hat die sozial-liberale Koalition in Bonn den Löffel abgegeben. Mit der Auflösung der Koalition ist Helmut Schmidt in letzter Minute in die Offensive gegenüber der FDP-Spitze gegangen, die den ganzen Vorgang lieber erst nach den Landtagswahlen in Hessen und Bayern über die Bühne bringen wollte. Gestützt auf eine breite Mehrheitsmeinung im Volk kann die SPD nun sofortige Neuwahlen fordern, die der Abtrocknen der FDP sind. Neuwahlen sind selbstverständlich auch den Grün-Alternativen sehr willkommen, die dann mit Sicherheit eine solide Fraktion in den Bundestag schicken werden ... Man wird sich darauf einrichten müssen – Neuwahlen hin oder her – daß es erst einmal eine Mehrheit im Volk gibt, die bereit ist, für eine Politik zu stimmen, die den bisherigen Kurs der SPD/FDP-Koalition noch weit in den Schatten stellt. Das bedeutet Grünes Licht für den verschärften Abbau des „sozialen Netzes“, Ausbau des Polizeistaates, forcierte Kriegsrüstung und Kriegspolitik. Das bedeutet Grünes Licht für massenhafte Verelendung und Massenarbeitslosigkeit ...

13 Jahre sozialliberale Regierungspolitik haben zu einigen Erfahrungen geführt, und die rund 10%, auf die die grün-alternative Radikalopposition heute vermutlich bundesweit rechnen kann, sind ein Ausdruck

dieser Erfahrungen. Es wäre unrealistisch und vermessen, wenn man heute einfach behaupten würde: Die Radikalopposition läßt sich von der SPD nicht mehr mit dummen Sprüchen leimen und vereinnahmen. Aber weitaus schwerer als in den 60er Jahren würde das Geschäft für die SPD schon werden, und es bliebe allemal ein solider sozialistischer „Bodensatz“, der mit erheblich mehr Erfahrungen und Realitätstüchtigkeit operieren wird als die aus der APO hervorgegangenen „Neue Linke“ der 70er Jahre.

Unser eigenes Ziel muß allerdings weiter gesteckt werden: Notwendig ist ein starker „Reform-Block“, der eine Alternative sowohl zur bisherigen Regierungspolitik der SPD/FDP-Koalition wie auch zu deren verschärfter Fortführung durch die CDU/CSU entwickeln und dafür erhebliche Teile des Volkes gewinnen kann. Dieser „Reform-Block“ kann aber nur zustande kommen, wenn es zu massenhaften Brüchen und Spaltungen in der SPD und FDP kommt. Die Chancen dafür sind vorhanden, auch wenn sie derzeit nicht gerade riesig erscheinen.

Arbeiterkampf, 20.09.

KPD

Die reaktionärsten Kreise des westdeutschen Finanzkapitals hatten auch nach ihrer Niederlage bei der Bundestagswahl 1980 – als die Arbeiterklasse und die Werktätigen dem Kanzlerkandidaten dieser Kreise F.J. Strauß eine klare Abfuhr erteilen – ihr Streben nicht aufgegeben, eine grundlegende Wende in ihrem Sinne herbeizuführen ...

So wurde die SPD von den wahrhaft Mächtigen in diesem Land auf kaltem Wege aus der Regierung gedrängt – unter vollständiger Mißachtung des Wählerwillens von 1980, der sich unmittelbar vor dem Regierungssturz in der Hessenwahl noch einmal eindrucksvoll manifestiert hatte. Das Großkapital betrieb die von ihm gewollte Wende mit betrügerischen Manövern auf der Bonner Bühne, indem es sich der reaktionären FDP-Führung um Genscher und Lambdorff bediente ...

Der Machtantritt der CDU/CSU ist der Machtantritt der schwärzesten Reaktion. Er bedeutet für uns, für die Arbeiter und An-

das ist in Betracht ihrer dortigen politischen Leistungen nicht wenig, sondern viel.

Die politischen Opposition, die sich gegenwärtig in dem Bestreben findet, dem Unionsregiment ein Ende zu machen, ist sehr gemischt. Die sozialdemokratische Parteistrategie begründet sich aus dem Bewußtsein, Klassenkämpfe, in denen sich die Kapitalistenherrschaft aufreihen könnte, vermeiden zu können. Es fehlen noch die Unterlagen, aber die spätere Untersuchung der Oppositionspolitik der SPD wird zeigen, daß diese Partei in den letzten vier, fünf Wochen so viel an Interessen der Arbeiterbevölkerung aufgegeben hat wie nie seit Bestehen der BRD, freilich in der verlogenen Form

der Polemik gegen noch Weitergehendes der Union.

Die Grün-Alternativen fassen die laufenden Angriffe der Reaktion auf Lebensinteressen der Industriearbeiter nicht gewichtig auf. Sie können in Kritik der Lebensverhältnisse, die der Kapitalismus hervorbringt, nicht begreifen, welche Unmenschlichkeit in dem Gerede vom Konsumverzicht steckt, wenn es auf Arbeiter gezielt ist, die doch kaum genug haben, um die ausgelaugte Lebenskraft wiederherstellen zu können.

So nämlich könnte die Reaktion schon fertig werden mit allem: Sie könnte die grün-alternative Bewegung auf dem politischen Feld isolieren und zerschlagen, sie könnte die Arbeiterbe-

wegung, die sich notwendig in wirtschaftlichen Kämpfen bilden muß, politisch isolieren und mit Gewalt zerstören.

So nahe nun der Gedanke einer einheitlichen Oppositionsbewegung gegen die Reaktion liegen muß, wir glauben, daß dieser Opposition nichts schlimmeres widerfahren kann als die Veranstaltung eines großen theoretischen Gemansches.

Sozialdemokraten wollen nicht den Sozialismus. Sie wollen den Ausgleich zwischen Lohnarbeit und Kapital in der politischen Form der parlamentarischen Demokratie. Grün-Alternativen wollen nicht sozialdemokratische Regierungen haben. Sie wollen (vielleicht) eine Sperrminorität im politischen wie

gestellten, die Werktätigen in Stadt und Land:

- Rigoroser Abbau aller sozialer Errungenschaften ...
- Massive Aufrüstung und Kriegsvorbereitung ...
- Abbau der demokratischen Rechte des Volkes ...
- Vertiefung der Spaltung Deutschlands durch weitere staatliche Nichtanerkennung der DDR ...

Die KPD ist sich mit der überwältigenden Mehrheit der Werktätigen darin einig, daß der putschartig vollzogene Regierungswechsel nicht hingenommen werden kann. Wir fordern, daß unverzüglich der Weg für Neuwahlen zum Bundestag freigemacht wird ...

Die KPD ruft alle Werktätigen in Stadt und Land dazu auf, der neuen Regierung und ihren Hintermännern in diesem Sinne entschlossenen Widerstand entgegenzusetzen. Wir sehen dabei in den vom DGB für diesen Monat geplanten Aktionen gegen Sozialabbau eine gute und notwendige Initiative, die den Auftakt bilden sollte zu weiteren Massendemonstrationen, zu Streiks und anderen Aktionen, in denen die Arbeiterbewegung eine starke Kampffront gegen das Großkapital und seine neue Regierung aufbaut und die Strauß, Kohl und Lambsdorff in die Schranken weist. Nur gemeinsam sind wir stark! Schaffen wir, über alle Grenzen von Parteizugehörigkeit oder Weltanschauung hinweg, eine einheitliche und breite Kampffront gegen die Offensive des Großkapitals und seiner Bonner Regierung!

Roter Morgen, 08.10.

Marxistische Gruppe

Den Respekt, als Politiker zur Machtausübung befragt zu sein, bezeugten sich die sozial-christlich-liberalen Kumpanen schon, bevor sie dazu übergangen, ihre konkurrierenden Vorstellungen über die Methode des Machtwechsels als den unabwiesbaren Willen des Volkes vorzustellen. Taktik wurde allenthalben „aus Verantwortung für den Staat“ abgelehnt und beim Gegner aufgedeckt: Schmidt wollte „taktischen Manövern nicht länger zusehen“ und des-

halb zusammen mit Brandt „die Verantwortung in die Hände der Bürger zurücklegen“. Der um die Glaubwürdigkeit der Politik besorgte Kohl vertrat die uneigennützig Auffassung, der Bürger könne erst dann vernünftig entscheiden, wenn er ein halbes Jahr – statt Schmidt – Kanzlerprofil gewonnen hat. Und Genscher will auch noch erst mit der CDU seine Pflicht für Land und Leute erfüllen, damit die Wähler seine Beständigkeit im Regieren honorieren ...

In aller Freiheit wird so schon an den künftigen Wahlparolen gebastelt, mit denen man die feststehende Kontinuität der Politik dem Wähler als Parteialternative vorlegt. Weil die SPD in die Opposition geht, läßt sie die Leute die sozial-liberale Sparpolitik vergessen, macht sich zum Anwalt von ganz viel Gerechtigkeit und zum Bewahrer des sozialen Netzes durch die Ablehnung der überzogenen Haushaltsbeschlüsse, die sie selber mit der FDP geplant hatte. Weil die FDP mit der CDU koalitiert, kann sie wie bisher liberaler Anwalt der Freiheit sein: den Unternehmern Unternehmerfreiheit, den gemeinen Leuten die Freiheit zur Selbsthilfe und die Befreiung des Staates von unnützigen Kosten. Weil die CDU/CSU endlich an die Regierung kommt, verspricht sie den Leuten einen gründlichen Kassensturz und eine rigorose Sanierung der Staatsfinanzen auf ihrem Rücken, was die bisherige Regierung mit ihrem „Gießkannenprinzip“ angeblich notwendig gemacht hat. Das sind jetzt die Alternativen: Mit der Behauptung, eine kleine Ergänzungsabgabe von den Reichen würde den sozialfriedlichen Zugriff in die Lohntüte erleichtern, wird Opposition gemacht. Mit der Ankündigung rücksichtsloser Härte verspricht die zukünftige Regierung die Rettung des Vaterlandes.

Marxistische Arbeiterzeitung, 21.09.

MLPD

Er (Wechsel zur Regierung Kohl/Genscher) ist zu allererst einmal eine Kampfansage an die Arbeiterklasse und ihre Jugend. Den Beginn der Wirtschaftskrise in der Bundesrepublik werden die deutschen Monopole mit einer großangelegten Exportoffensive zur Ausschaltung vor allem ihrer amerikanischen und japanischen Konkurrenten auf dem Weltmarkt beabsichtigen ...

Natürlich wird auch der bereits unter der SPD/FDP-Regierung begonnene Abbau sozialer Rechte beschleunigt fortgesetzt. Dabei werden die neuen Bonner Geschäftsführer weder vor einer weiteren Verschlechterung der Lern- und Arbeitsbedingungen der werktätigen Jugend zurückschrecken noch die Lehrer, die kleinen und mittleren Beamten, die selbstständigen Gewerbetreibenden und die kleinen und mittleren Bauern vor ihrer „sozial ausgewogenen“ Demontage ausparen ...

Bei der rücksichtslosen Durchsetzung des oben beschriebenen extrem volksfeindlichen Programms müssen die Herrschenden mit dem verstärkten Aufkommen von selbstständigen Kämpfen der Arbeiter rechnen. Genau deshalb könnte es für die Monopole gefährlich werden, wenn sich der ganze Unmut auf eine regierende Sozialdemokratie richten würde. Wer sollte dann die Kämpfe der Arbeiter dämpfen beziehungsweise in geordnetem Rahmen halten können? Deshalb mußte die SPD vor der Umsetzung der umfassenden Angriffe der Monopole in die Opposition wechseln. Die CDU/CSU/FDP-Regierung wird gegen auftretende selbstständige Kämpfe mit aller Härte vorgehen, verbunden mit einer Flut antikomunistischer Hetze ...

Wird sich die MLPD also an den Neuwahlen beteiligen? In der einen oder anderen Form sicherlich. Das Aufstellen eigener Listen oder Kandidaten ist allerdings unwahrscheinlich ... Die eigenständige Kandidatur für Bundestagswahlen wäre gegenwärtig ein zu großer Brocken, der unsere Kräfte und Möglichkeiten übersteigen würde.

Deshalb müssen wir nach einer Form der Wahlbeteiligung suchen, die sowohl der Tatsache der jetzt vorhandenen Marxistisch-Leninistischen Partei Deutschlands entspricht als auch die noch geringen Kräfte berücksichtigt. Eine solche Form wäre beispielsweise die kritische Unterstützung einer nichtmonopolistischen Partei, einer Initiative oder eines entsprechenden Wahlbündnisses.

Rote Fahne, 9.10.

sozialen Sinne, ausreichend stark, um ihrer Klientel von beamtetem und angestelltem Mittelstand und seinem Nachwuchs zu ersparen, was sie für unerträglich halten. Die wenigen Kommunisten sollten nichts dergleichen wollen, sondern die Beseitigung der Kapitalistenherrschaft und damit der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen. Bloß weil für Kräfte aus allen diesen Richtungen, zu nennen noch die christliche Kritik, soweit sie nicht bei Sozialdemokraten und Grün-Alternativen zur Untermiete haust, die Politik der Unionsparteien unannehmbar ist, soll man nicht versuchen, die Unterschiede zu verwischen.

Dies ist nämlich auch gar nicht erforderlich. Ein Zusammenwirken ent-

steht nicht durch Verwischung programmatischer Ziele, sondern durch Auffinden von Übereinstimmung in einzelnen Belangen. Ganz knapp: Wenn die Gewerkschaftsbewegung politischen Ausnahmegesetzen bzw. Verordnungen gegen die Grünen zusieht, dann dürfte das ein kaum reparabler Fehler sein. Wenn die Grün-Alternativen die verzweifelte wirtschaftlichen Kampfversuche der Arbeiter mit Bemerkungen über den sittlichen Wert des Umsteigens aufs Fahrrad begleiten, genauso. Wenn Kommunisten in den gegenwärtigen Klassenkämpfen ihrer Pflicht zur energischen Unterstützung aller Kämpfe gegen die Reaktion nicht nachkommen, so wird das ebenso schaden, als wenn sie sich zu dem Irrtum verleiten lassen, ein konsequenter

Sozialdemokrat, d.h. einer, der zur Not den Kampf für seine Überzeugungen nicht scheut, sei kein Sozialdemokrat und ein energischer Grün-Alternativer kein Grün-Alternativer mehr. Die Herrschaft der Unionsparteien kann ohne solchen Unfug beendet werden. Sie wird zu Ende sein, wenn und soweit es gelingt, das Vertrauen der Anhängerschaft der Union in deren Fähigkeit, die Klassenkämpfe mit List und Gewalt niederzuhalten, nachhaltig erschüttert werden kann, und wenn sich (wie es unvermeidlich ist) in solchen Kämpfen herausstellt, daß die zunehmende Bedürftigkeit der arbeitenden Bevölkerung sich nicht zu stillen sucht durch den diebstahlsähnlichen Zugriff auf das Kleineigentum, sondern durch Kampf gegen die großen Ausbeuter.

Landtagswahlen in Bayern

Die Stimmenergebnisse der bayerischen Landtagswahlen sind bekannt. Der Versuch der SPD, sich in den letzten 3 Wochen nach Bonner Regierungsumbildung als „Verfechter der sozialen Gerechtigkeit“ in Szene zu setzen, dürfte Wirkung gezeigt haben. Dafür sprechen ihre Gewinne in den Industriezentren, die dort zwischen 3 und 4% liegen. Die Grünen haben hauptsächlich Politik mit dem Anspruch links von der SPD gegen die SPD gemacht. Die Maßnahmen der CSU-Staatsregierung für die Kapitalisten und deren Konzernnützlichkeit stand außerhalb jeglichen Angriffs. Die Grünen und alternativen Kräfte ließen sich von der Einschätzung leiten, der CSU in Bayern „sowieso keine Stimme abnehmen zu können“. Insofern mußte die Politik, die ausschließlich gegen die SPD ge-

richtet war, bei Eintritt eben dieser SPD in die Oppositionsrolle, wieder zum Teil zu Stimmen der CSU werden. Die sozialdemokratische Schluckbewegung mit dem Etikett „Verfechter der sozialen Interessen“ der Lohnabhängigen hat eingesetzt und soll alles, was sich links von der SPD regt, aufsaugen. Dafür spricht auch der Verlust der DKP von über 10000 Stimmen gegenüber der letzten Landtagswahl. Der BWK hat in einem von sieben Regierungsbezirken kandidiert, das sind 33 von 105 Wahlkreisen. Er erhielt 363 Zweitstimmen (Bundestagswahl 1980: 286, Landtagswahl 1978: 625). Die Zunahme von 78 Stimmen gegenüber 1980 erfolgte in Bezirken außerhalb Münchens und zwar exakt dort, wo wir Betriebszeitungen haben, und dort, wo direkte Einzugsbereiche für Münchner

Großbetriebe sind, wo wir auch Betriebszeitungen haben. In Ingolstadt (Betriebsausgabe Audi) mit 4 Wahlkreisen z.B. ist eine Steigerung von 16 auf 43 Stimmen. In etlichen Wahlkreisen außerhalb Münchens wurden gar die Ergebnisse von 1978 wieder erreicht. In München erhielt der BWK 161 Stimmen (1980: 162). Allerdings erfolgte in den Wahlkreisen eine Verschiebung, die deutlich auszumachen ist. Dort, wo Betriebszeitungen herausgegeben werden, ist Zunahme zu verzeichnen, z.B. im Einzugsbereich von BMW von 37 (1980) auf jetzt 64, ähnlich auch im Einzugsbereich von MAN. Dort, wo wir gegenüber früher in den letzten 2 Jahren keine Ausgaben mehr hatten, sind die Stimmen stark zurückgegangen. Insgesamt sind es sicher wenig Stimmen, aber da keine der linken Organisationen bereit war, mit zu kandidieren, wiederum so wenige auch nicht.

Kein Kompromiß bei Röhren

Mitte Juni hatten US-Stahlkonzerne eine Reihe europäischer Konkurrenten wegen „Dumping“ bei der US-amerikanischen Internationalen Handelskommission (ITC) verklagt. Die US-Regierung bot Verhandlungen über „Selbstbeschränkungen“ der europäischen Stahlkapitalisten an, andernfalls würden sie von der ITC zu Strafzöllen verurteilt. Anfang August legte die EG-Kommission, die mit den Verhandlungen beauftragt wurde, einen Vorschlag vor: Für elf Stahlprodukte sollten maximale Anteile am US-Markt festgelegt werden. Die US-Monopole legten erneut ihr Veto ein: Die Einfuhrbeschränkungen müßten auch Edelstahl und Röhren umfassen. Am 13.10., zwei Tage vor der angekündigten Entscheidung der ITC, meldete die Presse, daß sich die europäischen Stahlkapitalisten bei einer Tagung in Tokio geeinigt hätten, den USA ein neues Angebot unter Einschluß von Beschränkungen bei Edelstahl und Röhren zu machen. Die westdeutschen Stahlkapitalisten dementierten prompt. Schließlich liefern BRD-Konzerne 60% der EG-Röhren in die USA, ein solches Geschäft läßt man sich bei aller Freund-

schaft nicht verderben! So entschied die Bundesregierung, daß ein auf der Grundlage der Tokioter Verhandlungen ausgearbeiteter Vorschlag der EG-Kommission erst einmal im Kabinett beraten werden müßte. Als so die EG-Kommission kein neues Angebot an die USA unterbreiten konnte, verkündete die ITC am 15.10.: Von den Anklagen gegen BRD-Stahlhersteller bleibt nur eine aufrechterhalten. Die Stahlwerke Röhring müssen einen Ausgleichszoll von 1,131% auf Formstahl zahlen. Dagegen müssen die Konkurrenten aus Belgien, Frankreich, Italien, Luxemburg und Großbritannien mit Ausgleichszöllen bis zu 26% rechnen. Alle Strafzölle treten am 1. November in Kraft. Am 20. 10. lehnte die Bundesregierung einen Kompromiß mit Beschränkungen für Röhren ab.

433 Ausländer festgenommen

Die Ausländerpolitik der Unionsparteien erlebte in dem CDU-regierten Baden-Württemberg in der Nacht und den frühen Morgenstunden des 14. Oktober ihren bisherigen Höhepunkt. Zahlreiche schwerbewaffnete Polizisten führten auf Anordnung des Innenministeriums eine Großfahndung durch, mit dem Ziel, möglichst

viele Ausländer zu verhaften, die sich nicht bürgerlich-rechtlich ausweisen konnten. 340 Wohnheime und Baustellen wurden durchsucht. 7200 Ausländer wurden überprüft. Das überfallartige Vorgehen der Polizei war eine Provokation. Daß bei dem nächtlichen Raubzug durch Verwirrung und Überraschung kein Ausländer „auf der Flucht erschossen“ wurde, gleicht einem Wunder. Wer seine Ausweispapiere nicht griffbereit vorweisen konnte, wurde festgenommen und abgeführt. So nahm die Polizei 433 Personen fest und wird die „Illegalen“ u.a. der Militärjunta in der Türkei übergeben. Das Innenministerium in Stuttgart kündigte nach dieser „erfolgreichen“ Aktion an, ähnliches weiterhin durchzuführen. „Typische Treffpunkte“ der Ausländer sollen kontrolliert werden. Bundeskanzler Kohl hatte am Tag vor der Großfahndung im Bundestag die Ausländerpolitik zum Bestandteil des Dringlichkeitsprogramms der neuen Regierung erklärt, mit dem Ziel, „eine unbegrenzte und unkontrollierte Einwanderung zu verhindern“. Eine Kommission aus Vertretern von Bund, Ländern und Gemeinden soll bis zum 1. März nächsten Jahres noch weitere „Empfehlungen“ ausarbeiten.

Carstens, China und das Abendland

Seit jeher haben sich die China-Interessen des deutschen Imperialismus mit der bildungsbürgerlichen Verklärung der chinesischen Kultur – oder was dafür gehalten wurde – gepaart. Das Volk der Dichter und Denker und das Volk mit der ältesten Zivilisation der Welt – sozusagen eine natürliche, eine Geistesverwandtschaft. In der Praxis ist seit über 100 Jahren die Kulturpolitik ein Hauptbestandteil der deutschen China-Expansion, gerichtet auf die Beeinflussung der chinesischen Intelligenz. Natürlich gab es je nach Lage auch Änderungen im deutsch-imperialistischen China-Bild: Der sogenannte Boxeraufstand veranlaßte Wilhelm II zur berühmten „Hunnenrede“, und mit der chinesischen Kulturrevolution sahen die Imperialisten ihre Einflußmöglichkeiten zunichtegemacht und die Zivilisation im Meer der „blauen Ameisen“ ertrinken. Heute jedenfalls hat die BRD-Kulturpolitik wieder Erfolge zu verzeichnen – 1500 chinesische Wissenschaftler und Studenten in der BRD, Zusammenarbeit der Rundfunk- und Fernsehanstalten, ein Großteil des Lehrbetriebs an der Shanghai Tongji-Universität in deutscher Sprache etc. Grund genug für Carl Carstens, bei seinem jüngsten Staatsbesuch in China die Geistesverwandtschaft der chinesischen und der abendländischen Kultur – Stichwort: Deutschland und Europa – zu würdigen und z.B. den Chinafreund Goethe den Professoren und Studenten der Peking-Universität ans Herz zu legen. Die blutigen Spuren des deutschen Imperialismus suchte er so zu vertuschen: „Im Laufe des 19. Jahrhunderts verdichteten sich die Kontakte.“ Und an die Adresse der chinesischen Regierung eine deutliche Warnung davor, sich aus den Bindungen mit den Imperialisten zu lösen: „Es (China, d. Red.) hat eine große Zukunft vor sich. Sie wird allerdings keine isolierte Zukunft sein.“ Carstens' Feststellung, daß „die Volksrepublik China für unser nationales Anliegen immer Verständnis gezeigt hat“, ermunterte die Führer der KP China leider zu einem Bekenntnis zur deutschen Wiedervereinigung. KP-Generalsekretär Hu Yaobang: „Ich möchte sehen, daß das deutsche Volk sein Land zu einem ... einheitlichen und großen Staat aufbaut.“

Apel plante Steigerung um 5,7% Die CDU will das Geld dafür eintreiben

Auch wenn der neue Verteidigungsminister Wörner sich nach Übernahme der Amtsgeschäfte über die mangelnde Verteidigungsbereitschaft der Bevölkerung, die „Bürokratisierung der Streitkräfte“ und über mangelndes Vertrauen der Soldaten in die politische und militärische Führung beschwerte, über eins kann er sich nicht beklagen, und hat er sich auch nicht beklagt: über das Ausmaß der durch den Rüstungshaushaltsplan 1983 von Apel und der Schmidt-Regierung ins Auge gefaßten weiteren Aufrüstung, daran ändert auch nichts, daß der Verteidigungshaushalt mit dem gesamten Haushalt von der Kohl-Regierung zurückgewiesen worden ist.

Allein die offiziell durch den Einzelplan 14 als Rüstungshaushalt ausgewiesenen Mittel sollen von 44,3 Milliarden DM auf 46,8 Milliarden DM um 5,7% steigen. Damit der Kriegshaushalt nicht allzu offensichtlich aufgebläht wird, sind aber noch erhebliche Militärausgaben in anderen Haushalten versteckt worden. 331 Millionen DM im Haushalt des Auswärtigen Amtes und zwar 191 Millionen DM für den NATO-Haushalt und 139 Millionen DM an Ausrüstungs- und Rüstungshilfe zum „Schutz der Südflanke der NATO“, Gelder, die vor allem an die türkische Militärjunta fließen. Die Anwesenheit der Truppen der anderen imperialistischen Staaten direkt an der gemeinsamen Front wird mit 1,51 Milliarden DM bezahlt. Der Haushaltsentwurf für „Zivile Verteidigung“ hat zusätzlich ein Volumen von 791 Millionen DM. Zusammengerechnet sind das 49 Milliarden DM, wobei Ausgaben für militärische Zwecke, die in anderen Haushalten, z.B. für Verkehr, Fernmeldewesen, Forschung und Techno-

logie usw. versteckt sind, noch gar nicht enthalten sind.

Apel selbst hatte auf folgendes hingewiesen: „Da Sicherheitspolitik nicht nur Verteidigungspolitik ist, gehören in diesen Zusammenhang beispielsweise auch die öffentlichen Leistungen für Entwicklungshilfe, die in den letzten drei Jahren pro annum zwischen 6,1 bis 6,5 Milliarden DM betrugen ... Nebenbei: Milliardenbeträge für die Erhaltung der Lebensfähigkeit von Berlin (1970–1980 = 90 Milliarden DM) für Wirtschafts- und Militärhilfe und Nettoleistungen zum EG-Haushalt (1981 6 Mrd. DM) vervollständigen die Bilanz der Leistungen.“ (1)

Mit den 47 Milliarden DM des eigentlichen Rüstungshaushaltes soll ein 664 475-Mann-Heer (495 000 Soldaten und 161 763 Zivilbeschäftigte) mit den schon vorhandenen Waffen unterhalten werden und der „Generationswechsel der Waffensysteme“ weiter vorangetrieben werden, um die Kampfkraft der Bundeswehr noch weiter zu erhöhen. Für den Zukauf von neuen Kampffahrzeugen, im wesentlichen des Kampfpanzers Leopard II, sind 2,1 Milliarden DM eingeplant: für neue Kriegsschiffe, vor allem die Fregatten vom Typ „Bremen“, sollen 760 Millionen DM und für das Mehrzweckkampfflugzeug Tornado allein 3,7 Milliarden DM aufgebracht werden.

Auch nach diesen Umrüstungen ist die „Modernisierung der Bundeswehr“ keineswegs abgeschlossen. Für Wehrforschung und Wehrtechnik sind 2,7 Milliarden DM vorgesehen. In Planung sind auf jeden Fall ein Panzerabwehrhubschrauber, der auch nachtauglich ist, und ein „Kampfpanzer für die 90er Jahre“.

Wörner kann mit der erreichten und auch mit der geplanten Aufrüstung zu-

frieden sein. Allerdings hatte sein Vorgänger Apel und die sozialliberale Bundesregierung zwar einen Haushaltsplan, aber damit war die tatsächliche Finanzierung noch keineswegs gesichert. Apel war sich dieser Schwierigkeiten bewußt: „Die riesigen Beschaffungsvorhaben in ihrer Kumulierung in den nächsten Jahren bereiten uns Probleme ... Wir werden uns aber auch künftig um reale Steigerung bemühen.“ (1)

Unter anderem, um diese Aufgabe zu bewerkstelligen, ist die Regierung ausgewechselt worden. Der neue Verteidigungsminister hat schon angedeutet wie: „Es ist dem Steuer zahlenden Bürger immer wieder zu erläutern, warum es notwendig ist, in den Verteidigungsanstrengungen nicht zu erlahmen.“ (2) Die CDU-CSU/FDP-Regierung ist entschlossen, das Geld einzutreiben.

(1) Europäische Wehrkunde Nr. 3/82; (2) FAZ vom 5.10.82; Weiterer Quellenhinweis: Bundestagsdrucksache 9/1920

Bundesgerichtshof BGH deckt Freislers Volksgerichtshof

Am 12.10. 1982 hat der Bundesgerichtshof eine Presseerklärung abgegeben, um Feststellungen im Nachspann des Films „Die weiße Rose“, die Terrorurteile des faschistischen Volksgerichtshofes gegen Mitglieder der „Weißen Rose“ seien nach der Rechtsprechung des BGH „zu recht ergangen und immer noch gültig“, „richtigzustellen“. Er habe sich mit diesen Urteilen nicht befaßt und sie niemals als „zu recht ergangen bezeichnet“. Diese Erklärung ist sowohl vom früheren Mitglied der „Weißen Rose“ Franz Josef Müller, stellvertretender Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft verfolgter Sozialdemokraten als auch von der VVN/BdA als falsch zurückgewiesen worden. F.J. Müller hebt hervor, daß er bis heute keine Mitteilung erhalten habe, daß das gegen ihn ergangene Urteil ungültig sei und fordert die Verurteilung der noch lebenden Richter des Volksgerichtshofes: „Die Todesurteile gegen 16 500 Opfer dieser Richter sollen nicht länger ungesühnt bleiben.“ (1) Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes macht darauf aufmerksam, daß erklärte Feinde des Widerstandes gegen den Faschismus „die Nazijustiz mit allen damit verbundenen Konsequenzen rehabilitieren“ (2) und beweist das mit der geltenden Rechtsprechung des BGH.

Im bisher einzigen Verfahren um einen Richter am Volksgerichtshof hatte der BGH 1968 eine Verurteilung des Beisitzers des Volksgerichtshofes Reh-



Mehrzweckflugzeug Tornado: Gleichzeitiger Abwurf von 300 Bomben. 322 Flugzeuge dieses Typs für mindestens 25 Milliarden DM sollen beschafft werden.

se wegen Beihilfe zu Mord und zum Mordversuch wieder aufgehoben. In der Begründung dazu heißt es: „Als Mitglied eines Kollegialgerichts war der Angeklagte bei der Abstimmung nach dem auch damals geltenden Recht unabhängig, gleichberechtigt, nur dem Gesetz unterworfen und seinem Gewissen verantwortlich ... daraus folgt, daß der Angeklagte nur bestraft werden kann, wenn er selbst aus niedrigen Beweggründen für die Todesstrafe stimmte.“ (3) In einer Beurteilung der SS-Standgerichtsurteile führt der BGH aus: „Ausgangspunkt dabei ist das Recht des Staates auf Selbstbehauptung ... Einem Richter, der damals einen Widerstandskämpfer wegen seiner Tätigkeit in der Widerstandsbewegung abzuurteilen hatte und ihn in einem einwandfreien Verfahren für überführt erachtete, kann heute in strafrechtli-

cher Hinsicht kein Vorwurf gemacht werden.“ (4)

Daß die westdeutschen Gerichte das nicht nur für die Vergangenheit so sehen, beweisen die jüngsten Obergerichtsurteile gegen türkische Asylbewerber. Darin wird darauf hingewiesen, daß ein rechtskräftig in der Türkei Verurteilter kein politischer Flüchtling, sondern ein Krimineller sei. Der BGH legt Wert auf die Feststellung, daß Freislers Volksgerichtshof „ein ordentliches deutsches Gericht“ war. Die Rechtssprechung auf der Grundlage von faschistischen Terrorgesetzen erfolgte „rechtmäßig“. Der BGH verpflichtet damit die Gerichte, jedes Unterdrückungsgesetz entsprechend anzuwenden.

(1) Sozialdemokraten Service, Nr. 480/82; (2) UZ, 19.10.82; (3) Neue Juristische Wochenschrift, Heft 29, 1968, S. 1339ff.; (4) BGH I STR 50/56

Lohnbewegung

Der Aufstieg Zimmermanns und der Fall des Reallohnes. Umgekehrt wär's besser

Noch letztes Wochenende fand Frau Dr. Wulff-Mathies passend, der Öffentlichkeit darzutun, daß, was die nächste Tarifrunde betreffe, Hektik nicht notwendig sei, da die laufenden Tarifverträge bis Ende Februar gelten und dieser Zeitpunkt das selbstgesetzte Ende der amtierenden Regierung sei. Es gebe keinen Anlaß, den Diskussionsprozeß über die Tarifforderungen zu beschleunigen, wenn man noch nicht einmal wisse, wer der Verhandlungsführer sein werde. Montag drauf muß auch der ÖTV ein Gesetzentwurf der Bundesregierung zugegangen sein, der besagt, daß die Steigerung von zwei Prozent vom 1. Juli 1983 an als „finanzieller Gesamtrahmen für den öffentlichen Dienst“ gelten solle, womit die Bundesregierung ankündigt, daß sie dieses Ziel auch für den Tarifbereich anstrebt. Gleichzeitig geistert eine Äußerung des Baden-Württembergischen Ministerpräsidenten Lothar Späth durch die Medienlandschaft, wonach diese Landesregierung Lohn- und Gehaltserhöhungen von mehr als zwei Prozent durch entsprechende Entlassungstätigkeit beantworten will.

Tatsächlich, während Kohl im besten Pharisäerstil den Lohnpausenvorstoß seines Arbeitsministers Blüm als Diskussionsbeitrag kennzeichnete, ließ er seinen Innenminister an einem Arsenal gesetzlicher Waffen basteln, um genau dieser Lohnpausenidee staatsgewaltigen Feuerschutz zu geben. Denn alles stimmt: bis zum Sommer „Besoldungspause“, danach mit zwei Prozent – Pausenfortsetzung! Kohl stellt sich in der Öffentlichkeit dar als ein Mann, der sein Wort nicht bricht. Wie wahr. Es wird eben einen Diskussionsprozeß geben über die Lohnpause. Ein Ergebnis wird da sein. Ein Lohnpausenbeschluß für Beamte nämlich. Und dann wird ein weiterer Diskussionsprozeß stattfinden. Als Sachproblem wird sich ergeben, ob den mit Lohnpause und dann 2% in die bekannte Pflicht genommenen Beamten zuzumuten sei, neben Kollegen zu arbeiten, die als Arbeiter und Angestellte sich dieser Pflicht – ja wie eigentlich, nun eigentlich so recht unter Mißbrauch ihrer Tarifautonomie – zu entziehen im Begriff sind. Wird da nicht ein weiterer Diskussionsprozeß anschließen müssen? Wie nämlich die Tarifautonomie vor Mißbrauch zu schützen sei? Am politischen Horizont erhebt sich majestätisch das Gedankenbild einer Tarifautonomie, staatlich geschützt vor allem vor dem Gebrauch!

Frau Dr. Wulff-Mathies meint, Hektik sei bei der Vorbereitung der Lohnbewegung nicht angemessen. Will sie die große Organisation der ÖTV blindlings in die beamtenrechtliche Falle stolpern lassen? Die ÖTV wird den zweifelsfrei vorhandenen Widerstandswillen der Beamten ohne An-

metall

Demonstration und Kundgebung in Dortmund!

Abfahrt 8.00 Uhr - Abfahrtsorte werden noch bekanntgegeben!

Verantwortlich:
IG Metall
Verwaltungsstelle Köln
W. Malzkorn · Th. Röhrig

WICHTIG!
Samstag
23
Oktober

Wehrt Euch!

Kolleginnen, Kollegen!
Nach der „Operation 82“ werden Arbeitnehmer bis 1985 mit 60 Mrd. DM belastet.
Es folgt die „Operation 83“: den Arbeitnehmern werden erneut 8 Mrd. DM aufgebürdet.
Der Rüstungs-Etat steigt um 4,1% – der Sozialetat wird um 9,8% reduziert. **Das ist gefährlich und sozial unzumutbar!**

Operation Lambsdorff:

Karenztage bei Krankheit und Arbeitslosigkeit; Kürzung des Kranken- und Arbeitslosengeldes, Heraufsetzung des Rentenalters; Kürzung der Renten, Kürzung bzw. Wegfall des Bafög; Wegfall des Mutterschaftsurlaubes; Kürzung des Wohngeldes und der Sozialhilfesätze, Erhöhung der Beiträge und sogenannte Selbstbeteiligung; Kürzung der Realeinkommen.

Ein Rückfall um 6 Jahrzehnte! – Ein Programm, das die Wirtschaftskrise und die Arbeitslosigkeit verschärft!

Sie sind betroffen:

Arbeiter, Angestellte, Beamte, Kranke, Arbeitslose, Rentner, Schüler, Studenten, Mütter, Sozialmieter, Sozialhilfeempfänger, Schwerbehinderte.

Sie sind nicht betroffen:

Die haben – denen wird gegeben: Unternehmer und Selbständige, Ärzte und Zahnärzte (auch Lambsdorff)

Das Maß ist voll!

Wir Gewerkschafter sind verantwortlich für die Zukunft der Arbeitnehmer und ihrer Familien – für ihre Lebens- u. Arbeitsbedingungen! Aktionen wurden gefordert – jetzt müssen wir handeln!

Am 23. 10. 1982 darf kein Kölner Metallarbeiter in Dortmund fehlen!

haltungspunkt lassen, wenn sie nicht zum nächstmöglichen Termin die Tarife kündigt und die Lohn- und Gehaltsforderungen an die öffentliche Hand klarstellt. In geübtem Mafia-Stil hat Zim-



mermann, einen Dreck interessiert ihn der Auslauftermin der Tarifverträge, ein Angebot unterbreitet, von dem er glaubt, daß es nicht abgelehnt werden könne, weil Beamten mit Mitteln des Staatsrechtes gewaltsam geduckt werden können. Die Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst sind damit eröffnet, ob man dies nun wahrhaben will oder nicht.

Landauf, landab ruft der DGB zu Demonstrationen gegen die Haushaltsbeschlüsse der Bundesregierung auf. Die Aktionen waren eingeleitet gegen die Regierung Schmidt/Genscher, nun haben sie das verschärfte Programm der Regierung Kohl/Genscher zum Ziel. Der DGB hat dazu ein Forderungspaket geschnürt: Investitionsprogramm! Mitbestimmung! Ergänzungsabgabe für Höherverdienende! Arbeitsmarktabgabe für Alle! Arbeitszeitverkürzung!

Die Sicherung des Reallohnes ist in diesem Aufruf nicht einmal in Form eines Anliegens enthalten. Auch daß die Regierung beabsichtigt, unter Berufung auf das Beamtenrecht eine so große Zahl von Arbeitern ihrer Tarifrechte zu berauben, wie sie bei Bund, Ländern und Gemeinden, vor allem aber bei Bahn und Post nun einmal rechtsförmlich als Beamte beschäftigt sind, findet der DGB der Erwähnung bei dieser Gelegenheit nicht für wert. Sollten die Gewerkschaftsaktionen ablaufen, ohne daß die DGB-Mitglieder die Gelegenheit ergreifen, ihrer unerbittlichen Entschlossenheit zur Verteidigung des Reallohnes Ausdruck zu geben, so werden diese Kundgebungen ein nichts nutziges Bemühen gewesen sein. Wie soll man denn einem Kapita-

listenhirn den Gedanken einschärfen, daß selbst jene, die von der Kapitalistenwirtschaft gerade nicht gebraucht werden, einen Anspruch auf würdiges Leben haben? Niemals, indem man den Kapitalisten zu immer billigeren Schleuderpreisen und mit dem Gesichtsausdruck schafsmässiger Dankbarkeit die Arbeitskraft, auf die sie doch angewiesen sind, überlässt.

Quellenhinweis: Handelsblatt vom 18.10.; FAZ vom 20.10.; ÖTV-Magazin Nr. 10; div. Pressemitteilungen des DGB

VR Polen Gewerkschaftsgesetz verabschiedet

Am 8.10.1982 verabschiedete der Sejm das Gesetz über die Gewerkschaften, durch das die Gewerkschaft „Solidarität“ illegalisiert wird.

Das Gesetz richtet sich gegen die überbetriebliche Organisierung der Arbeiterklasse. Bis Ende 1983 sind nur gewerkschaftliche Organisationen in den einzelnen Betrieben zugelassen. Erst danach soll eine nationale Organisation möglich sein.



Die Kirche möchte die Gewerkschaft „Solidarität“ ins Reich der Ideen verbannen

Angeichts dieser Bedingungen sind die wesentlichen Bestimmungen, vor allem die über das Streikrecht, zu beurteilen. Eingeschränkt auf den Betrieb, gerät die Anwendung des Streikrechts zu ganz verschiedenen Fällen von Kämpfen einer Belegschaft gegen den Betriebsleiter. Der Weg bis zur Ausrufung eines Streiks ist mit vorgeschalteten Zwangsschlichtungen gepflastert. Die Zwecke des Streiks sind eingeschränkt auf die „Verteidigung der ökonomischen und sozialen Interessen einer gegebenen Gruppe von Arbeitern“.

Daß der politische Streik nicht erlaubt sein würde, stand zu erwarten.

Im selben Artikel 37, der die Unzulässigkeit von Streiks mit politischem Charakter feststellt, ohne ihn weiter zu definieren, werden zugleich kollektive Interessen der Arbeiter heruntergebracht auf „individuelle Streitigkeiten“, die dann nicht durch Streik gelöst werden dürfen, wenn das Schlichtungsorgan ein Gutachten über die Ansprüche der Arbeiter abgegeben hat.

Die Teilnahme der Gewerkschaftsmitglieder sowohl an der Abstimmung über Streik wie am Streik muß freiwillig sein. Das heißt, Streikbruch kann nicht mit legalen Mitteln verhindert werden.

Den künftigen Vertretern des Gemeinwohls, die sich in den betrieblichen Gewerkschaftsleitungen tummeln werden, wird ein zusätzliches Mittel an die Hand gegeben, einen Streik, der nach Ausschöpfung aller anderen Mittel endlich akut wäre, doch noch abzusetzen. Das Gewerkschaftsorgan „zieht ... die Angemessenheit der Forderungen gegenüber den Verlusten, die mit dem Streik verbunden sind, in Erwägung“.

Die katholische Kirche hat die Gewerkschaft „Solidarität“ zumindest selig gesprochen. Voraussetzung wie immer in solchen Fällen ist, daß der Betreffende tot ist und nur noch im Geiste fortwirken kann. Erzbischof Glemp erklärte zwei Tage nach dem Beschluß des Sejms, eine Idee, die etwas unzerstörbar Gutes enthalte, könne niemals verschwinden. Strukturen könnten ausgelöscht werden, aber der Kampf um eine berechtigte Sache könne nicht verschwinden.

Zugleich bog er die Forderung nach Solidarität aufgrund der gemeinsamen Interessen der Arbeiter um in das Gebot der Nächstenliebe, wo jeder mit seinen politischen Entscheidungen allein ist.

Er befördert damit die Bereitschaft einiger ehemaliger Funktionäre der „Solidarität“, in den Spalterorganisationen der Regierung tätig zu werden.

Quellenhinweis: FAZ vom 11.10.1982; Trybuna Ludu vom 9./10.10.1982

USA Härtere Strafverfolgung gegen den „Pöbel“

Der US-Senat hat ein ganzes Bündel von Gesetzen zur Verschärfung der Strafverfolgung und des Strafvollzugs beschlossen. Sie beinhalten u.a.:

– Die Möglichkeiten für Gefangene, „Urlaub auf Ehrenwort“ zu bekommen, werden eingeschränkt, die Urlaubszeit auf maximal ein Zehntel der Haftzeit eingeschränkt. Die Rechtlosigkeit der fast 750000 Straf- und

Untersuchungsgefangenen – fast die Hälfte sind Schwarze – wird damit drastisch ausgeweitet.

– Künftig kann jedermann, gegen den die Staatsanwaltschaft ein Verfahren eröffnet hat, in Untersuchungshaft gesperrt werden. Er muß nur als „gefährlich“ eingestuft werden, eine Einstufung, die bisher nur bei Anklagen möglich war, auf die die Todesstrafe steht.

– Zusätzlich schuf der Senat einen neuen Straftatbestand: „Karriere-Kriminalität!“. Ein „Karriere-Krimineller“ ist, wer zweimal wegen Raub oder Einbruch bestraft ist und beim dritten Mal mit einer Waffe gefaßt wird; ihm drohen mindestens 15 Jahre bis lebenslänglich Haft.

Offizieller Vorwand der neuen Gesetze: Es müsse endlich etwas gegen das „organisierte Verbrechen“ in den USA geschehen. Tatsächlich zielen die neuen Gesetze allein gegen die armen und arbeitenden Klassen. Präsident Reagan am 15.10. mit seinem unnachahmlichen Gespür für das Wesentliche der neuen Gesetze: „Es ist Zeit, die Macht des Pöbels zu brechen.“ Mehr als ein Drittel der US-Haushalte seien inzwischen von der „Seuche des Verbrechens“ betroffen – was ziemlich genau den Anteil der Bevölkerung umschreibt, der sich künftig ausgedehnter polizeilicher Verfolgung sicher sein kann. Daß es dem Präsidenten mit der Bekämpfung des „organisierten Verbrechens“ der besitzenden Klassen weit weniger wichtig ist, dafür ist sein Arbeitsminister Donovan Beweis. Gegen diesen – ehemals Leiter einer Baufirma – läuft seit Reagans Amtsantritt ein Verfahren wegen Verbindungen zur Mafia. Die Ermittlungen brachten bis heute angeblich kein Ergebnis – sieht man von dem bemerkenswerten Umstand ab, daß inzwischen die beiden Hauptbelastungszeugen jeweils kurz vor ihrer Aussage von bestellten Killern umgebracht wurden.

Quellenhinweis: FAZ, 16.10.82; Wall Street Journal, 1.10.82; Time, 6. u. 13.9.82



New Yorker Zivilpolizisten

Türkei

Die Junta will mit der neuen Verfassung ihre Gewaltherrschaft institutionalisieren

Am 7. November wollen die türkischen Generäle über eine neue Verfassung abstimmen lassen. Eine vorherige Diskussion des vorgelegten Entwurfs ist nur erlaubt, wenn dadurch das „Dokument angereichert und entwickelt“ wird. Ausdrücklich verboten hat die Militärjunta die Organisierung einer Kampagne zur Ablehnung der Verfassung. Auch ein eventueller Wahlboykott soll von vornherein unterdrückt werden: Wer nicht abstimmt, soll nicht nur das Wahlrecht für die nächsten fünf Jahre verlieren, er kann auch ins Gefängnis gebracht werden.

Mit vorgehaltener Pistole sollen die Arbeiter und Bauern zum Verfassungsreferendum in die Wahllokale getrieben werden und ihre Zustimmung geben zu dem, was von den imperialistischen Drahtziehern der Junta als „wichtiger Schritt zur Demokratisierung“ bezeichnet wird. Tatsächlich ist die vorliegende Verfassung nichts anderes als die Institutionalisierung der bestehenden Gewaltherrschaft über das türkische Volk. Der derzeitige Staats- und Generalstabschef Evren wäre nach Annahme der Verfassung für sieben Jahre Staatspräsident mit den weitreichendsten Vollmachten. Der Nationale Sicherheitsrat, also die derzeitige Junta, soll weiter bestehen bleiben. Seine „Entscheidungen zur Existenz des Staates, seiner Unabhängigkeit, der Einheit und Unteilbarkeit des Landes und zum Schutze der Ruhe und der Sicherheit der Gesellschaft haben für das Kabinett bindenden Empfehlungscharakter.“ (Art. 134) So wäre dann das Parlament, das nach den Plänen der Junta im Herbst 1983 gewählt werden soll, nichts als ein Anhängsel an die jetzige Militärregierung, zumal im Artikel 138 festgelegt ist, daß „das Kabinett unter dem Vorsitz des Staatspräsidenten nach Einholung der Meinung des Nationalen Sicherheitsrates in einer oder mehreren Regionen oder landesweit den Ausnahmezustand verhängen“ darf.

Entsprechend sehen die von der Verfassung vorgesehenen Parteien von der Juntas Gnaden aus. Kommunistische Parteien wie überhaupt Parteien, die sich nach Klassen organisieren, soll es nicht geben. Parteien dürfen nicht mit Gewerkschaften zusammenarbeiten, ihre Finanzen werden vom Verfassungsgericht kontrolliert. Und „die Oberstaatsanwaltschaft der Republik hat die Aufgabe, Übereinstimmung der Satzungen und Programme der gegründeten Parteien ... mit den Be-

stimmungen der Verfassung und der Gesetze, sowie ihre Tätigkeiten ständig, vor und nach der Gründung, zu überprüfen.“ (Art. 78)

Anfang September saßen 17641 Untersuchungshäftlinge in Militärgefängnissen, 25983 waren vor den Kriegsgesichten bis zum 25. Juli bereits abgeurteilt, 150 Todesurteile ausgesprochen und 21 vollstreckt worden seit dem Putsch der Junta. Der vorgelegte Verfassungsentwurf soll diese Unterdrückung der Arbeiterbewegung wie jeder demokratischen und revolutionären Bewegung legalisieren. Die Todesstrafe erhält im Artikel 16 Verfassungsrang und dort wird auch das Abknallen von Verdächtigen oder Gefangenen durch die Polizei für rechtens erklärt, „falls der Tötungsakt geschieht, wenn in Notwehr zur Gewalt gegriffen werden muß, oder bei der Ausführung einer Verhaftung oder eines Haftbefehls, zur Verhinderung der Flucht eines Häftlings oder Verurteilten, zur Unterdrückung eines Aufruhrs oder Aufstandes oder in Ausführung der Befehle der zuständigen Instanzen im Ausnahme- oder Kriegszustand.“

Das Recht auf Gewerkschaften sollen die Arbeiter nicht haben. Sie dürfen zwar gegründet werden, aber „keine politischen Ziele verfolgen, keine politischen Aktivitäten entfalten, keine Unterstützung von politischen Parteien erhalten oder ihnen solche gewähren, sie dürfen mit Vereinen ... nicht gemeinsam handeln ... Gewerkschaftliche Betätigung beinhaltet nicht das Recht, am Arbeitsplatz nicht zu arbeiten.“ (Art. 56) Nachdem so die Gewerkschaften auf Bittstellern bei den Kapitalisten beschränkt sind, wird festgestellt: „Streik und Aussperrung mit politischen Zielen, Solidaritätsstreik und -aussperrung, Generalstreik und -aussperrung, Besetzung des Arbeitsplatzes, Produktivitätssenkung und Widerstand sind verboten.“ (Art. 58) Weigern sich also künftig Arbeiter, gesteigerte Akkordzahlen zu bringen, begehen sie „Produktivitätssenkung“ und sind Verfassungsfeinde! In der ersten Fassung war in Artikel 59 vorgesehen, den Beschäftigten in der Hälfte der Betriebe selbst die Möglichkeit zu nehmen, in kollektiver Form an die Kapitalisten appellieren zu dürfen. „An Arbeitsplätzen, die maximal zehn Arbeiter beschäftigen, dürfen keine Tarifabkommen, Streiks oder Aussperrungen gemacht werden. Das Kabinett gibt den Arbeitern die ihnen angemessenen Arbeitsbedingungen ...

bekannt.“ Nachdem selbst die gelbe Gewerkschaft Türk-Is protestierte, will die Regierung nun noch für Betriebe bis zu fünf Beschäftigten die Löhne und Arbeitsbedingungen einfach diktieren.

Die Hintermänner der Junta haben über diese „Fortschritte in der Demokratisierung“ ihre Zufriedenheit geäußert. Bereits zehn Tage nach der Vorlage des ersten Entwurfs erklärte die CDU durch ihren Abgeordneten Dr. Heinrich Pohlmeier, zwar sei er „nicht in allen Punkten befriedigend“, aber: „Die Bundesregierung ist aufgefordert, jetzt unverzüglich alle Schritte einzuleiten, damit die Wirtschaftshilfe an die Türkei wieder geleistet werden kann.“ Vermutlich nicht allzu lange nach der Abstimmung über die Verfassung wird Genscher den seit mehr als einem Jahr angekündigten Bericht über die Türkei im Bundestag vorlegen. Dann sollen alle noch zurückgehaltenen Gelder wieder fließen.

und Gerät“ waren im Haushalt für 1981 rd. 180 Mio. DM zu finden, für 1982 sind noch einmal 180 Mio. DM und für 1983 90 Mio. DM vorgesehen. Mit Krediten aus den USA und der BRD soll jetzt die Türkei in der BRD vier MEKO 200 Fregatten bauen lassen, wobei die spätere „Unterstellung unter die NATO gesichert“ ist.

Ebensowenig hat die BRD im Rahmen der OECD ihre Türkeihilfen eingestellt. 1981 hat sie 460 Mio. DM gezahlt, davon 330 Mio. DM als „Warenhilfe“, die übrigen 130 Mio. DM gingen in den Bau von Projekten der Energieversorgung und des Braunkohlebergbaus. Weitere 440 Mio. DM sollen in diesem Jahr gezahlt werden, sobald Genscher seinen Bericht dem Bundestag vorgelegt hat. Die Imperialisten hatten nicht wegen Bedenken über „Menschenrechtsverletzungen“ die Zahlungen der OECD-Hilfen verzögert. Im Juni haben die in der Türkei-Arbeitsgruppe der OECD zu-

akzeptieren müssen sowie Preisfestsetzungen bei Textilprodukten. Unter dem Vorwand des Schutzes der Textilindustrie in den EG-Ländern soll die türkische Textilindustrie ruiniert werden und dann der Markt mit EG-Waren überschwemmt werden. Im gleichen Abkommen mußte die Türkei einen Zoll von 15% auf Stahl- und Eisenprodukte aus der EG aufheben, die Entwicklung einer eigenständigen nationalen Stahlindustrie in der Türkei ist damit unmöglich.

Die Türkei ist inzwischen mit 20,53 Mrd. \$ bei den Imperialisten verschuldet, wovon 5,2 Mrd. \$ fällige Zinsen sind. Weitere 1,1 Mrd. \$ sind Forderungen des Internationalen Währungsfonds (IWF). Der Hauptgläubiger ist die BRD mit 2 Mrd. \$ Ansprüchen. Jede erneute Kreditzusage oder -verlängerung ist an neue Auflagen gebunden. Ende August gab der IWF im Auftrag der imperialistischen Gläubiger bekannt, die „türkische Regierung (muß) auch in nächster Zukunft Lohnstopppolitik betreiben“. Die Subvention der Staatsbetriebe soll eingestellt werden, die imperialistischen Monopole dulden keine Konkurrenz für ihre Niederlassungen. Die Währungspolitik soll fortgesetzt werden, die ständige Abwertung des türkischen Pfunds hat für die BRD-, US-, britischen usw. Konzerne den Einkauf von Fabriken verbilligt. Die Türkei soll ihre Exporte steigern, damit wird die Möglichkeit, eine eigenständige nationale Wirtschaft aufzubauen, weiter verringert. Die imperialistischen Monopole brauchen zur „Stabilisierung“ solcher Zustände eine Kompradorenclique, die jetzt mit dem Verfassungsschwindel den Schein der Rechtmäßigkeit erhalten soll.

Quellenhinweis: Alternative Türkeihilfe, Sonderinfo Nr. 1, Verfassungsentwurf vom 17.7.82; Türkei-Infodienst, Ausgaben August bis Oktober 1982; BMZ, Entwicklungspolitik, Jahresbericht 1981; Süddeutsche Ztg., 14.10.82



Gefangene im Militärgefängnis von Mamak. Über den Fortgang des Hungerstreiks im Militärgefängnis Diyarbakir (s. Pol. Berichte 20/82) liegen uns noch keine neuen Berichte vor.

Im Ministerrat der EG hat die Bundesregierung bereits jetzt ein Bergbau- und ein Braunkohleprojekt mitgenehmigt, die im Rahmen der 176 Millionen DM Türkei-Sonderhilfe finanziert werden. Die EG-Kommission hat im September dem türkischen Wirtschaftsminister Pasin angedeutet, daß nach dem Referendum am 7. November alle Zahlungen aus der EG-Sonderhilfe wieder aufgenommen werden.

Trotz gegenteiliger Behauptungen hatte die BRD ihre Türkeihilfe nie eingestellt oder auch nur eingeschränkt. Die Militärhilfe lief ohne jede Verzögerung. Im September hat die Türkei die ersten von insgesamt 77 Leopard-Panzern erhalten. Als Rüstungssonderhilfe zur „Stärkung der Südostflanke der NATO durch Lieferung von Waffen

sammengeschlossenen Staaten die Wirtschaftslage in der Türkei beraten, aber sich nicht auf Zahlungen festgelegt. Der wirtschaftliche Druck auf die Türkei soll noch erhöht werden. Schließlich sollen die „Hilfen“ mit Zins und Zinseszins zurückgezahlt werden.

So mußte die Türkei in der Saison 1981/82 mehr landwirtschaftliche Produkte (Weizen, Baumwolle, Tabak, Rosinen, Feigen, Haselnüsse und Olivenöl) exportieren und hatte dennoch geringere Deviseneinnahmen, weil die imperialistischen Abnehmerländer, hauptsächlich die EG-Staaten, die Preise drücken konnten. Im August hat die Türkei nach langen Verhandlungen Mengenbeschränkungen für den Export von Textilfasern in die EG

Wohnungsbau Hohe Kapitalverzinsung auf Kosten der Mieter

Die neue CDU/CSU/F.D.P.-Bundesregierung hat im Bereich des Wohnungsbaus zwei Ziele: 1. Anhebung der Mieten auf das Niveau, was der Markt hergibt (z.B. Zulassung von Staffelmieten nicht nur für neue, auch für bestehende Wohnungen, die Vergleichsmieten richten sich nur noch nach Vermietungen aus den letzten drei Jahren, auch Vergleichsobjekte aus dem eigenen Bestand werden zugelassen). 2. Finanzielle Förderung von Gesellschaften und betuchten Leuten, die Kapital im Wohnungsbau rentiell anlegen wollen und – zur Spaltung der Beschäftigten – Förderung

auch für die, die sich ein Eigenheim leisten können (z.B. Schuldzinsabzug bei Neubauten, Mietwohnungsprogramm in Verdichtungsräumen, Bauspar- und Zwischenfinanzierungsprogramm).

Damit setzt die neue Regierung den eingeschlagenen Weg der alten SPD/F.D.P.-Koalition in etwas verschärfter Gangart fort. Diese wollte „nur“ für Neubauten die Staffelmiete einführen und Vergleichsmieten aus den letzten fünf Jahren heranziehen. Aufgrund dieser Maßnahmen sollten die Mieten in den „Ballungsräumen in den nächsten drei Jahren um 30% ansteigen“ (Hansen, fraktionslos, am 27.5.82 in der Bundestagsdebatte).

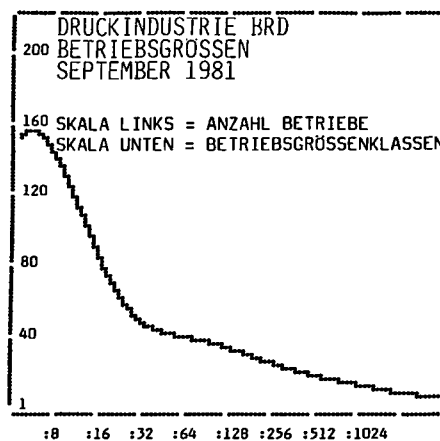
Das war der neuen Regierung noch nicht genug. Es soll z.B. möglich sein, daß eine Gesellschaft aus ihrem eigenen Bestand ein paar Wohnungen für einen besonders hohen Mietpreis vermietet, um diese Wohnung anschließend dazu zu benutzen, die Mieten auch bei den bestehenden Mietverhältnissen ihres Wohnungsbestandes auf eben diese Höhe auf einen Schlag hochzudrücken. Zur Begründung dieser reaktionären Politik wird die „Klassengesellschaft“ entdeckt: „Sie verteidigen die Klasse derer, die eine Wohnung haben. Die Klasse derer aber, die keine Wohnung haben, kriegen auch keine, weil die, die eine haben, für ihre alte Wohnung nicht solidarisch ein bißchen mehr bezahlen, damit die neuen Wohnungen bezahlt werden können.“ (Ministerpräsident Späth, CDU, ebd.) In Wirklichkeit besteht keine Beziehung zwischen Mieterhöhungen im Bestand und Investitionen im Wohnungsbau.

Warum diese Politik? „Die Ursache für mangelhafte Wohnungsbauinvestitionen ist zum einen, daß im freifinanzierten Wohnungsbau mittelfristig eine unzureichende Rendite gegeben ist. Ein beredtes Zeugnis dafür ist die Versicherungswirtschaft, die früher einmal bis zu 7% ihrer Anlagen im Wohnungsbau investiert hat; heute ist es nur noch knapp 1%.“ (Clemens, CDU, ebd.) Es geht also um die hohe Verzinsung 1. des schon investierten und 2. des überschüssigen Kapitals. Die Lebensversicherungen, die 1980 mit 4,8 Mrd. DM 4,7% der gesamten Wohnungsbauinvestitionen aufgebracht haben, konnten ihren Anteil gegenüber 1977 mit 2 Mrd. DM (2,8%) nahezu verdoppeln. Das ist sicherlich darauf zurückzuführen, daß die Lebensversicherungen im gleichen Zeitraum ihre Prämieinnahmen von 24 auf 30 Mrd. DM um ¼ steigern konnten. Auch dieses (überschüssige) Kapital soll profitabel angelegt werden.

Quellenhinweis: Der Wohnungsbau 1980, Bundesbaublatt 11/81; Wortlaut der Koalitionsvereinbarung: Handelsblatt 29.9.82; Bundestag, 103. Sitzung am 27.5.82; Zum Bericht der Bundesregierung über das Zusammenwirken finanzwirksamer wohnungspolitischer Instrumente, Bundesbaublatt 7/82.

Druckindustrie Windige Überlebens- strategien

Vom 26. – 29. Oktober findet in München die VIII. Woche der Druckindustrie statt. Nach Angaben der Veranstalter dieser Fachtagung des Bundesverbandes Druck sollen im Mittelpunkt des am 27.10.82 stattfindenden Unternehmerforums „Überlebensstrategien für die Druckindustrie und Steuerfragen“ stehen. Der Kapitalistenverband hat für diese Lohnsenkungsvorbereitungsveranstaltung den bayerischen Ministerpräsident F.J. Strauß engagiert, der zu „Aktuellen Fragen der Wirtschafts-, Finanz- und Gesellschaftspolitik“ sprechen wird. Außerdem steht ein Professor Günter Wöhe von der Universität Saarbrücken zur Verfügung, um über das Thema „Mittelstand und Steuerpolitik“ zu referieren. Auch diese Veranstaltung wird sich der in der öffentlichen Meinung



hochgeschätzten Frage der „Arbeitsplätzebeschaffung“ widmen und die für die Druckkapitalisten akzeptablen Lösungen erörtern.

Im Jahre 1981 standen der hohen Zahl von 97 Konkursen 253 Betriebsneugründungen von fast ausschließlich Betrieben mit weniger als 20 Beschäftigten gegenüber. Die Druckindustrie umfaßt 1981 7060 Betriebe, davon sind 94,3% Betriebe mit weniger als 100 Beschäftigten. Nur 0,2% der Betriebe beschäftigen mehr als 1000 Arbeiter und Angestellte. Die kleinen Betriebe sind hochgradig gegenüber den Banken verschuldet, und bei Konkursen sind die Zinszahlungen gefährdet.

Der Lohnbewegung Druck wird von Seiten der Kapitalisten und insbesondere von den Unionspolitikern entgegengehalten werden, daß die „Sicherung von Arbeitsplätzen“ und die „Schaffung von Arbeitsplätzen“ Opfer von Seiten der Arbeiter und Ange-

stellten notwendig macht. Niedrigere Löhne sollen es den kleinen Kapitalisten ermöglichen, die Zinsrückzahlung an das Bankkapital zu bewerkstelligen. Kein eingegangener Wechsel soll platzen. Von Seiten der Regierungskoalition wird das Geschäft der kreditgebenden Banken durch Steueränderung unterstützt werden. So haben die Regierungsparteien in ihrer Vereinbarung zum Bundeshaushalt 1983 folgende Steueränderungen ins Auge gefaßt:

„1. Steuerliche Erleichterungen bei der Übernahme insolventer bzw. insolvenzbedrohter Unternehmen. 2. Beschränkung der Zurechnung der Dauerschuldzinsen bei der Gewerbeertragssteuer und der Hinzurechnung der Dauerschulden bei der Gewerbesteuer mit finanziellem Ausgleich für die Gemeinden.“ 3. Ab 1.1.84 sollen weitere Entlastungen, die der Investitionsbelebung dienen, aus dem zusätzlichen Mehrwertsteueraufkommen finanziert werden.

Dieser Katalog von Maßnahmen soll folgendes bewirken: Die hochverschuldeten kleinen Druckbetriebe sollen durch Steuererleichterung besser in die Lage versetzt werden, die Zinsen an das Bankkapital zu zahlen und ihre Schulden zu begleichen. Die Bundesregierung sammelt mit dieser Maßnahme die kleinen Kapitalisten und Gewerbetreibenden um sich, deren Schrei nach weiteren Steuererleichterungen schon durch die Zinszahlung an das Bankkapital erzeugt wird.

Die Konkurrenzfähigkeit soll durch Lohnsenkungen und Rationalisierungseffekte mittels Innovationsinvestitionen gestärkt werden und damit der Geschäftsanteil gesteigert werden. Die Profitmasse steigt und damit auch der Anteil, den die Banken mittels ihrer Kredite kassieren können.

Diese „Überlebensstrategien“, die auf Lohnsenkung und Steuerausplünderung der Arbeiter und Angestellten beruhen, werden von den „Wirtschaftsfachleuten“ der Kapitalisten unter dem Motto verkauft: „Investieren geht vor Konsumieren!“ Dies geht an die Adresse der kleinen Kapitalisten, sich zwecks Ausdehnung des Geschäfts den Banken auszuliefern und dann dafür zu sorgen, daß durch Auspressung der Beschäftigten „konkurrenzfähig und billig“ produziert wird und die Zinsen an die Bank bezahlt werden können.

Die vielen Konkurse insbesondere bei kleinen Unternehmen der Druckbranche haben ihre Ursache in der Überproduktion von Kapital. Durch Rationalisierungsinvestitionen und Innovationen, was die Kapitalisten verstärkt betreiben, wird diese Überproduktion nicht gestoppt, sondern auf höherer Stufenleiter erneut erzeugt.

Quellenhinweis: Druckwelt, 1. Oktober 1982, Regierungsvereinbarung zwischen CDU/CSU und FDP

Die bürgerlichen Ökonomen fordern die Zerschlagung der Gewerkschaften und die Beseitigung des Tarifrechts

In seinem Gutachten „Zur wirtschaftlichen Lage im Oktober 1982“ hat der „Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung“ für nötig gehalten, darauf hinzuweisen, daß die nun zwei Jahre andauernde Wirtschaftskrise sich 1983 noch bedeutend vertiefen könne. Falls eine neuerliche Ausweitung der Warenexporte wegen „protektionistischer Maßnahmen“ der mit diesem Warensegen beglückten Länder nicht möglich werde, sei mit einem weiteren Rückgang der Produktion, einem weiteren Anstieg der Arbeitslosigkeit auf *durchschnittlich* 2,5 Millionen und mit *zusätzlichen* Haushaltsdefiziten von Bund, Ländern und Gemeinden von 15 Mrd. DM zu rechnen. Das Kieler „Institut für Weltwirtschaft“ sah sich bereits veranlaßt festzustellen, daß die Krise *noch nicht* die Tiefe der Weltwirtschaftskrise der 30er Jahre erreicht habe.

Wie erklären eigentlich diese „Sachverständigen“ die neuerliche schwere Krise der kapitalistischen Wirtschaft? Was sind die Gründe, die den Sachverständigenrat veranlassen zu erklären, im kommenden Jahr dürfe die Nettolohn- und Gehaltssumme nur um 2 Mrd. DM auf 509 Mrd. DM steigen, müsse also abzüglich der Preissteigerungen (bei einer angenommenen Teuerungsrate von 4,5%) um mehr als 20 Mrd. DM fallen, wobei die Arbeitslosigkeit weiter zunehme und das Nettoeinkommen der Kapitalisten um 10% auf 294,5 Mrd. DM anwachse?

Liegt die Ursache dieser Krise vielleicht in den gewaltigen Überkapazitäten, die die Kapitalisten aufgebaut haben und die ihnen jetzt auf den Profit drücken? Immerhin war bereits dem letzten „Sachverständigengutachten“ zu entnehmen, daß die Kapitalisten von 1977 bis 1980 ihre Fabriken um 210 Mrd. DM ausgebaut haben. Wir haben, um dies zu verdeutlichen, in der folgenden Tabelle die *Nettoinvestitionen* der Kapitalisten von 1965 bis 1980, d.h. die *zusätzlichen* Anlagen, die sie über den Ersatz der alten angeschafft haben, über jeweils vier Jahre zusammengefaßt und zusätzlich ihre Direktinvestitionen im Ausland in diesen Jahren aufgeführt. Sämtliche Angaben sind zu konstanten Preisen von 1970 berechnet. Es gehört nicht viel Phantasie dazu, um die Ursache der jetzigen Krise, die in ihrer Tiefe und Dauer noch gar nicht abzusehen ist, in der

Anhäufung immer gewaltigerer Kapitalmassen durch die Kapitalisten zu erkennen:

Jahre	Nettoinvestitionen (o. Wohnungsbau)	Direktinvestitionen
1965 – 68	130,09	7,35
1969 – 72	203,53	16,32
1973 – 76	122,83	18,61
1977 – 80	186,83	23,11

Quelle: Sachverständigenrat, Jahresgutachten 1981/82.
Angaben in Mrd. DM, zu Preisen von 1970



Der bayerische Wirtschaftsminister Jaumann 1980 vor dem Ifo-Institut als Begründung für weitere Lohnsenkungen: „Eine humane Leistungsgesellschaft braucht das Gleichgewicht von Leistung und Lohn.“ Stundenlohn einer Elektroarbeiterin in Bayern: 10,52 DM. Gehalt des Ministers Jaumann: 17000 DM im Monat (ohne die Abgeordnetendiäten!).

Unschwer ist auch zu erkennen, wie die Kapitalisten die ganze Zeit ihre Kapitalexperte steigerten. Liegt es da nicht auf der Hand, daß die Arbeitslosigkeit in der BRD *auch* eine Folge der Kapitalexperte ist? Die BRD-Imperialisten beuten inzwischen ziemlich genau 2 Mio. Lohnabhängige im Ausland aus, genauso viel, wie sie in der BRD entlassen haben!

Bei den bürgerlichen Nationalökonomien aber stößt eine solche Erklärung der Krise auf empörten Widerspruch. Wie kann man nur behaupten, daß die Kapitalisten selbst, genauer: das verbissene Bestreben jedes einzelnen, durch immer schnellere Ausdehnung der Produktion sich Märkte und Profite zu sichern und die Konkurrenten möglichst zu erdrosseln, daß also die Überproduktion von Kapital durch die Kapitalisten die Ursache der Krise ist! Vielmehr ist es nach ihrer „Erkenntnis“ genau umgekehrt! Nicht zu-

viel Kapital wurde investiert, sondern zu wenig! Oder wie der Leiter des Kieler Weltwirtschaftsinstituts, Prof. Giersch, im März feststellte: die inflationären Ansprüche der Lohnabhängigen seien der eigentliche Grund der Krise, die Arbeitslosigkeit in Wirklichkeit eine „Kapitalmangel-Arbeitslosigkeit“! Die Süddeutsche Zeitung zitierte kürzlich einen Vortrag dieses Wonneproppens bundesdeutscher Nationalökonomien-Gelehrsamkeit vor baye-

rischen Metallkapitalisten wie folgt: „Nach seiner Auffassung ist die Lohnpolitik der siebziger Jahre Verursacher der gegenwärtigen Dauerarbeitslosigkeit, die uns noch ein Jahrzehnt begleiten werde.“

Wie bringt ein Professor der Nationalökonomie dieses Kunststück fertig?

Am 10.12.1981 hat Prof. Giersch in München vor der „Gesellschaft zur Förderung des Instituts für Weltwirtschaft“ sich in einem Vortrag daran versucht. Da er als langjähriges Mitglied des Sachverständigenrats noch heute als Leuchte unter seinen Kollegen gilt, kann man diesen Versuch als durchaus typisch für die gegenwärtigen „Krisentheorien“ ansehen. Also:

Angefangen habe alles Unglück bereits Mitte der 60er Jahre. Bis dahin habe „ein natürliches Wachstum (vorherrschte), spontan getrieben vom Angebot an Leistung, genauer: vom Willen der Bürger, mit Fleiß und Spar-

samkeit wieder auf einen grünen Zweig zu kommen.“ Dann aber sei der Deuwel unter die Arbeiter gefahren, die, nationalökonomisch ungebildet wie sie sind, höhere Löhne gefordert hätten, als ihnen billigerweise zugestanden habe. Die Kapitalisten, überrascht durch diese ungekannte Störrigkeit der Arbeiter und zudem bedrängt von einer Regierung, die den Arbeitern nachgeben wollte, hätten gekuscht – um im nächsten Augenblick die gestiegenen Lohnkosten auf die Preise draufzuschlagen. So sei die Erbsünde Nr. 1 (gemeint sind damit insbesondere die Septemberstreiks 1969), die Lohn-Preis-Spirale und die Inflation in Gang gekommen. Sodann sei, ausgerechnet nach der Energiekrise von 1973, noch die zweite Erbsünde gefolgt: der Streik im öffentlichen Dienst 1973/74, der insbesondere die Löhne in den unteren Lohngruppen völlig außer Rand und Band gebracht habe. Das alles sei aber dennoch eine Zeitlang gutgegangen, weil die Banken von der so verursachten Teuerung überrascht worden seien und so ihre Zinsen nicht erhöht hätten.

So hätten die Kapitalisten das Kapital, das ihnen durch die viel zu hohen Löhne der Arbeiter verlorengegangen sei, ständig zu spottbilligen Realzinsen bei den Banken leihen können (Realzinsen heißt: Zinssatz minus Inflation). Dann aber habe – spät genug – die Bundesbank zugunsten der notleidenden Kreditwirtschaft eingegriffen und die Zinsen angehoben. Nun merken die Kapitalisten auf einmal, daß sie all die Jahre nur auf Pump investiert haben. Wegen der hohen Zinsen gehen jetzt viele kaputt, vor allem aber würden jetzt erst die viel zu teuren Arbeiter entlassen. „So führt die Verzerrung im Verhältnis von Reallohn und Realzins zu einem Mangel an produktiven Arbeitsplätzen: zu einer Kapitalmangel-Arbeitslosigkeit ... Die entsprechende Korrektur beim Reallohn, die nötig ist, um im Investitionskalkül Raum für den höheren Realzins zu schaffen, wird sich als die schwierigste Seite der Sanierung erweisen.“

Nun könnte man dem guten Mann entgegenhalten, daß eine Zinsentwick-

lung, wie er sie behauptet, in den öffentlich zugänglichen Angaben der Deutschen Bundesbank nicht bestätigt wird. Daß zweitens – wo doch die bürgerliche Theorie so gerne die Preise aus dem Verhältnis von Angebot und Nachfrage erklärt – dies nun ausgerechnet bei den Zinsen *richtig* ist. Daß nämlich ein *niedriger* Zins stets Zeichen für *geringe* Nachfrage der Kapitalisten nach Leihkapital und für *reichliches* Angebot von Leihkapital durch die Banken ist. Daß seine „Theorie“ genau das Gegenteil behauptet, nämlich niedrige Zinsen in der Vergangenheit *trotz angeblich* schlechter Geschäftslage der Kapitalisten in all den Jahren seit 1965. Daß weiter hohe Zinsen also die *Folge* einer schlechten Geschäftslage der Kapitalisten sind, die sie viel Leihkapital nachfragen läßt, nicht aber deren *Ursache*. Man könnte ihn weiter auffordern, doch den Beweis für den sagenhaften Höhenflug der Reallohne der Lohnabhängigen und die Verarmung der Kapitalisten, für ihren erbärmlichen Mangel an Geld- und Sachvermögen anzutreten.

Wirtschaftskrise 1930 und ihre Überwindung: Lohnsenkung und Verelendung der Massen

Die gemeinschaftliche Anstrengung aller sei der beste Weg zur Überwindung der Krise, propagiert die Bourgeoisie. Schon einmal hat die Arbeiterklasse die Erfahrung mit dem Dienst aller fürs Vaterland gemacht. In Wirklichkeit bedeutet diese „gemeinschaftliche Anstrengung aller“ brutale Senkung des Lohns und Verelendung der arbeitenden Massen zur Profiterhöhung und Bereicherung der Kapitalisten.

Im Herbst 1929 verlangte der Reichsverband der deutschen Industrie in seiner Denkschrift „Aufstieg oder Niedergang?“ die Beseitigung des Tarifrechtes, umfassende Senkung aller Löhne und Gehälter, Kürzung der Sozialleistungen und Erhöhung der Steuern und Abgaben der Lohnabhängigen. Das sei der Weg zur Überwindung der Wirtschaftskrise. Die Kapitalisten brachten die Regierung Brüning an die Arbeit.

Die Regierung setzte mit dem Keil Einkommensenkung im öffentlichen Dienst an, um den Lohnstandard zunächst an einer Stelle niederzureißen und dann weitere Schläge zu führen. Sie kürzte noch nicht direkt die tariflich vereinbarten Löhne und Gehälter, sondern verordnete im Juli 1930 eine Reichshilfe-Abgabe von 2,5% der Bruttogehälter von Beamten und Angestellten. Schon kurze Zeit später im Dezember 1930 senkte die Regie-

rung die Gehälter der Beamten direkt um 6% und legte fest, daß nach der geplanten Kündigung der Angestelltentarife diese gesenkt werden. Im Juni 1931 verhängte die Regierung eine weitere Senkung der Beamtengehälter zwischen 4 und 6%. Sie verpflichtete die Gemeinden und Länder, bei Beamten und Angestellten die Einkommen auf den Stand des Reiches herabzudrücken. Für die geplante Kündigung der Arbeitertarife verordnete sie, daß die Stundenlohnsätze gekürzt und die Kinderzuschläge beseitigt werden. Die-

se durchgeführten und geplanten Senkungen galten auch für alle staatseigenen Konzerne in der Industrie. Im gleichen Maße wie die Gehälter der Beamten senkte die Regierung die Renten und Pensionen aller ehemals im öffentlichen Dienst Beschäftigten.

Die Regierung strich mit denselben Verordnungen die Arbeitslosengelder zusammen. Verheiratete Frauen bekamen nur noch dann Arbeitslosengeld, wenn sie ihre Bedürftigkeit nachweisen konnten. Arbeitslose Jugendliche bis 21 Jahre bekamen keine Arbeitslosengelder mehr, sie mußten von der Familie ernährt werden. Das Arbeitsamt konnte jetzt die Miete direkt an den Vermieter überweisen. Das Arbeitslo-



Rechts in der Mitte: Kanzler Brüning auf der Fronleichnamprozession 1930. Links: Arbeitslosenübernachtung.

Allein, das ficht ihn nicht an. Hier geht es nicht um wissenschaftliche Beweisbarkeit, hier geht es um die Nützlichkeit einer Theorie für den Geldsack.

Und diese Nützlichkeit einer solchen Theorie ist dann auch unbestritten, weshalb sie so oder ähnlich von den Kapitalisten und ihren Ideologen seit Monaten in der Öffentlichkeit breitgewälzt wird. Was scheren uns eure Kosten, ihr kostet uns zu viel! So schallt es den Lohnabhängigen von den Kapitalisten entgegen. Und für die rücksichtslose Senkung dieser Kosten, die die Löhne der Arbeiter den Kapitalisten machen, ist jede Theorie recht. Was scheren die Kapitalisten auch die Kosten, die ihre Wirtschaft den Lohnabhängigen macht? Was schert sie, ob der Arbeiter gesund bleibt und sich und seine Familie ernähren und kleiden kann, solange nur ihre Lohnkosten so gering wie möglich ausfallen!

Warum aber sind dann die Kapitalisten auf die Theorien des britischen Lord Keynes so schlecht zu sprechen? Dieser Begründer des „Keynesianismus“, John Maynard Keynes, sein



Prof. Giersch: Besonders der Streik im öffentlichen Dienst 1973/74 sei ein Grund der jetzigen Krise. Bild: Postsortierer im Nachtzug.

richtiger Name lautet Lord Keynes of Tilton, vor dem ersten Weltkrieg Beamter des britischen Indienministeriums, danach Mitglied der britischen Delegation bei den Kriegsschulden-

Verhandlungen mit den USA in Bretton Woods 1944, nebenberuflich Besitzer eines Kunsttheaters in Cambridge, kurz, der Inbegriff des britischen Geldsacks, zählt heute bereits zu dem großartigsten Weiterentwickler der bürgerlichen Nationalökonomie in diesem Jahrhundert. Was war seine „Entdeckung“?

Sie bestand in der Kritik der „klassischen“ bürgerlichen Vulgärökonomie, die seit Mitte des 19. Jahrhunderts darauf bestanden hatte, alle Krisen der kapitalistischen Wirtschaft seien nicht etwa Folge der Anarchie der kapitalistischen Produktionsweise, der Konkurrenz der Kapitalisten um Marktanteile und Profite, damit der gesetzmäßig und in brutaler Regelmäßigkeit auftretenden Überakkumulation von Kapital, sondern „vorübergehende Abweichungen vom Gleichgewicht der Produktion“, seien also nicht Regel, sondern Ausnahme der bürgerlichen Produktionsweise. So daß auch die Arbeitslosigkeit stets nur „freiwillig“ von den Arbeitern herbeigeführt werde, wenn sie wieder einmal volkswirt-

sengeld eines Facharbeiters betrug nur 35% seines vorhergehenden Lohns ohne Überstundenanrechnung.

Gegen den Lohnstandard der Lohnabhängigen in der Industrie setzte die Regierung zunächst das Mittel der Zwangsschlichtung bei Tarifausschlägungen ein. Nachdem die Kapitalisten schon 1929 eine weitgehende Kürzung der übertariflichen Lohnbestandteile durchsetzen konnten, rissen sie jetzt den Lohnstandard mittels staatlicher Schlichtung industrieweise weiter herunter. Im Streik der Berliner Metallarbeiter z.B. diktierte der Staatsschlichter eine Tarifsenkung von 6% ab November 1930. Im Jahr 1931 konnten die Kapitalisten den Tariflohn im Durchschnitt um 11,8% senken. Sie forderten weitere Senkungen.

Im Dezember 1931 verordnete die Regierung die Kürzung aller Tariflöhne und -gehälter aller Beschäftigten um 10%. Allein durch diese Verordnung behielten die Kapitalisten 4 Mrd. RM Lohngehalt ein. Den Reallohn hatten die Kapitalisten damit 1931 gegenüber 1930 um insgesamt 28% herabgedrückt. Die Lebenshaltungskosten sanken aber nur um 4,5%.

Die neueingesetzte Regierung Papen bestimmte im Juni und September 1932, daß die Regierung alle Festlegungen der Sozialversicherungen und der Tarifverträge ändern konnte und beseitigte so das Tarifrecht. Die Kapitalisten und die Regierung hatten den ausgezahlten Wochenlohn der Industriearbeiter (Arbeitslosengeld eingerechnet) von 1929 mit 42,20 RM auf 20,50

RM im Jahr 1932 gesenkt. Ein angelernter Arbeiter, verheiratet, erhielt 6,60 RM Arbeitslosengeld in der Woche. Die Bezugsdauer für Arbeitslosengeld betrug 6 Wochen, danach überprüfte das Arbeitsamt die Bedürftigkeit. 81% der Arbeitslosen hatten 1929 Arbeitslosengeld erhalten, 1932: nur noch 14%.

Der Beitrag zur Arbeitslosenversicherung betrug 1932 6,5%. Bei 125 RM Lohn im Monat behielt der Staat zusätzliche Abgaben von 1,5% des Lohns für die Arbeitslosenhilfe ein, 2,5% bei einem Lohn bis 300 RM. Ende 1932 erzielte die Arbeitslosenversicherung trotz 9 Millionen Arbeitsloser einen Überschuß von 60 Mio. RM im Monat.

Das Volk müsse sich anpassen an die Armut der Nation, hatte der Kanzler Papen die Notverordnungen begründet. Im Juni strich er die Renten und Arbeitslosengelder um weitere 1 Mrd. RM zusammen und erhöhte die Steuern und Abgaben der Lohnabhängigen um weitere 500 Mio. RM. (Bei einer Invalidenrente von durchschnittlich 36 RM im Monat kürzte die Regierung 6 RM). Diese insgesamt 1,5 Mrd. RM überwies die Regierung in der folgenden Notverordnung vom September 1932 in der Form von Steuergutscheinen an die Kapitalisten. 40% ihrer Steuern von 1932/33 wurden ihnen so zurückgezahlt. Für Kapitalverwertungsgesellschaften erließ die Regierung: Gewinne aus Aktien werden nur zu 10% für die Körperschaftssteuer angerechnet. Für das Volk kam unter

demselben Datum der Erlaß heraus: Weizenbackwaren können bis zu 10% Kartoffelstärkemehl enthalten.

Nachdem das Finanzkapital seine offen terroristische Herrschaft durchgesetzt hatte, gingen die Nazis den eingeschlagenen Weg weiter. Sie zerschlugen am 2. Mai 1933 die Gewerkschaften. Die Nazis erließen am 1. Mai 1934 das „Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit“: Die eingesetzten „Treuhänder der Arbeit“ hatten das Recht, die Löhne zu senken. Den bis 1932 gesenkten Stand der Tariflöhne drückten die Nazis noch weiter herab. 1938 kamen die Arbeiter in der Industrie nur dann nicht auf einen noch niedrigeren Lohn als 1932, wenn sie mindestens 20% Überstunden machten. In den Jahresberichten der Nazi-Gewerbeaufsicht läßt sich nur die Spitze des Eisberges ahnen, wenn dort berichtet wird, daß z.B. in einer sächsischen Ausrüstungsanstalt „ganze Abteilungen von Arbeiterinnen“ bis zu 88 Stunden wöchentlich beschäftigt waren. Die Nazis zwangen die Arbeiter ab dem 14. Lebensjahr durch Gesetz zur Arbeits- und Dienstpflicht und in wichtigen Industriebereichen mittels Verbot der Kündigung ohne staatliche Genehmigung ins Militärzucht-haus.

Quellenhinweis: J. Kuczynski, Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Bde. 5, 15, 16; Reichsgesetzblatt, Teil I, 1930, 1931, 1932; Protokolle der Reichstagsitzungen Bd. 455, S. 31-35, 7.12.32; S. Bajohr, Die Hälfte der Fabrik, Geschichte der Frauenarbeit in Deutschland 1914 bis 1945, Marburg 1979

schaftlich ganz unverschämt hohe Löhne verlangt hätten. Keynes stellte demgegenüber 1935 fest, daß die kapitalistische Produktion noch eine andere Arbeitslosigkeit hervorrufe, „nämlich die ‚unfreiwillige‘ Arbeitslosigkeit im strengen Sinne des Wortes, deren Möglichkeit die klassische Theorie nicht zugibt“ (1). Eine wahrhaft kolossale Entdeckung für das Jahr 1935! Diese „unfreiwillige“ Arbeitslosigkeit, so Keynes weiter, sei auch durch Lohnsenkungen nicht ohne weiteres zu beseitigen. Wenn z.B. die Kapitalisten ihren Ramsch einfach nicht mehr absetzen könnten, dann müßten staatliche „Nachfrageprogramme“ den Kapitalisten einen Absatz ihrer Produkte sichern und staatliche „Beschäftigungsprogramme“ den Arbeitern eine Beschäftigung. Insbesondere, da die Kapitalisten – wie in der Weltwirtschaftskrise der 30er Jahre der Fall – wegen hoher Zollschränken und gegenseitiger Einfuhrverbote ihre Waren auch im Ausland nicht mehr absetzen könnten. Die Kredite, die der Staat für solche Programme aufnehme, könne er ja den Banken zurückzahlen, wenn die Geschäfte sich gebessert hätten und insbesondere die Lohnabhängigen wieder fleißig Steuer zahlten.

Einmal zu dieser tiefen wissenschaftlichen Einsicht gekommen – die nebenbei weder neu noch originell war, sondern lediglich die Einsicht eines jeden Kapitalisten wiedergibt, daß die schönste Schinderei seiner Arbeiter für die Katz gewesen ist, wenn er für seine Waren keine Abnehmer findet – folgte der englische Lord messerscharf, damit sei auch eine ganz andere Haltung zur Einkommens- und Erbschaftssteuer der Kapitalisten möglich. Hätten diese bisher jede von ihnen zu zahlende Steuer als Diebstahl an ihrem Kapital und Angriff auf ihre volkswirtschaftliche Pflicht zur Akkumulation denunziert, so zeige sich, daß die Kapitalisten diese Steuer doch zahlen könnten – wenn der Staat ihnen nur durch entsprechende Nachfrageprogramme die Lust am Investieren erhalte. Und schließlich könne auf diesem Weg sogar das Erbübel des Kapitalismus beseitigt werden – die Kapitalisten selber! Wenn nur der Staat ihnen durch seine Nachfrageprogramme das Investieren zu solch einer Lust mache, daß sie im Überfluß investierten, dann bedeute dies „den sanften Tod des Rentners“, also des Kuponschneiders, „und folglich den sanften Tod der sich steigernden Unterdrückungsmacht des Kapitalisten, den Knappheitswert des Kapitals auszubeuten.“ Denn: „Der Besitzer von Kapital kann Zinsen erhalten, weil das Kapital knapp ist, gerade wie der Besitzer von Land einen Pachtzins erhalten kann, weil das Land knapp ist. Aber während an sich Gründe für die Knappheit von Land beste-

hen mögen, bestehen an sich keine Gründe für die Knappheit des Kapitals“. Nachdem so in Anlehnung an den von den Faschisten aufgestellten Gegensatz von „schaffendem“ und „raffendem“ Kapital das Wesen der kapitalistischen Produktion aus der Ausbeutung der Lohnarbeiter durch die Kapitalisten in die wucherische Erpressung von Zins durch monopolistische Kapitalbesitzer umgeflunkert ist, ist die „Überwindung des Kapitalismus“ freilich eine Kleinigkeit geworden – freilich nur im Hirn des seine Bodenrente als natürlichste Sache der Welt empfindenden Lord Keynes of Tilton.

Diese „Entdeckungen“ des Lord Keynes anno 1935, daß in schweren Krisen der Kapitalistenwirtschaft *zusätzlich* zur Senkung des Lohnstandards noch staatliche Zuschüsse an die Kapitalisten nötig sind, um die Produktion wieder in Gang zu bringen, und daß die Kapitalisten sogar Steuern zahlen können, wenn ihnen nur die Lust am Investieren nicht vergeht, machen ihn auch heute noch zu einem Liebling aller reformistischen Politiker und Ideologen. Diese glauben, nun endlich ein „gemeinsames Interesse“ von Arbeitern und Kapitalisten gefunden zu haben – nämlich das Interesse an Konjunkturprogrammen, die den Kapitalisten Absatz und Profit und den Lohnabhängigen Beschäftigung verheißen. Wobei diese Reformisten geflissentlich verschweigen, daß die „Nachfrageprogramme“ à la Lord Keynes den Lohnabhängigen noch nie geholfen haben, dafür aber unter den Faschisten ihre bislang rücksichtslosesten Vollstrecker schon fanden: im Arbeitsdienst und in den Rüstungsprogrammen. Keynes selbst erwies diesen Programmen im Vorwort zur deutschen Ausgabe seines Hauptwerks „Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes“ 1936 dann auch seine Hochachtung. Er schrieb, daß „die Theorie der Produktion als Ganzes, die den Zweck des folgenden Buches bildet, viel leichter den Verhältnissen eines totalen Staates angepaßt werden“ könne als die alte bürgerliche Ökonomie.

Die Ablehnung dieser Keynes'schen Theorien durch die bürgerliche Propaganda heute ist deshalb durchaus nicht prinzipiell gemeint – zu gegebener Zeit werden die Kapitalisten gerne auf seine Vorschläge zurückkommen. Nur geht es jetzt erst einmal darum, sämtliche irgendwie gegen Lohnsenkungen verwendbaren Argumente – und seien sie auch noch so verdreht – beiseitezuräumen. Und die von den Gewerkschaften und Sozialdemokraten unter direkter oder stillschweigender Berufung auf Keynes geforderten „Nachfrage- und Beschäftigungsprogramme“ beinhalten zweifellos auch die

moralische Forderung, daß für die Lohnabhängigen ein Auskommen in der Krise möglich sein muß, ganz zu schweigen von solchen Leuten, die unter Berufung auf die historischen Erfahrungen der Lohnabhängigen und den bürgerlichen Ökonomen Keynes darauf hinweisen, daß die von den Kapitalisten geforderten Lohnsenkungen durchaus keine Beseitigung der Arbeitslosigkeit zur Folge haben müssen. Da sind die Kapitalisten entschieden anderer Meinung. Keine Minderung der Arbeitslosigkeit, nun ja, das könne schon sein. Aber eine andere Politik sei ganz ausgeschlossen. Originalton Giersch: „Um die Kapitalmangel-Arbeitslosigkeit abzubauen und – sagen wir – bis Ende der achtziger Jahre zu beseitigen, gibt es keine andere Möglichkeit, als darauf hinzuwirken,



Die „Motivation“ der Industriearbeiterinnen soll durch Lohnsenkung weiter gesteigert werden. Bild: Siemens-Arbeiterin.

daß die Reallöhne prozentual weniger steigen“ – da sie in Wirklichkeit bereits gesunken sind, also schneller sinken. Wobei dann gleich „zum Beispiel das Mehr an Kosten ... für Kapital, Energie, Umweltschutz, Sicherheit am Arbeitsplatz, Produkthaftung, bürokratische Auflagen und staatliche Reglementierung“ in Rechnung gestellt, also den Lohnabhängigen durch Lohnsenkungen abgezogen werden müsse. Sodann sei „grundsätzlich darüber nachzudenken, wie sich die Tarifautonomie mit beschäftigungspolitischer Verantwortung koppeln läßt“. Auf deutsch: wie die Kapitalisten von allen Beiträgen zur Arbeitslosenversicherung befreit werden und diese ebenfalls den Lohnabhängigen aufgebürdet werden können. Vor allem aber „kommt es in den Unternehmen darauf an, das Zusammenwirken, den Arbeitsablauf und das Entlohnungssystem so gut zu organisieren, daß Arbeitnehmer auf möglichst vielen Stufen Verantwortung tragen, dafür individuelle Erfolgsprämien empfangen oder am Erfolg des

Unternehmens insgesamt beteiligt werden. Die Effektivverdienste, die bisher zu stark nivelliert wurden, werden sich dadurch natürlich stärker differenzieren, wie es fast naturgesetzlich sein muß, wenn Motivation gefragt ist und sich in Dynamik umsetzt.“

Na eben! Was der Arbeiterin am Band an „Motivation“ fehlt, wird sie „fast naturgesetzlich“ durch Kürzung des Lohns schon kriegen! Und die so „eingesparten“ Lohn Gelder können dazu genutzt werden, „dynamische“ Antreiber in den oberen Gehaltszonen für ihren mühevollen Einsatz für den Erfolg des Unternehmens zu prämiieren! Die von dem Professor der Nationalökonomie empfohlene Lohngestaltung entspricht ziemlich genau dem faschistischen „Betriebsführersystem“ und seinen Entlohnungsformen. Seine „Kollegen“ vom gleichen Institut taten denn auch kürzlich kund, jeder „organisierte Interessensausgleich“ sei sowieso nur der „zweitbeste Weg“ zur Überwindung der Krise, weil „die organisierten Gruppeninteressen (sprich: die Gewerkschaften, d. Red.) bestehen



Arbeitsdienst gegen Ende der Weimarer Republik. Der Arbeitsdienst ist keine Erfindung der Faschisten. Einer seiner Propagandisten: der britische Lord Keynes.

bleiben.“ Das Ideal dieser Nationalökonomien ist die Zerschlagung der Gewerkschaften und der Tarifrechte, als Beitrag zur „Überwindung der Wachstumsschwäche der deutschen Wirtschaft“. Sie sprechen damit nur offen aus, wozu die Kapitalisten die von ihnen ins Amt gebrachte Regierung Kohl, Blüm und Konsorten bei ei-

ner weiteren Vertiefung der Krise schon treiben werden, wenn man sie nur läßt.

(1) J. M. Keynes, Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes, München 1936, S. 13; weiterer Quellenhinweis: H. Giersch, Ausbruch aus der Stagnation, in „Kieler Diskussionsbeiträge“ Nr. 84, hrsg. vom Institut für Weltwirtschaft, März 1982; Frankfurter Allgemeine Zeitung, 23.9.82, S. 14; Süddeutsche Zeitung, 13.10.82, S. 26; Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Jahresgutachten 1981/82 und Sondergutachten vom Oktober 1982

Moralpredigten der Kapitalisten und ihrer Sprecher: Von der Tugend des Sparens

Kapitalistenverbände, Kirche, Bundesregierung, Wirtschaftsinstitute, „Bild“, alle sind sich einig:

„Wir Deutsche müssen uns auf die Tugend des Sparens rückbesinnen.“ Worin besteht diese Tugend? Darin, daß jeder sich selbst prüft und Enthaltsamkeit übt, sich beherrscht und nicht alles leichtsinnig verpraßt und aufißt, sondern Vorsorge für die Zukunft trifft. Das sei insbesondere deshalb dringend von Nöten, „weil die Bundesbürger jahrelang die Wirtschaft zugunsten der Gegenwart überlastet haben, statt sie für die Zukunft wetterfest zu machen“, kurz: „Wir haben über unsere Verhältnisse gelebt. Wir müssen kürzer treten, dann können wir wieder große Sprünge machen“, stellt „Bild“ fest.

Der neue Bundeskanzler geht guten Beispiels voran und kürzt sein Gehalt und das seiner Minister um 5%. Das sind bei 18000 DM immerhin 900 DM. Soviel kann ein Rentner zwar nicht sparen, aber sparen muß er auch. Und wenn der Rentner sich einschränken kann, können die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes es auch. Damit diese kein Sonderopfer leisten müssen, müssen alle Lohnabhängigen sparen.

Wem das schwer fallen sollte, dem hilft „Bild am Sonntag“. Sie veröffentlicht jetzt regelmäßig „Spartips der Musterhausfrau“, die mit 2000

DM eine vierköpfige Familie am Leben erhält und dabei auch noch das Auto finanzieren kann.

Die Einzigen, die auch in den letzten Jahren die Tugend des „Sparens“ bewiesen haben, sind die Kapitalisten. Sie haben die auf Grund gestiegener Ausbeutung gewachsenen Profite und das aus der Abschreibung der Produk-



Werbung der Volksbank. Was die Lohnabhängigen für das Auto, die Waschmaschine oder Möbel zusammensparen müssen, steht Banken und Kapitalisten als Kapital zur Verfügung.

tionsinstrumente zurückfließende Kapital aufgehäuft und zumeist in hochverzinsten Staatsanleihen angelegt. Aber: 600 Milliarden DM Staatsschulden sind kein Sparen, auch wenn die Kapitalisten in dieser Form gespart haben.

Auch wenn die Banken vor Geld überquellen, haben die bürgerlichen Moralapostel etwas anderes im Sinn, wenn sie vom Sparen reden. Schon Malthus hatte festgestellt: „Kein politischer Ökonom der heutigen Zeit kann unter Sparen nur Schatzbildung verstehen.“ Nein, unter Sparen wird die Anhäufung von Kapital zum Zwecke der Ausbeutung verstanden. „Mehr Sparen und Investieren, damit außer den zusätzlichen Arbeitsplätzen im Ausland zunehmend Arbeitsplätze auch wieder im Inland geschaffen werden. Zu diesem Zweck müßte der Konsum hinter der Einkommensentwicklung zurückbleiben, also die Ersparnis- und Vermögensbildung überproportional steigen ... Natürlich steigen dabei die Gewinne im Vergleich zu den Löhnen, aber dies hilft ebenfalls der Kapitalbildung, weil aus Gewinnen verhältnismäßig mehr gespart (und investiert) wird, als aus Lohneinkommen.“

Die Arbeiter sollen durch Lohnverzicht sparen und so ihre Ausbeutung an frisch geschaffenen Arbeitsplätzen selber finanzieren.

Quellenhinweis: Herbert Giersch, Deutsche Wirtschaft, wohin? Köln 1980.

Demonstration gegen Kommandeurstagung

Hagen. An einer Demonstration gegen die Kommandeurstagung der Bundeswehr, die dieses Jahr in der Stadthalle Hagen vom 17.10. bis 21.10. stattfindet, beteiligten sich über 2000 Menschen. Als Gäste der Kommandeurstagung sind Bundespräsident, NATO-Generalsekretär und US-Botschafter geladen. Aufgerufen zur Demonstration haben die „Initiativen gegen die Kommandeurstagung“, die weiter eine Aktionswoche vom 18.10. bis 21.10. mit einem Kulturprogramm und Diskussionsveranstaltungen unter anderem über Bundeswehr und NATO-Strategie durchführen.

VK bei NRI setzt sich für Festgeld ein

Buxtehude. Die Vertrauensleute bei NRI haben sich für die nächste Tarifrunde für eine Festgeldforderung stark gemacht. Bei NRI arbeitet gut 50% der Belegschaft in den Lohngruppen für ungelernte und angelernte Kräfte. Schon in den letzten Jahren wurden vom VK hohe Mindestbeträge gefordert. Um dieses Jahr tatsächlich mehr für die unteren

2000 Beschäftigte aus städtischen Betrieben und Ämtern demonstrierten am 7.10.82 im Anschluß an rund vierstündige außerordentliche Personalversammlungen vor dem Rathaus in Hannover gegen Stellenstreichungen, Leistungsabbau, Privatisierung und Verschlechterung der Arbeitsbedingungen. Gleichzeitig brachte der Oberstadtdirektor den Haushaltsplanentwurf 1983 im Rat ein. Zu den geplanten insgesamt 250 Stellenstreichungen 1983 gehört die Streichung von 120 Stellen beim Garten- und Friedhofsamt mit dem Ziel der Privatisierung.

Lohn- und Gehaltsgruppen rauszuholen, wurde die Festgeldforderung aufgestellt. Die Vertrauensleute haben gegenüber der Ortsverwaltung und den Tariffunktionen vertreten, daß der anzustrebende Abschluß bei 130 bis 160 DM für jeden liegen muß. Überhaupt haben die Vertrauensleute darauf hingewiesen, daß sich die IGM über den anzustrebenden Abschluß, sozusagen über die Untergrenze, klare Vorstellungen machen muß und nicht so sehr über eine Forderung, von der jeder weiß, daß sie nicht durchgesetzt wird und auch nicht werden soll.



20000 von 52000 Arbeitern auf Kurzarbeit — das hatte der staatliche italienische Stahlkonzern Italsider Ende September angekündigt. Die Konzernherren begründen die Maßnahme mit von der EG verfüigten Produktionseinschränkungen. Am schwersten betroffen ist das Stahlwerk in Neapel-Bagnoli, der größte Industriebetrieb der Stadt. Hier wollte der zuständige Minister gleich für neun Monate die Hochöfen abstellen. Nachdem die Polizei eine erste Demonstration der Stahlarbeiter angegriffen hatten, streikten am 4.10. alle Industriezweige der Stadt. Die Gewerkschaft will Kurzarbeit nur zustimmen, wenn der Staatskonzern zusagt, die Hochöfen nicht abzuschalten, nicht die gesamte Belegschaft in Kurzarbeit zu schicken und Modernisierungsinvestitionen vorzunehmen. Bei ersten Verhandlungen muß der Konzern zugestehen, daß die Hochöfen weiter geheizt werden und ein Teil der Belegschaft im Werk bleibt. Am 13.10. streikte die gesamte Stahlindustrie gegen die Italsider-Pläne, in Kampanien (der Region von Neapel) die gesamte Industrie. Bild: Streikdemonstration in Neapel.



VW-AG: Angriff auf Lohnniveau verhindert

Mit der Einführung der Lohnniveaus A bis M war für die Facharbeiter eine Gleitklausel vereinbart, die vorsieht, daß Jungfacharbeiter innerhalb von 36 Monaten das Lohnniveau K erreichen. Am 24.8.82 trat nun die Abteilung Tarifwesen der VW AG an die IG Metall heran und forderte Verhandlungen über Bewertungskriterien für das nachfolgende Lohnniveau L. Ziel: die Steigerung in dieses Lohnniveau zu erschweren. Die IG Metall lehnte ab. „Tarifwesen“ erklärte, keine Anträge auf Eingruppierung in L mehr zu bearbeiten. Als am 10.9. im Werk Wolfsburg bekannt wurde, sammelten sich 2000 Facharbeiter aus der Frühschicht beim Sitz der Abteilung Tarifwesen und forderten „keine Bewertungskriterien“ und kein Eingruppierungsstopp in L. Nachdem die nächsten beiden Schichten sich ebenso „informierten“, wurde den Forderungen entsprochen. Dennoch sollen darüber Gespräche mit der IGM stattfinden.

ÖTV-Richter gegen Folter-Urteil des VGH

Stuttgart. In einem kürzlich bekannt gewordenen Urteil hat der baden-württembergische Verwaltungsgerichtshof den Asylantrag eines Kurden aus der Türkei abgelehnt. Die Begründung der Entscheidung wurde von der ÖTV-Fachgruppe Richter und Staatsanwälte, Kreis Stuttgart, und der AG Sozialdemokratische Juristen in Baden-Württemberg scharf kritisiert. In der Urteilsbegründung heißt es: „Werden linksgerichtete Kurden, gegen die wegen des Verdachts ermit-

telt wird, ein Staatsschutzdelikt begangen zu haben, gefoltert ...“, so liegt hierin in aller Regel keine politische Verfolgung im Sinne des Art. 16, Abs. 2, Satz 2 des Grundgesetzes. Denn Folter und Mißhandlungen sind in der Türkei ein allgemeines Phänomen, von dem nicht bloß politisch aktive Kurden betroffen sind.“ Daß Folter und Mißhandlung stark „gerade im Vorfeld des politischen Strafrechts verbreitet sind“, lasse sich auf „kriminaltechnische Besonderheiten“ zurückführen: Sie diene der Erzwingung von Aussagen, um Erkenntnisse über verdächtige Vereinigungen zu gewinnen. „Mit politischer Verfolgung hat dies nichts zu tun.“ Diese Gedanken, so die ÖTV-Fachgruppe, seien vom Menschenbild des Grundgesetzes weit entfernt.

Demonstration gegen Schacht Konrad

Etwa 150 Vertreter westdeutscher Initiativen gegen das Kernenergieprogramm, die am 16.10. in Braunschweig tagten, unterstützen den Plan örtlicher Gruppen, gegen den Ausbau des Erzschatztes Konrad zum ersten Atommüllendlager zu demonstrieren. (Das Planfeststellungsverfahren dafür steht vor der Eröffnung.) Ebenso wurde bekräftigt, daß bis vor das Schachtgelände demonstriert werden soll. Heftig wurden die Spaltungsmanöver der Grünen/Nds. zurückgewiesen, die in einem eigenen „gewaltfreien“ Aufruf die Demonstration in einem „Anti-Atom-Fest“ im nächstgelegenen Dorf enden lassen wollen. Die Regionalkonferenz südostniedersächsischer Bürgerinitiativen ruft auf: 30.10., 11 Uhr, Salzgitter-Blebenstedt.

Bremen

AG-Weser, Vulkan: Kapitalisten wollen Fusion

Bremen. Die Betriebsführung des Bremer Vulkan kündigte als vorläufige Sanierungsmaßnahme 500 Entlassungen sowie eine Lohnsenkung mittels Akkordkürzung von durchschnittlich 20% und die Schließung der Gießerei an. Die AG-Weser-Betriebsführung legte ebenfalls, trotz einer scheinbar abgeschlossenen Sanierungsmaßnahme, dem Betriebsrat weitere Entlassungen, Kurzarbeit von 80% der Beschäftigten, Kürzung des Weihnachtsgeldes von 81% auf die tariflichen 50%, Essenspreiserhöhungen von 35% sowie die Einstellung des Werkbusverkehrs vor.

Seit 1975 ist auf der AG-Weser, die zum Krupp-Konzern gehört, saniert worden, d.h., daß bis heute insgesamt

zung und Entlassungen beseitigt, bei konstanter Produktion von Schiffstonnage.

1981 mußte die Bundesregierung mit 195 Mio. DM das Fregattenbauprogramm stützen. Der Bremer Senat kaufte sich mit 6 Mio. DM 25,01% des Aktienkapitals und übernahm die Bürgschaft für 60 Mio. Bankkredite. Diese Maßnahmen sollten bis 1984 halten. Weiter wurden verschiedene Gutachten von den beiden Bremer Großwerften und dem Bremer SPD-Senat in Auftrag gegeben. Die IGM war zu Beginn beratend an den Gutachten beteiligt, schied aber schon bald aus, als ihr klar wurde, daß sie nicht erwünscht war.

Die Gutachten enthalten verschiedene Modelle für die Bremer Werften AG-Weser und Vulkan sowie die Bremerhavener Seebeck-Werft. Die Kapitalisten und der Bremer Senat favorisieren von den verschiedenen Modellen eines, welches die Fusion von AG-Weser und Vulkan vorsieht und die Seebeck-Werft, die auch zu Krupp gehört, selbständig läßt. AG-Weser und Vulkan sollen dabei reine Reparaturbetriebe werden, Neubauten sollen bei der Seebeck-Werft abgewickelt werden. Dabei soll die AG-Weser bis zu ihrer endgültigen Schließung nach und nach abgebaut werden.

Am 12.10 wurde der Vulkan-Betriebsratsvorsitzende Bettelhäuser vom Betriebsführungsvorsitzenden Dr. Henke aufgefordert, „bis zum 16.10. sich über die Opferbereitschaft der Belegschaft mit dem übrigen Betriebsrat zu einigen“. Andernfalls würden die Banken die Kredite kündigen. Darauf kam es bei Vulkan zu mehreren Streiks. Die Banken, bei denen die Vulkanbeschäftigten ihre Lohn- und Gehaltskonten haben, strichen daraufhin Klein- und Überziehungskredite von Vulkanbeschäftigten. Die Betriebsführung versuchte, auf der Werft Unterschriften zu sammeln für die Rettung der restlichen Arbeitsplätze.

Der Betriebsrat seinerseits legte ein Konzept vor, das Kurzarbeit statt Entlassungen und für die Akkordsätze tarifvertragliche Regelungen vorsah. Erst als die Betriebsführung in Verhandlungen einwilligte, wurde wieder kontinuierlich gearbeitet. Parallel tagte das Bremer Stadtparlament, um die Werftlage zu beraten. Die Werften-Betriebsräte, die wie zuvor geplant vor

der Bremer Bürgerschaft als Sachverständige gehört werden sollten, wurden nicht mehr zugelassen. Senatsdirektor Hennemann für den Bremer SPD-Senat im Aufsichtsrat von Vulkan: „Wenn das Konzept von Dr. Henke nicht vom Betriebsrat angenommen wird, sehe ich schwarz für den Bremer Vulkan.“

In der Nacht vom 15. auf den 16.10. verhandelten Vulkan-Betriebsrat und -Betriebsführung unter Vorsitz des Landesarbeitsgerichtspräsidenten in der vom Betriebsrat angerufenen Einigungsstelle. Herausgekommen ist dabei: 290 direkte Entlassungen mit Sozialplan, 210 Arbeitsplätze seien durch Umsetzungen, Fluktuation und vorzeitige Pensionierung freizumachen. Die Akkorde werden im Rahmen eines Tarifvertrages neu geregelt.

„Arbeitsbeschaffung“ Wo das Arbeitsamt nicht kürzt

Bielefeld. Unter dem Namen „Trainingsmaßnahmen für schwer vermittelbare Arbeitslose“ führt das Arbeitsamt Paderborn für etwa hundert Arbeitslose Maßnahmen bei verschiedenen großen Kapitalisten des Raumes durch.

Bei den Benteler Werken, bei denen gut ein Drittel der Maßnahmen durchgeführt wurden, sah das folgendermaßen aus: Benteler suchte für seine drei Paderborner Werke Arbeitskräfte und zwar vornehmlich im Drei-Schichtbetrieb und Akkord. Das Arbeitsamt Paderborn erbot sich daraufhin, Benteler für drei Monate arbeitslose Kollegen zur Ausbeutung auf Probe zu überlassen. Die Kollegen wurden unter Androhung zweimonatiger Sperrfristen dazu gezwungen, für Arbeitslosengeld bzw. Arbeitslosenhilfe ohne einen Pfennig Lohn zum Teil im Drei-Schichtbetrieb und Akkord zu arbeiten.

Der Betriebsrat des Benteler Werkes Wollmarktstraße lehnte die Durchführung dieser Maßnahmen erfolgreich ab und setzte Neueinstellungen per ordentlichem Arbeitsvertrag und bei Tariflohn durch. In den beiden anderen Werken wurden die Maßnahmen jedoch durchgeführt.

Die IG Metall wirft dem Arbeitsamt und Benteler vor, daß sie durch die „Arbeitslosen“ als billige Arbeitskräfte – sie unterlaufen den Tarifvertrag – den Profit steigern, und fordert,



3060 Beschäftigte entlassen wurden. Die Löhne wurden durch Änderung des Prämiensystems um 10% gesenkt. 2340 Beschäftigte hat die Werft zur Zeit.

Auf dem Bremer Vulkan, der zu Thyssen gehört, haben nach Angaben des Betriebsrates die Kapitalisten gewaltige Profite gezogen. Es wurden Dividenden um 45% ausgeschüttet. Mit dem so erhaltenen Kapital ist Thyssen in die amerikanische Lebensmittelindustrie eingestiegen. Ab 1980 kündigte die Vulkan-Betriebsführung an, auf die Rücklagen zurückgreifen zu müssen. Die Betriebsführung wurde gewechselt, und der berühmte Sanierer Dr. Henke von der HDW-Werft Hamburg wurde auf die Vulkan-Beschäftigten angesetzt. Seitdem wurden 1400 Arbeitsplätze durch Nichtwiederbeset-

daß die verhängten Sperrfristen bei Nichtteilnahme aufgehoben werden sollen. Zugleich führt die IG Metall im Moment auch Klage gegen das Arbeitsamt, um die Unrechtmäßigkeit der Sperrfristen feststellen zu lassen.

Eine ebensolche „Einarbeitungshilfe“ bot das Arbeitsamt Bielefeld dem Gütersloher Fahrradkapitalisten Sprick als Ersatz für seine polnischen Arbeitskräfte an, deren Vertrag das Arbeitsamt Bielefeld nicht mehr verlängern will. Die Firma beschäftigt zur Zeit etwa 130 Arbeitskräfte, davon etwa 30 Strafgefangene und noch einmal so viele Polen, die das Arbeitsamt Bielefeld über die staatliche polnische Arbeitsbehörde vermittelt hat; alle weit unter Tariflohn laut Aussage der IG Metall.

Auf Grund der Veröffentlichung der IG Metall, daß Sprick tariflich einge-

stellte Arbeiter entlassen will und die Arbeitsbereiche der polnischen Arbeiter entgegen dem Vertrag mit dem Arbeitsamt ausweitet, ist das Arbeitsamt unter Druck geraten und will die Verträge der polnischen Arbeiter nicht verlängern. Daraufhin hat Sprick mit der Schließung der Fabrik gedroht. Das Arbeitsamt hat ihm nun „Einarbeitungshilfen“ für neu einzustellende Arbeitskräfte in Aussicht gestellt.

Die IG Metall Gütersloh hat Arbeitsverträge, die unter Umgehung der geltenden Tarifverträge abgeschlossen werden, abgelehnt. Das Arbeitsamt hat erklärt, sämtliche 157 Verträge mit polnischen Arbeitskräften im Raum Bielefeld Ende Dezember auslaufen zu lassen und nicht zu verlängern. Das Arbeitsamt hat allen betroffenen Kapitalisten Einarbeitungs- und Übergangshilfen in Aussicht gestellt.

„Vernehmungstermin“ der Bezirksregierung Hannover für die betroffenen Lehrer als Zeugen aussagen wollten, wurden vom „Untersuchungsführer“ wegen „Bedeutungslosigkeit für die Beweisführung“ abgelehnt.

Die Berufsverbotepraxis hat aber inzwischen auch andere Blüten getrieben. Da nach Albrechts Willen künftig die „Tugenden des Fleißes, der Disziplin und der Ordnung“ das Gerüst der niedersächsischen Schulpolitik bilden sollen, muß alles, was nicht in das Konzept von Albrechts neuer bildungspolitischer Initiative („Mut zur Erziehung“) paßt, ausgesondert werden. Stellvertretend seien nur zwei Fälle genannt. Die Bezirksregierung Lüneburg verlängerte die Probezeit eines Studienrates um ein Jahr, damit er „Gelegenheit habe, seine Arbeitsweise zu verbessern“. Sein Verständnis von Pädagogik sei anstößig. Der Studienrat hatte in einer Deutschklausur im Vorseminsterkurs zwei Texte herangezogen, in denen das Verhalten zweier jugendlicher im Geschlechtsakt beschrieben wird. Ein bereits auf Lebenszeit verbeamteter Realschullehrer aus Braunschweig soll entlassen werden, weil er dem Ansehen des Beamtentums schade. Hier einige „Anklagepunkte“: er soll bei einer Abschlusfeier in bunter Kostümierung und mit einem Schlapphut erschienen sein; er soll einer Schülerin den Satz „Immer lustig und vergnügt, bis der Arsch im Sarge liegt“ von Udo Lindenberg ins Poesiealbum geschrieben haben; er soll einer Kollegin in der Schulküche den Löffel aus der Kaffeetasse genommen haben, um damit seinen eigenen Kaffee umzurühren ...

Vom 16. – 23.10. haben die Komitees gegen Berufsverbote eine Aktionswoche durchgeführt, die mit einer landesweiten Demonstration und Kundgebung am 23.10. in Hannover beendet

Berufsverbote in Niedersachsen

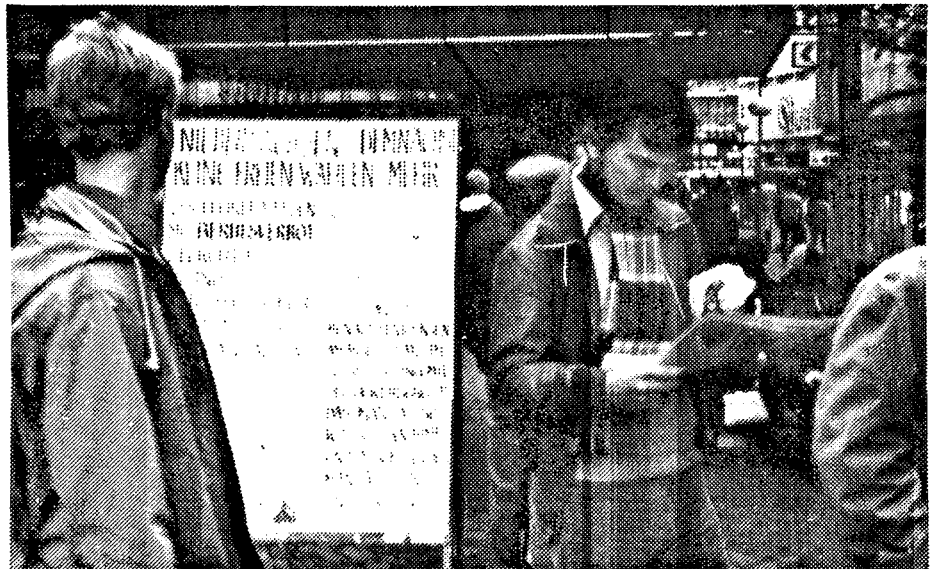
„Immer lustig und vergnügt, bis der Arsch im Sarge liegt ...“

Hannover. Am 29. Oktober 1981 fällt das Bundesverwaltungsgericht das Urteil gegen den Postbeamten Hans Peter, Mitglied der DKP. Danach ist allein die Mitgliedschaft in einer Partei, die „verfassungsfeindliche Ziele“ verfolgt, ausreichend für ein Berufsverbot. Dieses Urteil hat zweifellos politisch-klimatisch die Situation verschärft, denn es ermuntert die Landesregierungen, neue Verfahren einzuleiten. So auch in Niedersachsen, das eine gewisse Vorreiterrolle bei der Einleitung einer neuen Berufsverbotekampagne zu spielen scheint.

Die CDU-Landesregierung besteht nachdrücklich auf der Regelanfrage beim Verfassungsschutz. Innenminister Möcklinghoff: „Die jungen Menschen sollen froh und zuversichtlich sein und darauf vertrauen, daß wir mit ihnen ein anständiges Gespräch führen werden.“ Daß die Landesregierung dabei mit zweierlei Maß mißt, dürfte niemanden mehr verwundern. Konsequenz wird in Niedersachsen der sog. „Radikalenerlaß“ ausschließlich gegen Linke angewandt: 107 Berufsverbote von 1972 bis Ende 1979. Bis August 1980 kamen bereits 70 weitere hinzu. Erklärung von Möcklinghoff: „Der Intelligenzgrad der Rechtsextremisten liegt erheblich unter dem der Linksradi-kalen.“ Oder: Lieber einen dummen Nazi als einen klugen Kommunisten im öffentlichen Dienst. Man erinnere sich an die Vorfälle am Grotfend-Gymnasium in Hannoversch-Münden. Dort wird zur Zeit ein Berufsverbot gegen eine Lehrerin wegen „vermuteter“ DKP-Mitgliedschaft eingeleitet. An

der gleichen Schule, an der sich der Faschist Kausch, von der Landesregierung rehabilitiert, als Direktor rumtreibt (s. Politische Berichte 9 und 14/82).

Mit der Einleitung von Disziplinarverfahren gegen 23 Lehrer, die 1981 bei den Kommunalwahlen für die DKP kandidiert haben, hat die Landesregierung das Startsignal für eine weitere verschärfte Unterdrückung im öffentlichen Dienst gegeben. Alle 23 Lehrer sollen wegen „mangelnder Verfassungstreue“ entlassen werden. Die Landesregierung stützt sich dabei einzig und allein auf das oben genannte Peter-Urteil. Elternvertreter und Personalratsmitglieder, die auf einem



Stand des Komitees gegen Berufsverbote in Hannover während der Aktionswoche vom 16. bis 23.10.

wurde. Die Forderungen auf dem Aufruf zur Demonstration lauten: „1. Sofortige Einstellung aller Disziplinarverfahren gegen die vom Berufsverbot Bedrohten! 2. Niemand darf wegen der Wahrnehmung eines demokratischen Grundrechtes aus dem öffentlichen Dienst entlassen werden! 3. Alle vom Berufsverbot Betroffenen müssen eingestellt und rehabilitiert werden! 4. Die verfassungswidrige Bespitzelung demokratischer Aktivitäten in Betrieb und Gewerkschaft, von Demonstrationen, Unterschriftenaktionen, von Organisationen und Parteien muß beendet werden!“

Die Unterschriftensammlung der GEW gegen die Disziplinarverfahren gegen die Lehrer, die für die DKP kandidiert haben, wird weitergeführt. 17000 Unterschriften wurden bisher gesammelt.

Brokdorf-Prozesse Prozeß gegen AKL-Mitglieder vorerst ausgesetzt

Itzehoe. Am 14.9.82 hat vor dem Amtsgericht Itzehoe der Prozeß gegen die Gewerkschaftsmitglieder U. Zabel und K. Seligmann begonnen wegen Verstoß gegen das Versammlungsgesetz und Widerstand anlässlich der großen Brokdorf-Demonstration am 28.2.81.

Zu dieser Demonstration hatten u.a. auch die Hamburger Ortsvereine der IG DruPa, GEW und HBV aufgerufen. Der Aktionskreis Leben – Gewerkschafter gegen Atom (AKL) hatte den Gewerkschaftsblock mit einem Lautsprecherwagen angeführt und ihm Durchgang durch die Polizeisperre verschafft. Auf dem Rückweg wurde dann der Block von der Polizei überfallen. Der Staatsanwalt zimmerte zunächst in bewährter Manier eine Anklage wegen schweren Landfriedensbruchs, schwerer Körperverletzung, schweren Eingriffs in den Straßenverkehr, Leitung einer verbotenen Demonstration und Widerstand.

Auch im Prozeßverlauf ließen Richter und Staatsanwalt keinen Zweifel, daß es ihnen um hohe Strafen ging: Mit ausdrücklichem Verweis auf die Stammheimer RAF-Prozesse war das Gerichtsgebäude von Polizei umstellt, hatten sich Zuschauer und Angeklagte der körperlichen Durchsuchung zu unterziehen. Am 3. Verhandlungstag weigerten sich die Angeklagten, diese Schikane weiter mitzumachen – kurzerhand verhandelte das Gericht ohne sie weiter. Dagegen haben jetzt die Verteidiger eine Entscheidung des Verwaltungsgerichts erwirkt, das die Maßnahmen der körperlichen Durchsuchung als „unangemessen“ und „un-

geeignet“ zurückweist. Der 3. Verhandlungstag ist somit nichtig, und aus prozessualen Gründen muß jetzt ganz neu verhandelt werden, der Prozeß ist ausgesetzt. Obwohl offensichtlich ist, daß sich auch die „reduzierte“ Anklage nicht halten läßt, ist das Gericht bisher nicht zur Einstellung bereit.

Die Angeklagten erhalten breite Unterstützung. Die Ortsvereine der IG Metall und IG DruPa setzen sich für gewerkschaftlichen Rechtsschutz ein. Die IG DruPa hat bereits vor Prozeßbeginn in einer öffentlichen Erklärung u.a. festgestellt: „Wir sehen darin (in



der Prozeßführung gegen M. Duffke und M. Mohr, d. Red.) einen Abbau demokratischer Rechte, der letzten Endes auch vor dem Koalitions- und Streikrecht und anderen gewerkschaftlichen Rechten nicht halt machen wird, wenn man deren Befürworter gewähren läßt. Der Ortsverein ... fordert deshalb: nachträgliche Aufhebung des Demonstrationsverbotes vom 28.2.81; Einstellung des am 14.9. beginnenden Prozesses; Aufhebung der bereits ausgesprochenen Urteile und erneute Durchführung der Verhandlungen unter Bedingungen, die allen rechtsstaatlichen Ansprüchen genügen ...“

Flughafengegner München 2 Beteiligung bei nächsten Wahlen

München. Über mehr als 27000 Einsprüche setzte sich die Regierung von Oberbayern hinweg, als sie im August 1979 den Planfeststellungsbescheid für den Bau des Flughafens München 2 im Erdinger Moos erließ. Im Februar 1980 befaßte sich das Verwaltungsgericht mit 5724 Klagen gegen den Bescheid, legte ein Vorgehen für Schnellverfahren vor und entschied: Der Flughafen München 2 wird im Erdinger Moos gebaut, die genaue Größe muß überprüft

werden. Obwohl der Verwaltungsgerichtshof am 16.4. Baustopp verhängte, konnte die Flughafen München GmbH (Gesellschafter: Bundesrepublik Deutschland, Freistaat Bayern und Stadt München) „vorbereitende Arbeiten“ wie Roden, Grundwasserabsenken durchführen.

Inzwischen ist das ehemals auf 2050 ha geplante, jetzt von der FMG auf 1500 ha „reduzierte“ Gelände gerodet, das Grundwasser abgesenkt worden. Anfang August entschied wiederum der Bayerische Verwaltungsgerichtshof, daß das Absenken des Grundwasserspiegels rechtmäßig sei. Der Bund Naturschutz hatte Klage erhoben, damit die Abwassergräben abgeschottet werden, um eine weitere Austrocknung des Erdinger Moos zu verhindern. Die Absenkung, die bereits bis zu 4 Metern geht, hat zu Rissen in Häusern geführt, die nördlich des Flughafengeländes liegen.

Bislang hatten sich die örtlichen Parteigremien von CSU, SPD und FDP gegen den Flughafen ausgesprochen. Vor den Landtagswahlen in Bayern erinnerten die Flughafengegner Strauß an ein Wahlversprechen, das er vor vier Jahren während eines Wahlkampfauftritts in Freising gegeben hatte, nämlich die Karten auf den Tisch zu legen. Anlässlich seines diesjährigen Auftritts ins Freising war es so weit: „Der Airport wird gebaut, allerdings so klein wie möglich“. Die Flughafengegner verglich er mit „Posthaltern längst vergangener Tage, die den Bau von Bahnhöfen verhindern wollten“.

Die Antwort der Vereinigten Bürgerinitiativen gegen den Flughafen München 2 war eindeutig. Sie forderten in Flugblättern die Bevölkerung auf: „Wählt keine Flughafen-Parteien!“ Der Stimmanteil der CSU fiel bei diesen Landtagswahlen im Stimmbezirk Freising um 4,5% auf 60,8%. Gleichzeitig stellten die Bürgerinitiativen fest, daß bei den etablierten großen Parteien keine Bereitschaft vorhanden sei, sich mit den Problemen im Erdinger Moos auseinanderzusetzen. Sie zogen daraus im Sinne der Bewohner die Konsequenz: Bei den nächsten Wahlen werden die Vereinigten Bürgerinitiativen eigene Kandidaten aufstellen, deren Ziel es ist, Einfluß auf die politischen Machtverhältnisse an konkreten Punkten zu nehmen.

Dieser Entschluß führte auch zu organisatorischen Veränderungen innerhalb der Bürgerinitiativen. Der evangelische Pfarrer Guggenmoos trat als Sprecher zurück. Damit hat sich offensichtlich in der Bewegung gegen den Flughafen die Linie durchgesetzt, die den Bau des Flughafens verhindern will und sich nicht mit einem Projekt, zwar einige Nummern kleiner, zufriedengibt.

Energieversorgung

Stadt Mannheim behauptet: Industriepreise subventionieren Haushaltstarife

Mannheim. Eine vierstündige Sondersitzung des Mannheimer Stadtrates über „Energieversorgung in und für Mannheim“ fand am 12. Oktober statt. Sie war auf Antrag der SPD und als Antwort auf zwei Anträge der Stadträte Ebert (DKP) und Ahrens (Grüne) zustande gekommen. Diese hatten öffentliche Stellungnahme der Stadt Mannheim und der stadteigenen Mannheimer Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft (MVV) zu den Vorwürfen und Kritiken gefordert, die von verschiedenen Kräften in Mannheim erhoben werden und die das Komitee gegen Fahrpreis- und Gebührenerhöhungen in einer Informationsbroschüre fundiert zusammengefaßt hatte. (Siehe Pol.Ber. 6/82)

Es ging dem Oberbürgermeister Varnholt (SPD) und der MVV darum, diese Kritiken und die inzwischen doch relativ verbreitete Meinung zu entkräften, auch mit der zum 1.11.82 geplanten fünften MVV-Erhöhungswelle in drei Jahren würden nur die Billigpreise der Großindustrie subventioniert.

„Die Tarifikunden unterstützen somit nicht den Großkunden, sondern umgekehrt: Der Großkunde unterstützt den Tarifikunden.“ Das ist die zusammenfassende Antwort von MVV und Varnholt, die sie in der Sondersitzung zu beweisen suchten. Zwar „fühle sich (die MVV) den Grundsätzen der Gemeinwirtschaft verpflichtet“, auch sei das „versorgungspolitische Ziel ... die sichere und preiswerte Bereitstellung von Energie, Wasser und Nahverkehr unter sozial tragbaren Bedingungen“. Jedoch bedeute dies kein „Außerkräftsetzen“ der marktwirtschaftlichen Bedingungen, führte Varnholt aus.

Das Gas z.B., das die MVV an die BASF (50% des MVV-Absatzes) und Mannheimer Großkunden absetze, sei „nicht mehr konkurrenzfähig“. Mehrere Großbetriebe hätten auf Kohle- und Ölfeuerung umgestellt, da der Gaspreis von den Erdöl-Erdgas-Konzernen so scharf gesteigert wurde. Dieses Umstellen der Großindustrie auf andere Energiearten müsse durch Erhaltung eines „anlegbaren Preises“, also billiger als Ersatzenergie, abgewendet werden.

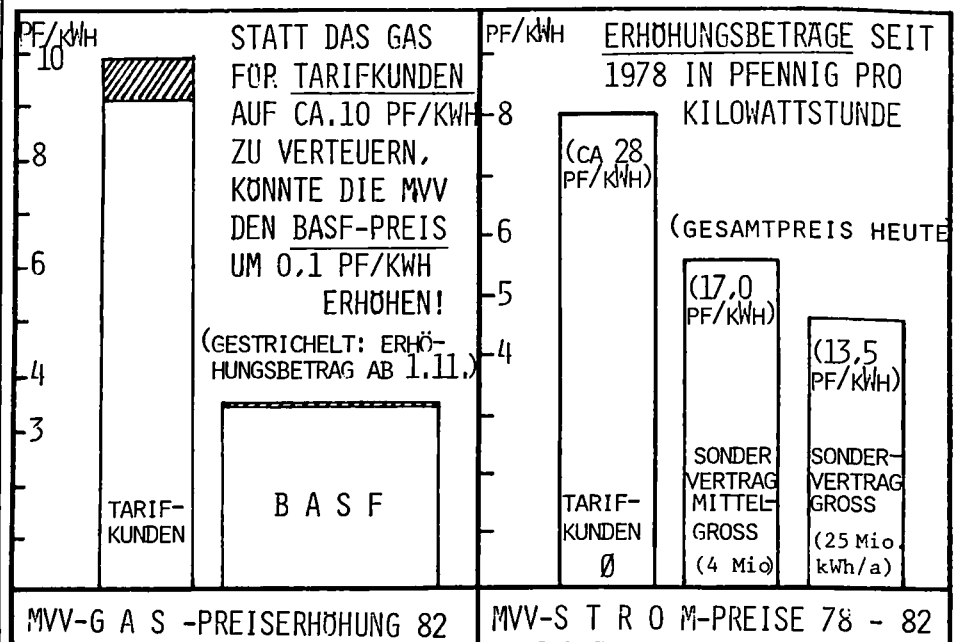
Von diesem Ziel geht die MVV aus, und somit ergeben sich „zwangsläufig“ Folgerungen: 1. Den Haushalten, die natürlich *nicht* die Energieart wechseln und sich vom teuren Gas abhängen können, kann somit auch *jede Erhöhung* zugemutet werden. 2. Da

dies nicht öffentlich als der eigentliche Grund von Tarifierhöhungen und nicht durchgeführter Preiserhöhungen für Sondervertragskunden genannt werden kann, muß eine „wahrhafte“ Begründung gesucht werden, die die MVV auch findet:

Wer kontinuierlich während des ganzen Jahres Gas beziehe (wie angeblich die Industrie, die aber bekanntlich *auch* heizt), verursache viel geringere Kosten als die Haushalte, die ja nun nur im Winter Gas bezögen (80% des Haushaltsgases dient Heizzwecken). Die Gesamtkosten für Energielieferungen beinhalten immer einen Arbeitspreis (pro Kilowattstunde, unabhängig

denfalls die Versorgungspflicht zu „sozial tragbaren Bedingungen“! Denn: Wieviel will die MVV einem Haushalt berechnen, der z.B. nur an einem Tag im Jahr Energie bezieht, einer Familie, die nur einmal mit der Straßenbahn fährt (und dann gleich zu viert)? Allesamt würden doch nach der „Rechnung“ der MVV im Verhältnis zur insgesamt bezogenen Menge ungeheure „Bereitstellungskosten“ verursachen!

Darüberhinaus: Man könnte die Frage auch so herum stellen: Wer verursacht eigentlich die kostentreibenden „Leistungsspitzen“ der Gasversorgung im Winter: die heizenden Haushalte oder die Industriebetriebe, die – statt z.B. im Interesse der Gesamtkosten-senkung ihren Gasbezug im Winter zu senken – ebenfalls ihre Hauptmengen im Winter beziehen? Wäre nicht eine Preispolitik der MVV angebracht, die die Großbetriebe geradezu dazu



davon, wann bezogen wird) und einen Leistungspreis (pro Kilowatt, der Leistung, die zu einem Zeitpunkt maximal bezogen und vom EVU somit bereitgestellt werden muß). Bei gleichem Arbeitspreis, so die MVV (was den Tatsachen nicht entspricht), müßten die Haushalte somit pro bezogener kWh „einen fünfmal höheren Leistungsanteil zahlen“ als die Großindustrie. Ein Verkaufspreis der MVV für BASF und PWA, der unterhalb der durchschnittlichen Bezugskosten der MVV liegt, sei deshalb berechtigt und bringe der MVV einen Gewinn.

Der ganze Gedankengang ist pervers, das Ziel der „Versorgungspflicht“ der MVV, mit der ja ihre Konzession zur Versorgung Mannheims verbunden ist, schon halb aufgehoben, je-

zwingt, während der Spitzenlastzeiten auf andere Energiearten umzustellen? Kaum nennenswerte Investitionen der Betriebe würden dies ermöglichen!

Nichts dergleichen! In der Sondersitzung des Gemeinderates wurden stattdessen die Verhältnisse auf den Kopf gestellt, um das übergeordnete Ziel der Billigstversorgung für die Industrie zu begründen: Die Haushalte verursachten zusätzlich pro kWh 50mal so hohe Kosten für die Verteilung wie die Industrie, womit dann „endgültig“ die in der Sondersitzung von Ebert und Ahrens vorgetragenen Kritiken „entkräftet“ seien, die anhand einzelner bestimmter Großinvestitionen der MVV für Verteilungsanlagen deren direkte Zweckbestimmung angriffen: nämlich die bevorzugte Versorgung einzelner Großbetriebe.

Alcan-Strompreiserpressung erfolgreich

Ludwigshafen. Insgesamt ca. 30 Mio. DM hat der Alcan-Konzern für Kauf und Ausbau der bankrotten Giulini-Aluminiumhütte in Ludwigshafen seit 1980 gezahlt. Im Januar 1983 will Alcan die Hütte, die „bisher mit Gewinn gearbeitet“ habe, schließen, 330 Beschäftigte feuern. Grund: Die Pfalzwerke (RWE-Tochter) haben den seit 1980 zugestandenen, weit unter den Kosten liegenden Strompreis von 4,2 Pfg/kWh erhöht. Gefordert hatten die RWE 7,5 Pfg, durch die Alcan-Drohungen haben sie dann 6,5 Pfg/kWh geboten. Die Differenz zu den Kosten wird durch überbezahlte Haushaltstarife hereingeholt. Die durchschnittlichen Haushaltskosten in Ludwigshafen betragen ca. 25 Pfg/kWh.

Es langt dem Alcan-Konzern jedoch noch nicht: Die Hamburger Aluminiumwerke sollen noch immer (ebenfalls von RWE) Strom für 2,8 Pfg/kWh bekommen, das Land Hamburg soll jährlich 70 Mio. DM für diese Subventionierung zahlen. Anders, so Alcan, sei Aluminium nicht konkurrenzfähig zu produzieren.

117 Mio. DM betrug 1981 der Jahresumsatz der Alcan-Hütte, bei einem Viertel liegt der Energiekostenanteil der Aluminiumproduktion. Es sind also erhebliche Summen, die jede für Alcan subventionierte Kilowattstunde ausmacht.

Mehrere Hundert haben am 29.9. an einer IG-Chemie-Demonstration gegen die Stilllegungsdrohung teilgenommen. Gefordert wurde von IG Chemie, Oberbürgermeister und Pfalzwerke-Aufsichtsratsmitglied Ludwig, allen bürgerlichen Parteien und Kirchenvertretern eine „dauerhafte Subventionierung“, die, egal ob über Lohnsteuergelder oder Tarifierhöhungen, die Lohnabhängigen zu zahlen haben werden.

Einen neuen Vorschlag brachte nun Ludwig ins Spiel: Das Großkraftwerk Mannheim (dessen „teuren Steinkohle-Strom“ Mannheims MVV nicht mehr will) soll verbilligte Kohle erhalten und somit Billigstrom für Alcan produzieren. Und die MVV soll dann wohl „billige Kernenergie“ beziehen, die der OB Mannheims für „konkurrenzfähige Industrierversorgung“ wünscht. Und zudem, so Ludwig, wäre somit „ein Präzedenzfall“ geschaffen.

Entwicklungshilfe Propagandaschau in Baden-Württemberg

Freiburg. „Solidarität mit der Dritten Welt“, so lautet der Titel einer Ausstellung der baden-württembergischen Landesregierung. Unter diesem Motto ließ sie auch ihre Feiern zum 30-jährigen Bestehen des Landes abhalten.

Jeder, der die Ausstellung besucht und die christlich-abendländische Missionarspropaganda erwartet, ist überrascht: Scheinbar ohne jedes Tabu wird von Multis gesprochen und von Kolonialismus. An der Wand großflächige Zitate. Darunter Späth (gleich neben Reagan): „Eine von der Mehrzahl der Völker akzeptierte, internationale, stabile Friedensordnung wird es nur geben, wenn die Länder der Dritten Welt eine reale Entwicklungschance haben.“ Das Stichwort ist gefallen, der Dritten Welt eine Chance! Wie diese die nützen? Man läßt für die Landesregierung J. Galtung sprechen: „Es müßte konsequent auf den Übergang zur nächsten Entwicklungsphase hingearbeitet werden, den Übergang von der neuen (oder doch nicht so neuen) Weltwirtschaftsordnung zur Selbstbestimmung.“ Selbstbestimmung also statt neuer Weltwirtschaftsordnung! Nicht die Forderungen der Länder der Dritten Welt gegen den Imperialismus, nicht ihr wirtschaftlicher und politischer Zusammenschluß, nicht ihr gemeinsamer Kampf gegen die ökonomische Ausbeutung und politische Unterdrückung durch die imperialistischen Staaten schafft die Voraussetzungen für Unabhängigkeit und Selbstbestimmung, sondern umgekehrt, die Überwindung dieser „überholten Entwicklungsphase“ bietet den Ländern der Dritten Welt die von Späth verheißene reale Chance.

Das ist der Rote Faden dieser Ausstellung: die brutalen Ausbeutungsverhältnisse auf den südamerikanischen Bananenplantagen werden beschrieben, daß die imperialistischen Lebensmittelskonzerne den Profit daraus ziehen, wird verschwiegen. Politische Entrechtung und blutige Unterdrückung der Volksmassen in Ländern der Dritten Welt durch „Terrorregimes“ werden angeprangert, daß aber die Imperialisten diese Regimes einsetzen und unterstützen, wie z.B. in der Türkei oder in Chile, erfährt man nicht.

Ein Viertel aller von den Bundesländern aufgebracht Mittel für „Entwicklungshilfe“ stammt aus Baden-Württemberg. Nicht ohne Grund: Die im Land ansässigen Konzerne, wie Bosch und Daimler haben starke auswärtige Interessen. Bosch z.B. beutet in Brasilien 1981 8020 Beschäftigte

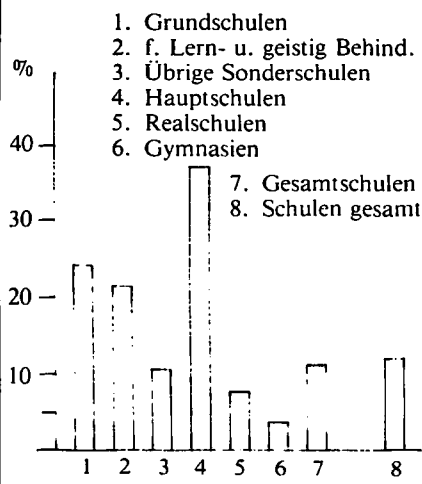
aus, in Indien 10040; seine Auslandsinvestitionen sind von 185 Mio. DM 1979 auf 212 Mio. 1981 gestiegen. Die „Bestimmungsgründe“ dafür laut Regierung: „Sicherung des Absatzmarktes, niedrige Lohnkosten, Rohstoffsicherung für die inländische Produktion etc.“ Diese Interessen zu sichern, müht sich die Landesregierung mit der Ausstellung. Ob ihr dabei viel gelingt, hängt auch davon ab, was sich gegen diese Propagandaschau tut. In Freiburg, wo die Ausstellung ihren Start hatte, hat die Aktion Dritte Welt ein Flugblatt zur Kritik bei dieser Schau verteilt. Es kann (auch in Klassenstärke) bei: Aktion Dritte Welt, Freiburg, Kronenstr.16, bezogen werden.

Westberlin

Ausländerkinder – isoliert und abgestempelt

Ausländerkinder hindern die deutschen Schüler in ihrer Ausbildung, zudem kosten die ausländischen Schüler zuviel Geld, diese Auffassung will die Schulsenatorin Laurien verbreiten. Begründet werden sollen damit die Maßnahmen, die der Schulsenat trifft. Samt den Sparmaßnahmen sind sie nicht nur eine besondere Unterdrückung und Auslese, sondern isolieren und stempeln die ausländischen Kinder ab. Anordnungen, daß bei

Ausländische Schüler nach Schulart (1. Okt. 1982)



Klassen mit einem Ausländeranteil von 50% für Ausländer gesonderte Klassen errichtet werden sollen, werden gegen den Widerstand der Eltern erzwungen. Für „rückkehrwillige türkische Schüler“ sind Sonderklassen vorgesehen. Die Schulzeit für ausländische Kinder wurde mit dem 15. Schuländerungsgesetz verkürzt. Mit dem 16. Schuländerungsgesetz sind geplant: Der Anteil der ausländischen Kinder in einer Klasse soll bei guten Deutschkenntnissen

50% nicht überschreiten, bei weniger guten 30%. Die Sprachkenntnisse sollen bei ausländischen Schülern in der 4. Klassen überprüft werden.

Der Unterricht in der Heimatsprache wird von dem CDU-Senat unterdrückt. Nur an einigen Schulen in Kreuzberg gibt es Modellversuche. Wie die Erfahrungen, die die GEW gesammelt hat, zeigen, ist der zusätzliche Unterricht für die ausländischen Kinder in ihrer Heimatsprache unbedingt notwendig, sowohl für die Erlernung und den Gebrauch ihrer eigenen Sprache als auch um Schwierigkeiten in der Vermittlung des Unterrichtsstoffes zu überwinden.

Im Oktober stehen in Kreuzberg 25 ausländische Kinder auf der Warteliste für einen Schulplatz. Vor den Sommerferien waren es 70. Die Schüler wurden auf Bezirke wie Tempelhof, Steglitz, Wilmersdorf verteilt. In Reinickendorf, Steglitz, Tempelhof, Spandau, Zehlendorf und Wilmersdorf liegt der Anteil der ausländischen Schüler an öffentlichen Hauptschulen zwischen 12,5 und 23,1%, in den Bezirken Neukölln, Charlottenburg, Tiergarten, Schöneberg, Wedding und Kreuzberg zwischen 39,2 und 60,7% (Oktober 1981). Die Umverteilung der Schüler durch den Senat bedeutet längere Fahrzeiten und Trennung der Kinder von den anderen aus dem Wohngebiet. Obwohl der Anteil der ausländischen Schüler über 40 bis 50% in einigen Bezirken liegt, ist der Senat nicht bereit, dies in seiner Schulpolitik zu berücksichtigen. In Kreuzberg demonstrierten im August ca. 1000 Schüler, Eltern und Lehrer dagegen. Der Kreuzberger Bezirksschulbeirat bezeichnete die Schulpolitik des Senats als „arbeiterfeindlich“.

Kindertagesheime Den verbesserten Status beibehalten

Hamburg. In den Hamburger Kindertagesheimen (KTH) gibt es 130 sogenannte Gefährdetengruppen. In diesen Gruppen sind Schulkinder untergebracht, die nach Meinung von Fürsorgern und Erziehern durch schlechte Familien- und/oder Wohnverhältnisse in ihrer Entwicklung gefährdet sind. Diese Gruppen unterscheiden sich in ihrer Ausstattung erheblich von den übrigen: In einer Gruppe sind 15 Kinder, ein 40-Stunden-Erzieher und ein 22-Stunden-Erzieher. In den übrigen Schulkindergruppen sitzen je nach Räumlichkeit bis zu 27 Kinder mit einem Erzieher. Außerdem stehen den Gefährdetengruppen mehr Mittel zu,

angefangen beim höheren Essensgeld über mehr Geld für Spielmaterial und Unternehmungen etc. Die Erzieher einer Gefährdetengruppe werden nach BAT Vc statt wie sonst nach BAT Vlb bezahlt, was rund 100 DM ausmacht. Die Arbeit in den Gefährdetengruppen läuft ohne Jugendamtsakte und Berichte über die Kinder.

Im Sommer 1980 bemerkte die Amtsleitung der Behörde für Arbeit, Jugend und Soziales urplötzlich, daß es keine gefährdeten Kinder mehr in Hamburg gäbe. Senator Ehlers dazu: „Schließlich hat ja jeder einen Tick, wir wollen keinen mehr deshalb isolieren.“ Postwendend wurden keine Gefährdetengruppen mehr eingerichtet, und laut dem Kindertagesheimbedarfsplan sollen alle Gruppen auf 20 Kinder eingeschworen werden, also auch die



Gefährdetengruppen. Mit der Abgruppierung der Vc-Erzieher ist zu rechnen.

Die Beschäftigten der KTHs fordern daraufhin die Beibehaltung der Gefährdetengruppen und die weitere Einrichtung dieser Gruppen. Ihre Argumente: Die Lebens- und Wohnverhältnisse in Hamburg gefährden jedes Kind in seiner Entwicklung, gerade auch durch die Unterversorgung mit Kindergartenplätzen und deren schlechte Ausstattung. Ziel ist es, die jetzigen Bedingungen in den Gefährdetengruppen zu Bedingungen der normalen Regelgruppe zu machen.

In den Diskussionen mit den Elterninitiativen der KTHs Hamburgs ist dieser Weg der Erzieher zuerst auf Ablehnung gestoßen, weil sie es erst als persönlichen Angriff aufgefaßt haben, daß die Erzieher alle Kinder, deren Eltern auf das KTH angewiesen sind, als in ihrer Entwicklung gefährdet bezeichneten. Doch im Laufe verschiedener Auseinandersetzungen konnten Eltern und Erzieher sich darauf einigen, daß man den Staat angreifen muß wegen der schlechten Möglichkeiten, die man hat, um Kinder aufzuziehen.

DGB-Demonstration 30.10. Debatte: Forderungen gegen Rüstungshaushalt

Heidelberg. Ende September hat der DGB Baden-Württemberg seinen Aufruf zur Kundgebung und Demonstration am 30.10. in Stuttgart herausgegeben. Angegriffen werden die Haushaltsbeschlüsse der SPD/FDP- und vor allem der sich damals bereits abzeichnenden CDU/CSU-FDP-Regierung. Nicht erwähnt wird z.B. die Möglichkeit, die Etat-Lücken durch Senkung der Ausgaben für den Rüstungshaushalt der BRD zu decken, ebenso wenig ein Zusammenhang zur kommenden Lohnbewegung.

Um den Rüstungsetat ging es vorwiegend auf einer DGB-Funktionärskonferenz am 1.10. in Heidelberg. Mehrere Redner von IG Metall, ÖTV und HBV griffen die Streichungen beim Sozialhaushalt und die gleichzeitige Erhöhung des Rüstungsetats an. Neben Forderungen wie „Keine Kürzung bzw. Erhöhung des Arbeitslosen- und Kindergelds“, wie sie im „Sozialpolitischen Programm“ des DGB erhoben werden, wurde vorgeschlagen, auch das „Einfrieren bzw. Senkung des Rüstungshaushalts der BRD“ nachträglich in die Propaganda und den DGB-Aufruf aufzunehmen.

Hauptreferent Alfred Schmidt vom DGB-Bundesvorstand sah sich dazu nicht in der Lage. IG Chemie und Bergbau z.B. hätten zum Rüstungshaushalt andere Auffassungen. Wie er sprach auch der neue DGB-Landesvorsitzende Siegfried Pommerenke auf dem „Friedenszug“ des DGB am 30.9. in Mannheim von einer „beiderseits notwendigen Abrüstung in Ost und West“ – was doch der Kriegsvorbereitungen in der BRD keine Schranken ziehen kann. Bezüglich der Rüstungsausgaben griff S. Pommerenke jedoch direkt den westdeutschen Rüstungshaushalt an und forderte sein „Einfrieren und schrittweisen Abbau“.

Daß eine Klärung in dieser Richtung möglich erscheint, zeigen auch die „IG Metall-Nachrichten Baden-Württemberg“ vom 27.9. zur Kundgebung am 30.10. Dort heißt es unter „Die ‚vergessene‘ Fragestellung“: „Niemand bestreitet, daß es im Bundeshaushalt für 1983 Löcher gibt, die gestopft werden müssen. Hier ist zu fragen: Können die Löcher nicht mit dem Geld gefüllt werden, die durch die Erhöhung des Rüstungsetats gefressen werden? Ist es angesichts der unglaublichen Anhäufung von Vernichtungsmitteln wirklich nicht eine ‚Perversion des Denkens‘, wenn der Sozialetat um 10 Prozent und der Rüstungsetat gleichzeitig um mehr als 4 Prozent erhöht wird?“

Die Pekol GmbH & Co KG Oldenburg – „Billiger“ nur, solange der Lohn gedrückt gehalten werden kann

Seit 1933 steht der Personen-Nahverkehr in Oldenburg unter privater Regie. Am 18. Januar 1933 kaufte Theodor Pekol den bis dahin von der Bremer Vorortbahn-Gesellschaft betriebenen Linienverkehr in Oldenburg. Den Kaufpreis für sechs Omnibusse sowie die komplette Werkstatt- und Streckenausrüstung konnte Pekol von 80000 Reichsmark auf 20000 Reichsmark herunterhandeln. Heute sind die beiden Töchter des Firmengründers alleinige Eigentümer der Pekol GmbH & Co KG. Sie verfügen über 86 Busse im Liniendienst und beschäftigen 195 Fahrer, davon 178 im Liniendienst und 17 Reisebusfahrer. Insgesamt zählt die Belegschaft 260 Arbeiter und Angestellte.

Für diese 260 Arbeiter und Angestellten gelten nicht die Tarife, die für ihre Kollegen bei öffentlichen Verkehrsunternehmen abgeschlossen sind. Die Firma Pekol ist Mitglied im Arbeitgeberverband Deutscher Eisenbahnen e.V. in Köln, und dieser Verein handelt mit der Gewerkschaft ÖTV, Bezirksverwaltung Weser-Ems, spezielle Haustarife für die Pekol GmbH & Co KG aus. 1970, als nur ca. 30% der Pekol-Belegschaft in der Gewerkschaft ÖTV organisiert waren, lagen die Löhne und Gehälter ebenso wie die manteltarifvertraglichen Regelungen deutlich unter dem Niveau bei öffentlichen Verkehrsbetrieben. Heute sind so gut wie 100% der Arbeiter und Angestellten in der Gewerkschaft ÖTV organisiert, und die gewerkschaftliche Arbeit kann beträchtliche Erfolge vorweisen. 1970 konnte die ÖTV bei Pekol Lohnerhöhungen bis zu 20% durchsetzen. Der entscheidende Durchbruch gelang im Jahre 1973. Zielpunkt war die Angleichung der Löhne an die des öffentlichen Dienstes, während die Gehälter und die manteltarifvertraglichen Regelungen später ebenfalls angeglichen werden sollten. Tatsächlich sind die Löhne 1973 – gemessen am höchstreichbaren Stundenlohn für den Einmann-Fahrer – von 7,42 DM auf 9,32 DM angehoben worden, was einen Anstieg von fast 26% bedeutete. Trotzdem verdient noch im Jahre 1981 der Einmann-Fahrer bei Pekol im Monat ca. 280 DM weniger als sein Kollege im öffentlichen Dienst. Aber er verdient monatlich ca. 780 DM mehr als sein Kollege, der nach dem Tarifvertrag für das private Verkehrsgewerbe in Niedersachsen entlohnt wird.

Der Erfolg bei Pekol ist nicht nur auf die Hartnäckigkeit der Gewerk-

Vergleich eines Einmannfahrers in einem kommunalen Verkehrsbetrieb (I), bei Pekol (II) und Privatbetrieb (III), Stand 1981
Fahrer 40 Jahre alt, verheiratet, 2 Kinder.

Leistung	I	II	III
Bruttomonnatslohn	2240,77	2451,41	1647,78
Einmannfahrerszulage n. 10 J.i.Betr.	323,97	–	82,40
Allg. Zulage	67,00	100,00	–
Soz. Zuschlag	200,62	–	–
VWL	13,00	13,00	52,00
Summe(mtl.)	2845,36	2564,41	1782,18
Zusatzversorgung	ca. 75% nach 35 Jahren	Lebensversicherung	–
13. Monatsl	ja	ja	300,00
Urlaubsgeld	300,00	297,00	350,00
Arbeitszeit	174 Std.	173 Std.	174 Std.

Quellen: (I) Kommunalen Verkehrsbetrieb, Manteltarif BMTG in der derzeit gültigen Fassung, Bezirksliche Lohn-tabelle für Niedersachsen 1981; (II) Pekol GmbH & Co KG, Lohn-tarifvertrag für Pekol von 23.6.1981, Manteltarifvertrag für Pekol vom 5.11.1976; (III) Privatbetrieb (Niedersachsen), Lohn-tarif: Priv. Verkehrsgewerbe Niedersachsen, 1981, Manteltarif d. gew. Arbeitnehmer des privaten Verkehrsgewerbes in Niedersachsen.

dere daraufhin zu prüfen, ob sie unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Lage des Unternehmens einer ausreichenden Verzinsung und Tilgung des Anlagekapitals und der notwendigen technischen Entwicklung angemessen sind und mit den öffentlichen Verkehrsinteressen und dem Gemeinwohl in Einklang stehen.“ Stehen die Einnahmen durch Beförderungsentgelte mit den zitierten betriebswirtschaftlichen Kriterien in Einklang, so spricht man von Kostendeckung.

Aufgrund des niedrigen Lohnniveaus bei Pekol konnte hier länger „kostendeckend“ gewirtschaftet werden als bei vergleichbaren öffentlichen Unternehmen. Aber 1970 erteilte auch die Pekol GmbH & Co KG das Schicksal der Unterdeckung, und sie stellte beim Präsidenten des Niedersächsischen Verwaltungsbezirks Oldenburg den Antrag auf Fahrpreiserhöhung. Dieser wiederum hörte den Verwaltungsausschuß des Oldenburger Gemeinderats zu der Frage, ob die Fahrpreiserhöhungen „mit den öffentli-



Die Gewerkschaft ÖTV organisiert den Widerstand gegen Leistungsabbau und Rationalisierung beim öffentlichen Nahverkehr und wendet sich gegen Privatisierungsmaßnahmen. Bild: Kassel, August 1982

schaft ÖTV zurückzuführen. Die Zustimmung zu den Lohnerhöhungen ist den Pekol-Töchtern um so leichter gefallen, als sie Mittel und Wege fanden, die höheren Lohnkosten (und nicht nur die!) aus dem Stadthaushalt zahlen zu lassen. Der § 39 des Personenbeförderungsgesetzes (PBefG) enthält in Absatz 2 eine Festlegung bezüglich der Höhe der Beförderungsentgelte. Dort heißt es: „Die Genehmigungsbehörde hat die Beförderungsentgelte insbeson-

chen Verkehrsinteressen und dem Gemeinwohl in Einklang stehen“. Der Verwaltungsausschuß befand, daß nur eine mäßigere als von der Firma Pekol vorgeschlagene Preiserhöhung mit diesen öffentlichen Interessen im Einklang stehe, und faßte am 17. Juli 1970 den Beschluß: „Falls trotz einer Fahrpreiserhöhung der Firma Pekol im Linienvorkehr der Stadt Oldenburg nachweisbar Verluste entstehen sollen, ist die Stadt Oldenburg grundsätzlich be-

reit, diese auszugleichen. Die Höhe solcher städtischen Zuschüsse werden aufgrund der Betriebsergebnisse jeweils zwischen der Firma Pekol und der Stadt ausgehandelt.“

Mit einer Ausgleichszahlung von 215000 DM fing es im Jahre 1970 bescheiden an. Als aber der lohnpolitische Erfolg der Gewerkschaft ÖTV im Jahre 1973 besiegelt war, baten die Pekol-Töchter die Stadt Oldenburg zur Kasse. Der Ausgleichsbetrag stieg von 330758 DM im Jahr 1972 auf 1356304 DM im Jahr 1973. Bei dieser Vervielfachung des Ausgleichsbetrages wurden allein 892000 DM für Mehraufwendungen bei den Personalkosten veranschlagt. Von 1974 bis 1979 lag der Ausgleichsbetrag bei jeweils ca. 3 Mio. DM, um in den folgenden Jahren wieder stark zu steigen: 1980 4,6 Mio. DM; 1981 ca. 5,5 Mio. DM, und für 1982 werden annähernd 6,2 bis 6,5 Mio. DM erwartet. So hat die Stadt Oldenburg innerhalb von 13 Jahren die Pekol GmbH & Co KG mit über 26 Mio. DM subventioniert, während das Stammkapital, das die beiden Pekol-Töchter einbrachten, sich auf ganze 1,5 Mio. DM beläuft. Der Gedanke an eine Kommunalisierung des Unterneh-

mens wurde schnell fallengelassen, u.a. deshalb, weil die SPD-Fraktion im Oldenburger Gemeinderat den Kaufpreis im Jahre 1973 auf 15 Mio. DM taxierte. Fast das Doppelte hat die Firma Pekol bis heute als Subvention erhalten.

Am 6. November 1972 wurde nämlich eine zusätzliche Vereinbarung zwischen der Stadt Oldenburg und den Pekol-Töchtern getroffen. Darin verpflichtet sich die Stadt, ab 1972 einen kalkulatorischen Zinssatz von 6% auf das, nach dem Zeitwert ermittelte betriebsnotwendige Anlagevermögen anzuerkennen. Mit diesen kalkulatorischen Zinsen soll den Gesellschaftern vergütet werden, daß sie im Unternehmen Eigenkapital eingesetzt haben. Basis der Berechnung der kalkulatorischen Zinsen sind aber nicht die 1,5 Mio. DM, die die beiden Pekol-Töchter eingebracht haben (6% darauf wären allerdings auch schon 90000 DM!), sondern das betriebsnotwendige Anlagevermögen. U.a. die Anlagen, die die Firma Pekol aus den städtischen Subventionen finanziert hat, erhält sie auf diese Weise auch noch durch die Stadt verzinst. Ein WIBERA-Gutachten rechnet für 1980 mit einem betriebs-

notwendigen Anlagevermögen der Firma Pekol von 11,363 Mio. DM. Es ist deshalb davon auszugehen, daß in den 4,6 Mio. DM Ausgleichsbetrag für das Jahr 1980 ca. 681000 DM für kalkulatorische Zinsen enthalten sind, 681000 DM, die nicht etwa irgendwelche Unkosten ausgleichen, sondern 681000 DM nur dafür, daß die Pekol-Töchter ihr Anlagevermögen nicht verkaufen und den Erlös z.B. in Wertpapieren zu einem Zinssatz von 6% anlegen.

Es ist ein teurer Luxus, den sich die Stadt Oldenburg mit dem privaten Nahverkehrs-Unternehmen leistet. Daß ein öffentliches Verkehrsunternehmen noch teurer wäre, ist nicht stichhaltig, denn die Kosten, die die Pekol nicht über die Fahrpreise deckt, werden sowieso schon von der Stadt bezahlt. Nur unter der Bedingung eines niedrigeren Lohnniveaus bei den privaten Verkehrsbetrieben sind diese billiger als die öffentlichen Unternehmen. Dies niedrige Lohnniveau ist es, was die Privatisierungsfreunde im Auge haben.

Quellenhinweis: Schriftenreihe der Gewerkschaft der ÖTV: „Zur Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen“ Bd. 12, August 1982

Die „privatisierungsrelevanten Rationalisierungsreserven“ ausschöpfen

Die v.a. von CDU-Politikern mit viel Lob ausgezeichnete Studie „Privatisierung als Rationalisierungschance“ (1) von Prof. Dr. Hamer, Leiter des Mittelstandsinstituts Niedersachsen, hat nach dem Verfasser „zum ersten Mal ... für die Privatisierungsproblematik eine theoretische, wissenschaftliche Lösungsformel vorgelegt, die als objektiver Maßstab für alle Grundsatzpositionen dienen kann“. Diese „wissenschaftliche Bearbeitung“ soll gegen die „starke ideologische Voreingenommenheit“ der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes wirken und als Maßstab für eine „General-Lösung“ dienen.

Die vom Verfasser erstellte, 1980 in einer empirischen Untersuchung bei 75 öffentlichen Leistungsbereichen (Gebäudereinigung; Wäscherei; Kfz-Reparatur; Druckerei) „erprobte Privatisierungsformel“ „vergleicht die privatwirtschaftlichen Marktpreise mit den öffentlichen Kosten der gleichen Leistung“. Da die „Marktpreise leicht zu erfragen sind“, bestand die „wissenschaftliche“ Mühe darin, die öffentlichen „Kosten“ zu errechnen. U.a. sind da Materialkosten, Personalkosten, Raumkosten, Abschreibung zu erfassen, aber auch die „steuerlichen Belastungen“ der privaten anzurechnen, wie auch ein

„öffentlicher Subventionswert“ als „Privatisierungs-Subventionswert“ den privaten gutzurechnen ist.

Einen wesentlichen Rationalisierungseffekt sieht der Verfasser in der



Städtische Reinigung darf nicht privatisiert werden. Das fordern Dinslaker Bürger.

Beseitigung der „mangelnden ... öffentlichen Leistungsform“. Da die Beschäftigten in den öffentlichen Diensten „überhöhte Bezahlung im Verhältnis zu ihren Dienstleistungen“ genießen, weil „das öffentliche Dienstrecht auch keine normalen Rückstufungen, sondern nur Gehalts-

aufstieg, und diesen in erster Linie auch nicht durch Leistungen, sondern durch Zeitabläufe, kennt“. Eine „Überführung solcher Strukturen in privatwirtschaftliche Leistungsformen würde deshalb volkswirtschaftlich zu einer rentableren, dynamischen Nutzung des Faktors Arbeit führen können ...“, und in der Bevölkerung würden „durch die Wiedereinführung des Preismechanismus“ der „Nachfragemißbrauch“ und die „unechte Nachfrage“ beseitigt.

Die von der ÖTV erhobenen „verfassungsrechtlichen Bedenken“, z.B. die Verletzung der kommunalen Selbstverwaltung bei Privatisierung, weist der Verfasser zurück. Ausschließlich die „Hoheitsaufgaben des Staates“, die „Eingriffsverwaltung“, wo dem „Bürger mit Zwang und Befehl“ gegenübergetreten wird, sei von Privatisierungen ausgeschlossen. Für die gesamte „Leistungsverwaltung“ einschl. der öffentlichen Unternehmen spreche nichts gegen eine Privatisierung (allenfalls der hohe Anteil der Beamten z.B. bei Bahn und Post). Diese „privatisierungsrelevanten Rationalisierungsreserven“ umfassen für den Bund bis 20%, bei den Ländern bis 50% und bei den Gemeinden bis 80% ihrer Tätigkeiten. Diese „Reserven“ auszuschöpfen, sei nun „Aufgabe der Politiker“.

(1) Erschienen im A. Piller Verlag, München 1981

„Für viele ist die wirtschaftliche Krise eine Art Startzeichen für Aktionen gegen die öffentlichen Einrichtungen und gegen die Beschäftigten. Das latente Unbehagen wegen der von der ÖTV und den DGB-Gewerkschaften durchgesetzten Bedingungen war schon vorhanden. Es bedurfte nur eines auslösenden Faktors, für den die Wirtschaftskrise herhalten muß.“ (ÖTV-Hauptvorstand).

„Das Vordringen des Staates führt zu einer schleichenden Entmündigung des Bürgers ... Das Bewußtsein, für sich und sein Wohlergehen in erster Linie selbst verantwortlich zu sein, geht verloren. Durch Privatisierung werden Selbständigkeit, Eigeninitiative, Bürgersinn, Engagementbereitschaft und Eigenverantwortung gestärkt und auch ein Beitrag zur privaten Eigentumsbildung geleistet.“ (aus einer Kabinettsvorlage des niedersächsischen Ministers für Wirtschaft, Birgit Breuel, CDU).

Positionen und Stellungnahmen von Parteien, Verbänden und Gewerkschaften zur Privatisierung

CDU/CSU: „... Politik für die Gemeinden und ihre Bürger erschöpft sich bei den Unionsparteien nicht allein auf die Daseinsvorsorge ... Die CDU spricht sich deshalb für die Förderung der freien Träger und aller privaten Initiativen im sozialen und kulturellen Bereich aus ... Die Union als Partei der Sozialen Marktwirtschaft muß beharrlich und mit Energie ein längerfristiges Konzept zur Straffung der öffentlichen Ausgaben und des öffentlichen Dienstes vertreten und durchsetzen. Deshalb sollen als politischer Hebel ... eine politische Grundsatzentscheidung über den Stopp jeder Stellenvermehrung und eine vertretbare schrittweise Stellenreduzierung den Anfang machen. Eine deutliche Beruhigung in der Entwicklung der Besoldungs- und Vergütungsstruktur ist daher vordringlich.“

FDP: „Im Dienstleistungsbereich ist laufend zu überprüfen, inwieweit Aufgaben, die bisher von den Gemeinden wahrgenommen wurden, privatisierbar sind oder in andere Trägerschaften überführbar sind ... Eine große Reformaufgabe wäre die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen und das Zurückdrängen des Staates aus Bereichen der Wirtschaft, wo er sich breit macht.“

SPD: „Die im Eigentum des Bundes, der Länder und Gemeinden stehenden Unternehmen dürfen weder ganz noch teilweise in private Hand überführt werden, sofern dadurch das Leistungsangebot für die Bürger bzw. die Finanzkraft der Gebietskörperschaften auch längerfristig beeinträchtigt werden ... Ziel sozialdemokratischer Kommunalpolitik muß es sein, die kommunalen Unternehmen zu erhalten und ihre Leistungsfähigkeit zu fördern ... Hinter der Ideologie der totalen Privatisierung verbirgt sich die sozialfeindliche Illusion, der einzelne könne ohne die Solidarität der Gemeinschaft in größerer Sicherheit leben ... Manche Liberalen wollen den Staat in vielen Gebieten zurückdrängen, wo er tätig ist. Die Konservativen wollen das staatliche Handeln dort erweitern, wo der Staat Herrschaft ausübt, den Staat dagegen dort schwächen, wo er für die Bürger Leistungen erbringt. Wir Sozialdemokraten erkennen die Ordnungsfunktion des Staates an ... Eigene Initiative des Bürgers muß in das staatliche Handeln einfließen.“

Institut der Deutschen Wirtschaft: „Für eine kostengünstigere Produktion privater Unternehmen spricht auch die gegenüber vergleichbaren öffentlichen Betrieben geringere Lohnintensität ... Verbeamtung, die Probleme des Stellenkegels und die oftmals höheren Zusatzleistungen treiben die Personalkosten in die Höhe.“

Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesministerium der Finanzen: Eine Verringerung öffentlicher Ausgaben ist ... dadurch möglich, daß die Bereitstellung der bisher vom Staat angebotenen Leistungen auf den privaten Bereich verlagert wird. Eine ver-

gleichsweise stärkere Entlastung der öffentlichen Haushalte wäre zu erreichen, wenn der Staat bisher voll von ihm finanzierte Aufgaben unter der Voraussetzung an Private übertrüge, daß diese sich selbst finanziell bzw. mit unentgeltlicher Arbeitskraft an den Kosten beteiligen ... Zweifellos ist dies jahrhundertlang im Bereich der öffentlichen Wohlfahrt, aber auch in der Erziehung und Bildung möglich gewesen.“

Bund der Steuerzahler: „Einen Ausweg aus der staatlichen Finanzmisere bildet – neben anderem – die Entstaatlichung, d.h. die Übertragung von Aufgaben ... auf private Unternehmer ... Die Zurückhaltung der Kommunalpolitiker ist erklärlich: Sie bangen um ihren Einfluß. Mit der Entstaatlichung schwinden die eigenen Beförderungschancen, das politische Ansehen und der ideologische Wunschtraum nach mehr Staat.“

Deutscher Städtetag: „Eine ‚Entlastung‘ von öffentlichen Aufgaben aus der öffentlichen Trägerschaft und Verantwortung in den Raum privatwirtschaftlicher Betätigung wäre ... ein Gewinn, wenn sie zu einer ins Gewicht fallenden Entlastung der öffentlichen Haushalte führen würde. Gleichzeitig muß dabei allerdings bedacht werden, ob die Leistung für den Bürger zu gleichem Entgelt oder billiger angeboten werden kann ... und ob Leistungsqualität und Sicherstellung des Leistungsangebots in gleicher Weise garantiert sind wie bei der öffentlichen Trägerschaft ... Übertragung von Aufgaben auf gemeinnützige Einrichtungen sollten wie bisher genutzt werden ... Oft bieten ... die bei den gemeinnützigen Trägern verfügbaren personellen und sachlichen Mittel eine günstigere Ausgangslage für die Trägerschaft als bei der öffentlichen Hand selbst.“

DGB-Grundsatzerklärung: „Eine Privatisierung öffentlicher und insbesondere kommunaler Aufgaben ist aus der Sicht des DGB nur diskutabel, wenn gleichzeitig folgende Bedingungen erfüllt sind: 1. Finanzpolitisch – Entlastung der öffentlichen Finanzen. 2. Gesellschaftspolitisch – Flächendeckendes Angebot zu zumutbaren Bedingungen für die Arbeitnehmer. 3. Arbeitsmarktpolitisch – Zunehmende Bedeutung des tertiären Sektors. 4. Sozialpolitisch – Soziale und Arbeitsbedingungen der Arbeitnehmer. 5. Öffentliche Kontrolle – Wirksame öffentliche Kontrolle zur Einhaltung der Bedingungen muß gewährleistet sein ... Bei einer strikten Beachtung dieser Kriterien werden nur noch wenige öffentliche Aufgaben für eine Privatisierung in Frage kommen, die den ideologischen Aufwand ad absurdum führen, mit dem dieses Thema von konservativer Seite aufgebauscht wird.“

Beschluß des 11. Ordentlichen Bundeskongresses des DGB 1978: Der DGB wird beauftragt, sich mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln dafür einzusetzen, daß sozialstaatliche Leistungen nicht abgebaut werden ..., daß die Gewerkschaften alles tun, um die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen zu verhindern.“

ÖTV – Geschäftsführender Hauptvorstand: „Die Arbeitnehmer sind auf öffentliche Dienstleistungen angewiesen. Sie können von ihrem Lohn weder Schulen noch Krankenhäuser noch Schwimmbäder und Müllverbrennungsanlagen bezahlen. Sie müssen deshalb darauf vertrauen können, daß diese notwendigen Leistungen überall, auf Dauer und zu vertretbaren Preisen zur Verfügung stehen. Dies ist nicht mehr gewährleistet, wenn öffentliche Dienstleistungen privatisiert werden ... Beschäftigte sollen durch Privatisierungsmaßnahmen diszipliniert werden. Auch vor Erpressungsversuchen ‚Wenn ihr noch einmal streikt, wird privatisiert‘ wird nicht zurückgeschreckt, das heißt, erkämpfte Errungenschaften wie die Tarifautonomie werden als Druckmittel gegen die Beschäftigten eingesetzt ... In privatisierten Bereichen müssen die Beschäftigten in der Regel spürbare Lohneinbußen hinnehmen. Auch die Sozialleistungen und Lohnnebenleistungen sind meist erheblich geringer ... Die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen hat negative Folgen für die Bürger ... Privatisierungsvorhaben können in der Regel nur dann verhindert werden, wenn so frühzeitig wie möglich und mit allen Mitteln dagegen vorgegangen wird. Einzubeziehen sind alle Beschäftigten der Dienststelle, des Betriebs, der ganzen Stadtverwaltung, die Öffentlichkeit und insbesondere die Bürger, die von der geplanten Privatisierung betroffen wären. Alle Gewerkschaften im DGB müssen ihre Mitglieder über die Hintergründe und Auswirkungen der Privatisierung aufklären und deren Solidarität sichern. Die Meinungsbildung der politischen Parteien ist zu beeinflussen.“

Chrysler-Arbeiter lehnen Vertrag ab

Mit 70 gegen 30% stimmten die 36000 UAW-Mitglieder bei Chrysler (USA) gegen den neuen Tarifvertrag, der zwischen Chrysler-Kapitalisten und der Verhandlungskommission der US-Automobilarbeitergewerkschaft Mitte September ausgehandelt worden war. Die Chrysler-Arbeiter fordern, daß die Löhne sofort und direkt erhöht werden. Seit zwei Jahren hatten die Kapitalisten die Löhne nicht erhöht und die Belegschaften zu Lohnzugeständnissen von 1,07 Mrd. \$ gezwungen. Der zur Abstimmung vorgelegte Vertrag sah eine Wiederaufnahme der Inflationsanpassung der Löhne vor. Vierteljährliche Lohnprämien hatten die Kapitalisten zugesagt, wenn ihr Profit eine bestimmte Höhe übersteigen würde. Die Chrysler-Arbeiter fordern weiter, daß die steigende Zahl der Aufseher abgebaut wird, und daß die Kapitalisten ihr Programm, gegen fehlende Arbeiter mit Bestrafungen und Entlassungen vorzugehen, wieder fallen lassen. Nach der Veröffentlichung des Vertrages hatten schon die örtlichen Gewerkschaftsvorsitzenden ihn nur

Nordirland: Wahlen

Mit Wahlen zu einem neuen Regionalparlament versucht die Regierung Thatcher, in Nordirland wieder in die politische Offensive zu kommen. Die Ergebnisse der in dieser Woche stattfindenden Wahl lag bei Redaktionsschluß noch nicht vor. Die politischen Parteien der katholischen Iren nehmen zwar an der Wahl teil – auch die provisorische Sinn Fein –, werden ihre Sitze aber nicht einnehmen. Nach dem komplizierten Gesetz zur Einrichtung dieses „Parlaments“ hat es nur dann irgendwelche Vollmachten, wenn sich 70% der Abgeordneten in den wich-

mit 51 zu 49% bestätigt. Am Freitag, 15.10., nahm die UAW erneut Verhandlungen mit den Chrysler-Kapitalisten auf. Die UAW fordert u.a.: sofortige Lohnerhöhung.

Kampf der norwegischen Ölarbeiter

Zur Bekräftigung ihrer Forderungen streikten die 2400 Arbeiter auf den Ölplattformen vor der norwegischen Küste. Die staatliche Ölgesellschaft



tigsten Fragen (z.B. Landwirtschaft, innere Sicherheit, Wirtschaft) einigen. Das Scheitern dieser „Northern Ireland Assembly“ ist schon vorherzusehen. Von 1921 bis 1972 gab es eine von reaktionären prote-

stantischen Kräften dominierte Provinzversammlung, deren offizielle Politik die Vertreibung der katholischen Iren war. 1972 löste die Londoner Zentralregierung diese Versammlung unter dem Druck der Bürgerrechtskämpfe auf, ebenso fast alle Kommunalparlamente. Versuche irischer Politiker, einen gemeinsamen irischen Rat mit Vertretern auch aus Südirland (Republik Irland) zu bilden, scheiterten an den protestantischen „Unionisten“, die an der britischen Kolonialherrschaft (der „Union“) festhalten. Die IRA bereitete die Wahl mit einer Serie erfolgreicher Angriffe auf die britischen Kolonialtruppen vor.

VR China erkennt VR Angola an

Die Regierung der VR China und der VR Angolas haben beschlossen, sich gegenseitig anzuerkennen. Beide Länder haben Vertreter ernannt, die seit dem 27. September die Aufnahme diplomatischer Beziehungen vorbereiten. Die Beziehungen zwischen beiden Ländern waren gespannt. Zwar hatte die VR China Anfang der 70er Jahre auch die Befreiungsbewegung MPLA unterstützt, die seit der Beendigung der portugiesischen Kolonialherrschaft im November 1975 die regierende Partei in Angola ist. China beschränkte sich jedoch bald darauf, nur noch die FNLA und die UNITA zu unterstützen, die beide keine Beziehungen zur Sowjetunion hatten. Nachdem die portugiesischen Kolonialisten vertrieben waren, weigerte sich die VR China, Angola anzuerkennen, da nicht alle drei Organisationen an der Regierung beteiligt waren.

Internationale Truppe schützt Angriffe auf PLO

Angesichts der Tatsache, daß die libanesische Armee in Beirut seit dem Einrücken der US-amerikanischen, italienischen und französischen Truppen nach Angaben der PLO nunmehr über 1000 Palästinenser und einige hundert Mitglieder der Nationalen Bewegung des Libanon festgenommen hat und nach wie vor in Haft hält, erklärte der Vorsitzende der

PLO Arafat: „Hinter diesem Terror, der gegen unser Volk gerichtet ist, steckt der boshafte Plan, den Kampfesgeist des palästinensischen Volkes und die Begeisterung der Massen für den Kampf niederzuschlagen. Es steckt ebenso der teuflische Plan dahinter, die Palästinenser aus dem Libanon in eine neue Emigration zu treiben ... Ich betrachte die mul-

ti-nationalen Kräfte als verantwortlich für die Teilnahme und die Überwachung aller Aktionen und für die Aufrechterhaltung der Ruhe.“ In einer gemeinsamen Erklärung appellierten Vertreter der Vereinigten Streitkräfte, die Palästinenser und verschiedenen libanesischen Milizen umfassen, an die libanesische Regierung, das Übereinkommen (s. Pol. Ber. 21/82) mit den „fortschrittlichen Kräften des Landes“ einzuhalten, sonst sähen sie die Möglichkeiten für den Aufbau eines neuen „Libanon auf brüderlichen Fundamenten“ gefährdet. Unverzichtbar sei der bedingungslose Abzug der israelischen Truppen aus dem ganzen Libanon und die Aufrechterhaltung der Betätigungsfreiheit für die PLO im Libanon, die seit 1969 garantiert war. – Der neue Präsident des Libanon Gemayel erklärte vor seiner Reise in die USA (dem ersten Staatsbesuch eines libanesischen Präsidenten seit 1943 in den USA), für einen „neuen“ Libanon sei der Abzug aller fremden Truppen unverzichtbar.



Guerillaoffensive in El Salvador

Letzte Woche führten Streitkräfte der salvadorianischen nationalen Befreiungsfront Farabundo Marti (FLMN) eine erfolgreiche Aktion gegen Regierungstruppen und die von den USA ausgebildeten Spezialeinheiten durch, bei der u.a. 50 Regierungssoldaten getötet oder verwundet wurden. In der Hauptstadt wurden Hochspannungsmasten und Telefonleitungen durch vier Bombenexplosionen zerstört.

Förderung des Waren- und Kapital-exports für die BRD-Imperialisten

Die offizielle Einführung der Lieferbindung für westdeutsche Entwicklungshilfe verlangte jüngst der CDU-Abgeordnete Hornhues im Presse- dienst der CDU/CSU-Fraktion: „Ich bin dafür, daß die deutsche Entwicklungshilfe weitgehend an die Auflage gekoppelt wird, das Geld in der Bundesrepublik Deutschland auszugeben.“ Bislang werden im Rahmen des Entwicklungshilfeats Kredite und andere Zahlungen an Länder der Dritten Welt zu mehr als 80% ohne Kaufverpflichtung vergeben, einzig die Mittel der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) sind an direkte Verpflichtungen der Empfängerstaaten gegenüber westdeutschen Kapitalisten gebunden.

Direkte Lieferbindung hatten bislang alle Bundesregierungen vermieden; der Rückfluß von Krediten an Entwicklungsländer für Warenkäufe in der BRD ist auch ohne solche öffentlichen Zwangsmaßnahmen hoch. Zwischen 1979 und 1981 zahlte die BRD insgesamt 9,95 Mrd. DM im Rahmen der „Finanziellen Zusammenarbeit“ an Krediten an Entwicklungsländer. Davon kamen mit 6,04 Mrd. DM ca. 61% über Warenkäufe der Entwicklungsländer bei westdeutschen Kapitalisten in der BRD wieder zurück. Hauptnutz-

nationale Banken und Fonds gezahlt wurden: Allein für die Durchführung von Unternehmen der öffentlichen Entwicklungshilfe zogen die westdeutschen Kapitalisten Aufträge im Wert von 7,99 Mrd. DM an Land. Hinzu kommen Aufträge, die die BRD-Kapitalisten als „private Entwicklungshilfe“ deklarieren, in Höhe von 19,92 Mrd. DM. Diese Aufträge sind samt und sonders mit Kaufverpflichtungen bei westdeutschen Kapitalisten, sei es in der BRD oder bei ausländischen Tochtergesellschaften verbunden.

Der Plünderung auf dem Weltmarkt fügen die imperialistischen Staaten die Zinsplünderung hinzu. Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit finanzierte 1981 schon 10% seiner Ausgaben für Entwicklungshilfe aus den Einnahmen aus den Schuldendiensten, die für Kredite von den Entwicklungsländern an die BRD gezahlt wurden.

Gegenüber den Ländern, in die die höchsten Anteile der westdeutschen Entwicklungshilfe-Gelder fließen, haben die BRD-Imperialisten zudem Abkommen durchgesetzt, die ihre Möglichkeiten zum Kapitalexport verbessern sollen. Abkommen über „Investitionsförderung“ existieren mittlerweile

Entwicklungshilfe der BRD nach Erdteilen und Hauptempfängerländern in Mio. DM / 1981

Europa	772,14
Türkei	664,34
Afrika	1646,22
Sudan	160,58
Tansania	123,93
Tunesien	117,75
Kenia	92,77
Asien	1478,89
Indonesien	392,56
Indien	266,19
Bangladesh	228,76
Thailand	103,40
Amerika	754,76
Brasilien	181,08
Peru	111,64
Kolumbien	67,50
Bolivien	64,33

nießer waren die Maschinenbau-, Elektro- und Fahrzeugindustrie sowie die Chemiekapitalisten. Für das Jahr 1980 ließ das Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit ausrechnen, wieviel die insgesamt 6,4 Mrd. DM einbrachten, die von der BRD tatsächlich an bilaterale Entwicklungshilfeleistungen, technischer Hilfe und über inter-



Kaffeeanbau in Kenia. Köhler, CDU: „Autarkie der Länder der Dritten Welt in der Nahrungsmittelversorgung halte ich nicht für richtig.“

mit 41 Staaten der Dritten Welt, zehn weitere Abkommen sind kurz vor dem Abschluß. Abkommen zur Vermeidung von „Doppelbesteuerung“ der Profite der westdeutschen Kapitalisten sind mit 29 Staaten unter Dach und Fach. Freihandelszonen, in denen die

Kapitalisten sowohl vor Besteuerung durch den jeweiligen Staat geschützt sind als auch vor staatlicher Mehrheitsbeteiligungen des Entwicklungslandes selbst und in denen selbst die sonst im Land gültigen Rechte der Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung nicht gelten, gibt es in 40 Ländern.

So ist es kein Wunder, wenn der entwicklungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion Köhler in einem Interview mit dem „Auslandskurier“ lediglich eine „Kurskorrektur“ und keine „Wende“ in der Entwicklungspolitik fordert, und er wirtschaftlichen Kontrolle auch die offene politische Einmischung hinzufügen will: „Wir müssen besonders den Ländern helfen, die bereit sind, ihre ökonomischen Strukturen zu reformieren. Hierbei denke ich besonders an Reformen im Rechts- und Wirtschaftsbereich sowie der Agrarstrukturen und des ländlichen Raums.“

Quellenhinweis: Pressespiegel des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) Nr. 20/82; Entwicklungspolitik, Jahresbericht 1981 des BMZ; BMZ-aktuell, September 1982

Großbritannien Neues Plünderprogramm Thatchers

Anträge auf Einführung der Todesstrafe und der Prügelstrafe in Gefängnissen, die auf dem Parteitag der konservativen Partei in Brighton vorletzte Woche gestellt (und nicht angenommen) wurden, werfen Licht auf die reaktionären Elemente, die sich hier zusammengetan haben. Aber diese Anträge unterer Ebenen erscheinen unwichtig, verglichen mit den monströsen Plänen der Regierung Thatcher, die vor dem Parteitag bekannt wurden.

Da veröffentlichte die Wirtschaftszeitung „Economist“ Auszüge aus einer geheimgehaltenen Studie der zentralen Tory-Planungskommission, wie „gespart“ werden könne. Vorschläge u.a.: Die weiterführende Erziehung soll ausschließlich auf Privatschulbasis mit 300000 Staatsstipendien umgestellt werden. Der staatliche Gesundheitsdienst NHS soll aufgelöst und durch private Versicherungen ersetzt werden. Die Regierung will die Sozialhilfeleistungen – und damit auch Renten und Arbeitslosengeld – nicht mehr mit der Inflation erhöhen, da sie auch bisher nicht mit der Inflation erhöht wurden, kann das nur weitere, drastische Senkung bedeuten.

Ein arbeitsloser Arbeiter erhält einheitlich um die 500 DM Arbeitslosengeld. 3,3 Mio. sind jetzt arbeitslos. Familien können sich nur über zusätzliche Sozialhilfeleistungen am Leben erhalten. Darauf geht die Regierung jetzt los. Bei staatlichen Renten von unter

500 DM ist erhöhte Rentnersterblichkeit bei Rentenkürzungsplänen schon inkalkuliert.

Margret Thatcher hat erklärt, diese Pläne seien keine Regierungspolitik. Aber sie sind nicht ohne Grund veröffentlicht worden. Der Kapitalistenverband führt seit Monaten eine Kampagne für die Abschaffung des Kapitalistenbeitrags an die Kranken- und Rentenversicherung. Und diesen Beitrag als „investitionshemmend“ erst einmal abgeschafft, ist die staatliche Kranken- und Sozialversicherung mit Sicherheit in der Finanzkrise, die dann durch oben genannte „Opfer“ gelöst werden soll.

Auf dem Parteitag wurden die Vorschläge begrüßt, auch von Verteidigungsmister Nott, der „mehr Fregatten und mehr Tornados“ forderte und als eine der Hauptlehren aus der Malwinen-Aggression anführte, man brauche in einem Krieg „sehr viel Munition und Raketen“.

Die Regierungspläne sind eine scharfe Drohung an die Beschäftigten im Gesundheitswesen, die sich nach wie vor nicht fügen und deren Lohnkampf große Unterstützung findet. Vor allem die Hilfsarbeiter sollen, so Thatcher, durch „private Reinigungs- und Versorgungsbetriebe“ ersetzt werden.

Quellenhinweis: BBC, Financial Times, Economist 18.9.82

Dänemark Lohnstoppgesetz und „Spar“plan beschlossen

Am 5.10. legte die neue sog. „bürgerliche“ Minderheitsregierung ihren Wirtschaftsplan vor. Wegen des geschätzten Haushaltsdefizits von 80 Mrd. Kr. für 1983 waren Kürzungen von 20 Mrd. Kr. vorgesehen: Kürzung von Arbeitslosen- und Krankengeld um 10%, Einführung eines Karenztages, Kürzung der Renten, Erhöhung von Gebühren (z.B. für Kindertagesheime) sowie – und das war der Hauptwunsch der Kapitalisten – Aussetzung der automatischen Lohnanpassung bis 1985. Das sind die automatischen Teuerungszulage im Industriebereich sowie die „taktregulierung“ für den öffentlichen Dienst, die sich an den Lohnsteigerungen im Industriebereich orientiert.

Seit langem tönt es aus dem bürgerlichen Lager: Die Lohnerhöhungen in Dänemark müssen niedriger ausfallen als in den anderen westlichen Ländern, um die Konkurrenzfähigkeit zu verbessern; das Arbeitslosengeld muß gesenkt werden, um die Lohnentwicklung zu dämpfen. Die Regierung schlug auch gleich einen Rahmen für die Lohnsteigerung vor: 4%.

Auf die Regierungspläne antworteten die Arbeiter im ganzen Land mit Streiks und Versammlungen z. T. während der Arbeitszeit, so z.B. in vielen Metallbetrieben, im Handel- und Bürobereich, im Krankenhaus, beim Fernsehen und bei der Müllabfuhr. 10000 Lehrer streikten allein am 13.10.; Massendemonstrationen fanden statt: 60000 demonstrierten am 8.10., am 13.10. 100000 Beschäftigte des öffentlichen Dienstes im ganzen Land, am 14.10. 100000 bis 150000 in Kopenhagen. Eine Reihe von Protestaktionen wurde durchgeführt: Arbeitslose führten einen viertägigen Hungerstreik vor dem Parlamentsgebäude durch, die Parlamentarier wurden am 5.10. mit einem Flugblattregen von oben übersät, Studenten führten eine Blockade auf den Treppen des Parlamentsgebäudes durch, eine Stinkbombe im Kronleuchter unterbrach die Sitzung um eine halbe Stunde. Die beiden Gewerkschaften für Niedriglohngruppen, der SiD und der Frauenarbeiterverband, erklärten sofort, daß sie den Lohnrahmen der Regierung nicht akzeptieren. Der SiD kündigte Lohnforderungen von 18 bis 20% an.



„Wir sagen Nein. Lager und Handel“

Am 16.10. bekam die Regierung, die selbst nur über 66 der 175 Mandate verfügt, ihr Sparprogramm mit 90 Stimmen mit Hilfe der Radikalen und Fortschrittspartei durch. Allerdings mußte sie Abstriche bei der Kürzung des Arbeitslosengeldes und des Karenztages vornehmen. Die Abschaffung der automatischen Lohnerhöhung aber wurde beschlossen. Für die kommenden Tarifverhandlungen haben die Arbeiter jedoch noch gute Karten in der Hand: Sie können neben einer ausreichenden Lohnforderung am sog. „Löfteparagraf“ festhalten, der für viele das Recht sichert, in laufenden Tarifen nochmals Lohnerhöhungen zu verlangen.

Quellenhinweis: Politiken, laufende Ausgaben September und Oktober 1982, ARD-Tagesschau vom 16.10.82.

Griechenland Widersprüche zur EG verschärfen sich

Ende September hat die EG durch Kommissionsvizepräsident Ortoli der griechischen Regierung mitgeteilt, daß ihre Wünsche bezüglich eines Sonderstatus in der EG abgelehnt worden sind. Die griechische Regierung hatte im März dieses Jahres ein Memorandum übergeben, in dem sie die Berücksichtigung der besonderen Bedingungen der griechischen Wirtschaft forderte. Unter anderem war das der vorübergehende Schutz der neuerrichteten Industriezweige, besondere Förderung der griechischen Landwirtschaft (Berggebiete) und Fischerei durch Entwicklungsprogramme und eine Erhöhung der Preise für landwirtschaftliche Produkte aus dem Mittelmeerraum, um den Bauern ein angemessenes Einkommen zu sichern.

Anders als in den anderen EG-Staaten gibt es in Griechenland viele Kleinbauern. In der Agrarreform Anfang des 20. Jahrhunderts waren viele Staatsgüter, Kirchen- und zwangseingetragener Großgrundbesitz an die Kleinbauern verteilt worden. Bis heute ist es noch so, daß 95% der Höfe kleinbäuerliche Familienbetriebe mit weniger als 10 ha Land sind. Wobei die Kleinbetriebe überwiegend auf den Inseln und in den Bergen sind, die mittleren und großen zumeist in den Ebenen, wo das Land fruchtbarer ist. Der Landbesitz der Kleinbauern reicht kaum hin, ihnen ein kümmerliches Leben zu garantieren. Ein Viertel der arbeitenden Bevölkerung ist in der Landwirtschaft beschäftigt (Durchschnitt in der EG: 1/12), aber besonders Fleisch und Molkereiprodukte müssen importiert werden.

Die Regierung Papandreou hat in der Regierungserklärung vom 22.11.81 und im Regierungsprogramm festgelegt, daß das Ziel die Eigenversorgung der Bevölkerung mit landwirtschaftlichen Produkten ist. Zunächst wurde bei Regierungsübernahme eine Volksabstimmung über das Verbleiben in der EG angekündigt. (Griechenland wurde am 1.1.81 Vollmitglied). Aber dann entschloß sich die Regierung, innerhalb der EG ihre Forderungen auf Unterstützung ihres Kurses zu stellen. Sie stützt sich dabei auf den Artikel 39 der Römischen Verträge, der die Eigenarten der landwirtschaftlichen Tätigkeit, der sich aus dem sozialen Aufbau, den strukturellen und naturbedingten Unterschieden der verschiedenen Gebiete ergibt, berücksichtigen soll. Aber damit erkennt sie die eigentlichen und unzweideutig festgelegten Grundsätze der EG: nämlich freien Waren- und

Kapitalverkehr in den Mitgliedsländern zu gewährleisten, was einer Niederkonkurrenz der griechischen Landwirtschaft gleichkommt. Gewinner können nur die Großgrundbesitzer und großen Pächter sein, die heute schon für den Export produzieren.

Quellenhinweis: Griechenlandinformationen Nr. 58, 26.11.81 (Auszüge aus der Regierungserklärung); Europa 6/82; Handelsblatt vom 20.9.82

Portugal Streikwelle reißt nicht ab

Seit mehreren Monaten reißt die Kette von Streiks gegen die Regierungspolitik und gegen die Maßnahmen der wiedereingesetzten Fabrikherren nicht ab. Anfang September streikten die Transportarbeiter gegen die Regierungsangriffe auf die Rentner. In der Provinz Algarve streikten die Belegschaften der Touristik-Hotels GRAO-PARA, nachdem die Regierung staatliche Subventionen davon abhängig gemacht hatte, daß die alten Besitzer die Geschäftsführung wieder übernehmen sollten. In Porto kam es zu mehrtägigen Streiks der Textilarbeiter, nachdem die „gelbe“ Gewerkschaft Sindetex/UGT mit den Textilkapitalisten ein Einfrieren der Löhne vereinbart hatte. Die Inflationsrate liegt heute bei 23%. Bestreikt wurden sämtliche Textilbetriebe in Porto.



Streik der Textilarbeiter in Porto

Ende September sind die Belegschaften der beide größten Werften Portugals in den Streik getreten. Die durch die Regierung wiedereingesetzte Betriebsführung, in der auch die englische Firma Parry & Son vertreten ist, hat für September nur einen Teil der Löhne und Gehälter ausgezahlt. Der

Rest sollte ein Notopfer der Arbeiter sein. Daraufhin sind die 20000 Belegschaftsmitglieder der Werft Lisnave in Lisboa und Setenave in Setubal in den Streik getreten.

Mit einem Protestmarsch vor dem Rathaus in Almada verlangten die Arbeiter von der Regierung die Absetzung der Geschäftsleitung und die vollständige Auszahlung ihrer Löhne. Nachdem die Streikleitungen der beiden Werften (orgãos representativos dos trabalhadores/ORT's) keine Einigung erzielen konnte, ist der Streik weitergeführt worden. Um den Forderungen Nachdruck zu verleihen und um die noch ausstehenden Lohngehälter zu sichern, sind am 8.10.82 die Büroräume der Werften besetzt worden.

Die Streikbewegung kommt nicht von ungefähr. Mit der vor zwei Monaten vollzogenen Verfassungsänderung ging es nicht nur um die Beseitigung einer Handvoll verfassungsschützender Generäle, vielmehr um die Liquidierung sozialer und demokratischer Rechte, die Überbleibsel der 74er Revolution sind. Sie wirken äußerst abstoßend auf ausländisches Kapital. Unter Rücksichtnahme auf die Aufnahme in die EG geht es der portugiesischen Regierung, unter Druck besonders der BRD-Imperialisten, um die Schaffung eines freien Kapital- und Warenmarktes, bei dem Landkommunen und Betriebskooperativen nur Störfaktoren darstellen.

Ob der Preis für die Buhlerei um den EG-Beitritt, der die Entrechtung, Unterdrückung und Beutelei der Arbeiterbewegung bedeutet, von der jetzigen Regierung gezahlt werden kann, bleibt offen. Die Streikbewegung nimmt zu. Für Anfang November plant der Gewerkschaftsbund CGTP einen zweitägigen Generalstreik. Dies wäre der dritte in diesem Jahr.

Quellenhinweis: O diário v. 30.9.82; Portugiesischer Rundfunk 9.10.82

Indien Pressezensurgesetz in Bihar

Nachdem am 10. September im indischen Bundesstaat Bihar ein Generalstreik durchgeführt worden war, zu dem elf oppositionelle Organisationen aufgerufen hatten, wurden jetzt weitere Aktionen gegen das Anfang September in Kraft getretene Gesetz zur Pressezensur durchgeführt. An einzelnen Orten wurden Versammlungen und Demonstrationen durchgeführt.

Bihar ist insbesondere dadurch bekannt, daß dort häufiger als anderswo in Indien Fälle von Folter und auch

Morde vorkommen in Polizeigefängnissen. Über Indien hinaus wurde bekannt, daß Ende 1981 mehrere wegen kleiner Delikte angeklagte Männer im Polizeigewahrsam geblendet wurden. Daraufhin hatte es heftige Straßenkämpfe in Bagalpur gegeben. Bihar hat eine vorwiegend ländliche Struktur, und das Feudalsystem ist hier noch erheblich stärker ausgeprägt als sonst in Indien. Insbesondere die Landarbeiter und armen Bauern haben unter der massiven Unterdrückung zu leiden. In dem von der regierenden Congress Partei (I) Indira Gandhis geführten Bundesland wurden schon mehrfach Fälle weitgehender Korruption aufgedeckt. Nachdem einige Lokalredakteure jetzt darangegangen waren, das Verschwinden staatlicher Subventionen und die Folter und Morde verstärkt aufzudecken, wurde im August von der Regierung Bihars ein Änderungsgesetz erlassen.

Dieses Gesetz stellt alles unter Strafe und Folter, was als „unflätig oder obszön oder nötigend“ Geschriebenes gilt, und auch denjenigen, der solcherlei Schriftstücke in seinem Besitz hat. Dasselbe Gesetz war bereits 1981 im Bundesstaat Tamil Nadu unter Ministerpräsident Ramachandran erlassen worden, hatte allerdings keinen massiven Widerstand hervorgerufen. Jede Stadtregierung wird ermächtigt, nach eigenem Ermessen zu handeln. Praktisch bedeutet das Gesetz, daß jeder Journalist und Leser verhaftet und gefoltert werden kann auf unbestimmte Zeit, wenn er sich gegen die Regierung oder deren Maßnahmen ausspricht.

Für ganz Indien ist bei dem Pressegesetz von Bedeutung, daß jeder Journalist oder Leser aus Bihar, der sich in einem anderen Bundesstaat aufhält, auch verhaftet werden kann. Alles was dazu benötigt wird, ist eine Kopie der inkriminierten Drucksache. Das Gesetz ist auch bereits für den Bundesstaat Maharashtra, in dem Bombay liegt, vorgeschlagen worden mit Hinblick auf die 250000 streikenden Textilarbeiter.

Im indischen Parlament wurde gegen diese Maßnahme von der Opposition protestiert, woraufhin die indische Regierung verlauten ließ, daß sie die Maßnahmen gutheiße. Nachdem der Generalstreik eine so breite Unterstützung fand und insbesondere von fast allen kleinen Händlern, Rickschafahrern und Bauern unterstützt wurde, ließ der Ministerpräsident von Bihar durch sein Büro für Öffentlichkeitsarbeit verlauten, daß der Streik zusammengebrochen sei und sich nicht der Unterstützung durch die Bevölkerung erfreuen könne. Allerdings hatte er tags zuvor Korrespondenten der wichtigsten Tageszeitungen verhaften lassen.

Quellenhinweis: Massline, New Delhi, div. Ausgaben; Times of India, Bombay, div. Ausgaben.

„Izwe lethu“ – „Das Land gehört uns“ Eine Losung des Pan Africanist Congress

Interview mit Modipe Ph. Mogkadi, Vertreter des Pan Africanist Congress (PAC) im deutschsprachigen Raum.

Der PAC war an der Vorbereitung des Aufstandes von Soweto im Jahr 1976 maßgeblich beteiligt. Welche Bedeutung hat dieser Aufstand für den Kampf des Volkes von Azania für nationale Befreiung?

Wir haben immer gesagt, um eine Revolution erfolgreich führen zu können, ist es notwendig, daß das Volk, das die Revolution führen soll, sich darüber einig sein muß. Die politische Bedeutung liegt darin, daß dieser Aufstand eindeutig demonstriert hat, wie einig das Volk ist. Wir haben schon vorher gesagt, es gibt keine anderen Mittel, um Azania zu befreien, als den bewaffneten Kampf. Die Konsequenz, die wir daraus gezogen haben, ist: Die politische Reife für eine Revolution in Südafrika ist gegeben. Der politische Konsens für die Revolution ist gegeben. Die Bereitschaft zum Handeln ist auch gegeben. Für uns, für den PAC war es an der Zeit, das notwendige Netzwerk, das man für eine Revolution braucht, aufzubauen. Wir sind sehr weit im Aufbau dieses Netzes. Dieser Aufstand war ein Gradmesser für die Bereitschaft im Volk, Taten statt Worte sprechen zu lassen.

Wie sieht der PAC die Rolle der Landarbeiter und Bauern im Kampf gegen das Siedlerregime?

Wir sprechen vom Volkskrieg, weil wir unser Land befreien müssen. Wir haben immer gesagt, es kann in der sogenannten Republik Südafrika keine Lösung geben, es sei denn, daß die historische Schmach, die dem Volk von Azania zugefügt wurde, rückgängig gemacht worden ist. Diese historische Schmach liegt darin, daß man uns mit Waffengewalt unser Land weggenommen hat, daß man sich mit Waffengewalt über uns und unserem Land etabliert hat und sich mit Waffengewalt auch noch an der Macht hält. Wenn man das Land, die sogenannte Republik, darauf ansieht, wird man feststellen, daß das Land auf der einen Seite hochindustrialisiert ist, man sagt, daß es den höchsten Industriestandard Afrikas hat. Aber auf der anderen Seite ist es ein Agrarland, lebt noch von der Agrarwirtschaft, so daß wir nicht sagen können, wir können nur entweder mit den Bauern, weil es ein Agrarland ist, die Revolution führen – oder nur mit den Arbeitern, weil es ein Industriestaat ist. Wir müssen beide zusammenfügen.

Zudem gibt es einen ständigen Austausch zwischen den Landarbeitern und den Industriearbeitern – ständig werden Menschen aus den städtischen Gebieten abgeschoben und werden Menschen aus den ländlichen Gebieten angeworben. Schwarze Landbesitzer gibt es kaum. In den „Heimatländern“ herrschen ähnliche Verhältnisse wie in den von weißen „Farmern“ besetzten Gebieten, nur daß hier die Landbesitzer die schwarzen Marionetten sind, mit viel Geld ausgestattet von der Siedlerregierung.

Wie sind die Besitzverhältnisse in den „weißen“ Gebieten auf dem Land? Woher beziehen die weißen Farmer ihre Arbeitskräfte?

Die weißen „Farmer“ haben drei Quellen: Die erste ist die dort ansässige Bevölkerung. Ein Bure hat z. B. eine Riesenfläche, die er sein eigen nennt und hat so und soviel schwarze Familien, die darauf wohnen. Der gibt dann als Existenzgrundlage ein paar Streifen Land an diese Familien, die sie bebauen können für sich selbst. Als Pachtzins für den Boden muß zumindest der Vater der Familie mindestens drei Monate auf der Farm des Buren arbeiten, die „Farmer“ verlängern das meist auf sechs Monate. Die sechs besten Monate des Jahres werden dann so verbracht, daß der Familienvater für den Buren arbeitet, mit dem Erfolg, die Familie ist mit dem Bebauen der kleinen Parzellen überlastet, und das bringt auch nicht viel, womit man Kopfsteuern und ähnliche Dinge abgelten könnte. So daß man dort eine Art Wander-



N. Pokela, Vorsitzender des PAC vor der OAU: „... ist es in der Tat sehr naiv, den Kampf in unserem Land als Kampf für die Rücknahme einiger diskriminierender Gesetze zu betrachten.“

arbeiter findet, die sechs Monate für den Buren arbeiten und sechs Monate irgendwo in einer Industrie, um Steuern bezahlen zu können. Und auch um das, was die Familie erwirtschaftet hat, zu subventionieren.

Das ist die erste Quelle. Die zweite Quelle ist Wanderarbeit, Saisonarbeit. Wenn sehr viel Arbeit anfällt, z.B. beim Einfahren der Ernte usw., dann werden Arbeiter aus den sogenannten „homelands“ rekrutiert, die man meistens in Form von Naturalien bezahlt. Wenn sie z.B. Apfelsinen geerntet haben, kriegen sie nach Beendigung der Erntezeit einen Sack Apfelsinen vom Farmer und ein paar Mark. Sie können dann nach Hause gehen und sehen, wie sie die Apfelsinen versilbern, oder sie müssen sie aufessen.

Die dritte Quelle ergibt sich aus den Paßgesetzen. Gerade zur Erntezeit werden die Razzien auf Grund der Paßgesetze verstärkt. Es werden viele verhaftet, weil sie entweder ihre Pässe zu Hause vergessen haben oder irgendetwas anderes. Um die Gefängnisse nicht zu voll zu stopfen, werden diese Gefangenen dann an die „Farmer“ ausgeliehen. Der braucht ja nicht viel zu zahlen, er bezahlt die Gefangenen auch nicht direkt, er zahlt dem Staat. Der Staat kassiert, der „Farmer“ hat gespart und seine Ernte eingebracht. Das sind die drei Quellen, wo diese Leute ihre Arbeitskräfte herholen.

Also beruht die gesamte Nahrungsmittelproduktion, auch die Exporte, auf der Arbeit von schwarzen Landarbeitern und nicht auf der Arbeit von weißen „Farmern“?

Es hat, seit der weiße Mann seinen Fuß auf azanischen Boden gesetzt hat, noch nie etwas gegeben, das er wirklich angepackt hat. Er hat immer Möglichkeiten gesucht, daß irgendjemand die Arbeit für ihn verrichtet. So ist man auch auf die Idee gekommen, Inder zu importieren, Chinesen zu importieren und auch einige schwarze Sklaven aus dem übrigen Afrika zu importieren. Nachdem der Weiße die erste Runde der militärischen Auseinandersetzung gewonnen hatte, versuchte er dann alsbald die Schwarzen in der Arbeit einzusetzen, sei es in der Industrie oder auf den Farmen oder sonstwo. Ich persönlich habe noch nie einen Weißen gesehen, der wirklich zugepackt hat. Seine Arbeit besteht meistens darin, daß er kontrolliert, wie fleißig die Schwarzen sind.

Du hast vorhin gesagt, daß Südafrika Nahrungsmittel exportiert. Das stimmt. Aber der Ernährungszustand ist nicht so, wie der Export von Nahrungsmitteln suggeriert. Ganz von vornherein hatte man sich darauf festgelegt, daß jeder, der investiert, sein Kapital mit Zinsen und Zinseszins zurück erhalten muß. Und als man den Weißen Land angeboten hat, um zu plan-

zen, nachdem man es den Schwarzen weggenommen hatte, hatte man versprochen, daß auch sie Zins und Zinsszinsen daraus kriegen, daß sie immer Profite erwirtschaften würden. Und diese Leute sind an die „Arbeit“ mit diesem Versprechen gegangen. Heute wird alles auf den Weltmarkt verkauft. Erst Mitte der 60er Jahre sind sie dahinter gekommen, daß ein potentieller schwarzer Markt existiert. Trotzdem sind Preis und Lohn dermaßen auseinander, daß nur eine bestimmte Schicht der Schwarzen sich Apfelsinen, Melonen und ähnliche Dinge leisten können. Der Lebensstandard der Weißen in Südafrika ist der dritt- oder viert höchste auf diesem Planeten. Aber der der Schwarzen auch der dritt- oder viertniedrigste.

Wie entwickeln sich die Kämpfe auf dem Land?

Ich würde sagen, sehr gut. Der Pan Africanist Congress ist auf der politischen Bühne in der sogenannten „Republik Südafrika“ mit dem Lösungswort „Izwe lethu“ – „das Land gehört uns“ – aufgetaucht. In sehr kurzer Zeit hat der Burenstaat gemerkt, daß hier die eigentlich Gefahr wächst – der Pan Africanist Congress durfte nur elf Monate lang legal existieren. Das war die Sprache, die vor allem die Leute in den ländlichen Gebieten verstanden haben. Die haben ja gesehen, wie das Land ihnen abgenommen wurde.

Man kann den Kampf in den ländlichen Gebieten nicht statistisch festlegen, so wie in den industriellen Ballungszentren, wo man sagen kann, es wurde so und so viel mal gestreikt, so und so viele Arbeiter von Volkswagen haben ihre Arbeit niedergelegt usw. In den ländlichen Gebieten gestaltet sich der Kampf anders. Z.B. während des Aufstandes von 1976 haben sehr viele weiße „Bauern“ das Land verlassen und in den Städten Zuflucht gesucht, weil es für sie zu heiß wurde auf dem Land, weil die Landarbeiter sich gesagt haben, jetzt ist es soweit. Jetzt ist die Zeit reif, um den zu vertreiben. Es gibt heute sehr viele Landstriche, die von den weißen „Landbesitzern“ verlassen sind, weil sie sich nicht mehr dort hin trauen. Ein Beispiel ist eine Riesenfarm zwischem dem, was man Boputhatswana nennt und der Großstadt Pretoria, im nordwestlichen Transvaal. Es gibt Gegenden, wo das weiße Militär heute mehr Patrouillen durchführt, weil die Siedler Angst haben, daß es dort zu einer Explosion kommen könnte. Wir vom Pan Africanist Congress haben den Leuten, die auf dem Land leben, gesagt, sie sollen Programme entwickeln, sie sollen mit Projekten anfangen, und wir werden mit ihnen diese Projekte zu verteidigen wissen, wenn die weiße Macht versucht, an diese Programme heranzukommen.

Farm-Schulen

Eine Fragestunde im „Parlament“

1. Van Rensburg (PFP): Wieviele a) Farmschulen, b) Farmschullehrer und c) Farmschüler gab es im weißen Teil der Republik Ende 1980?

Harzenberg (Erziehungsminister): zu a) 4865 Schulen; zu b) 9542 Lehrer; zu c) 449794 Schüler.

2. Van Rensburg: Wie hoch waren die Aufwendungen für Farm-Schüler 1980?

Harzenberg: Gesonderte Informationen über Aufwendungen für Farmschulen liegen nicht vor.

3. Van Rensburg: Wie viele Schüler zählte man in jeder Klasse der Farmschulen?

Harzenberg:

1. Schuljahr	128381
2. Schuljahr	96487
3. Schuljahr	83079
4. Schuljahr	55476
5. Schuljahr	41439
6. Schuljahr	26562
7. Schuljahr	15371
8. Schuljahr	2574
9. Schuljahr	76
10. Schuljahr	49
Gesamt:	449794

Kommentar:

Diese Zahlen erzählen eine traurige Geschichte. Noch trauriger aber ist, was sie ungesagt lassen. Ein liberales Mitglied des Rassisten-Parlaments beschrieb schwarze Farmschulen als ein Beispiel für eines der übelsten Überbleibsel des feudalen Systems, die in Südafrika noch existieren. Es gibt vier Hauptmerkmale des Farm-schulwesens:

(I) Einige weiße Farmer versuchen sicherzustellen, daß schwarze Kinder die Schule besuchen.

(II) Die Existenz der Schulen ist von der Willkür der weißen Farmer abhängig.

(III) Staatliche Zuschüsse an diese Schulen können, wenn es hoch kommt, nur als miserabel bezeichnet werden.

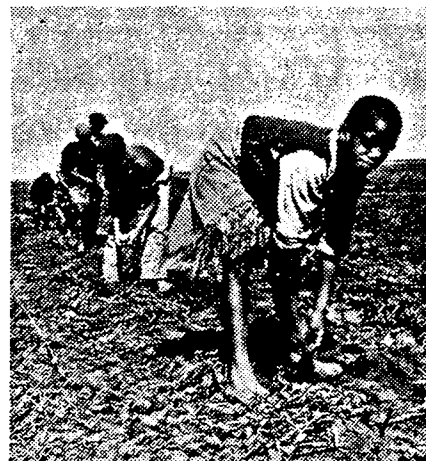
(IV) Die meisten Farmer erlauben Schulen nur unter der Bedingung, daß Eltern ihre Kinder als (meistens unbezahlte) Arbeitskräfte zur Verfügung stellen.

Ein Artikel im Magazin „Reality“ sagt, daß „die Arbeit, die schwarze Kinder auf weißen Farmen verrichten, nicht als edukative Ergänzung zu dem, was den Kindern in der Grundschule beigebracht wird, gedacht ist.“

Ein ehemaliger rassistischer Minister für Bantu-Erziehung hat die Situation so beschrieben: Wenn ein Farmer, der eine schwarze Schule auf seinem Land hat, wünscht, die Kin-

der unter Aufsicht eines Lehrers für die eine oder andere Arbeit einzuteilen, kann das auf geordnete Weise geschehen.

Im Jahresbericht der Abteilung Bantu-Erziehung wird mit Stolz darauf hingewiesen, daß man R200000 zur Errichtung von Farm-Schulen zur Verfügung gestellt hat. Der „Stolz“ dieser Abteilung lag in der großspuri-gen Erklärung, daß mit dem Geld 200 Klassenzimmer gebaut werden können. Diese Summe aber reicht nicht einmal annähernd aus, um ein Drittel einer weißen Grundschule zu bauen. Das heißt also, nicht einmal fünf



Ein Erlaß von 1959 bestimmt für die Farmschulen: „Die Farm-Schulen müssen die normalen Arbeiten auf der Farm einüben ...“

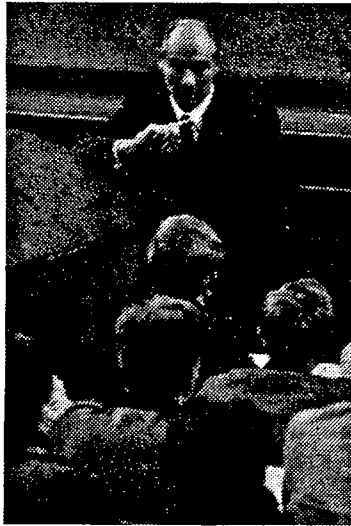
Klassenzimmer. Die Arithmetik: 200 schwarze Klassenzimmer werden für den gleichen Betrag errichtet wie fünf weiße.

Diese Situation kann weiter erklärt werden. Schwarze Farm-Schulen haben einen Mangel an Möbeln, Büchern, Labor-Einrichtungen und Sportmöglichkeiten. Da gibt es kaum Sporthallen und Toiletten. Wasser ist sehr oft ein Problem. Die Gebäude haben keine Klimaanlage. Im Winter wird nicht geheizt, und im Sommer gibt es keine Kühlung. Es gibt selten, wenn überhaupt, elektrisches Licht.

(Aus: Azania News Vol 18 No 5)

Abdruck aus:

MAFUBE (Morgenrot) – Ein Nachrichtenbrief des PAC; Herausgeber: PAC-Vertretung im deutschsprachigen Raum; Erscheinungsweise: monatlich – Zu beziehen über: Modipe Ph. Mokgadi, Butzstraße 17, 4600 Dortmund 15; Spendenkonto: BLZ: 44060122; Konto: 4033336000 Volksbank Dortmund-Mengede



Die Weiße Rose

Eine Würdigung des Kampfes der Geschwister Scholl gegen die Faschisten

Der Film „Die weiße Rose“ von Michael Verhoeven, der jetzt in den Kinos läuft, beschäftigt sich mit dem Widerstand gegen das Hitlerregime, speziell der Gruppe „Weiße Rose“, deren Münchener Mitglieder 1943 vom Volksgerichtshof in München und unter Vorsitz des berühmten Richter Freisler verurteilt und hingerichtet wurden.

Hans und Sophie Scholl, die zentralen Figuren des Filmes, waren Mitglieder einer Münchener, überwiegend aus Studenten bestehenden Gruppe, die sich zum Ziel gesetzt hatte, zum Sturz des Hitlerregimes beizutragen. Die Gruppe verfertigte Flugblätter, die sie an der Universität verteilte und per Post verschickte. Sie verteilten die Flugblätter auch in anderen Städten und gewannen so Mitglieder. Bei der Zerschlagung durch die Faschisten wurden insgesamt 130 Menschen verhaftet.

Kinofilme über den Widerstand gegen das Faschistenregime gibt es selten. Hauptsächlich wurde von den bürgerlichen Ideologen versucht, den Attentatsversuch der Offiziere des 20. Juli 1944 als den Widerstand in Deutschland hinzustellen. Parallel dazu wurde lange die Meinung verbreitet, daß man damals eben „nichts machen konnte“.

Michael Verhoeven's Film zeigt, daß die Mitglieder der Weißen Rose gegen die Hitlerdiktatur gekämpft haben. Er geht an verschiedenen Punkten auf das Mittel der Sabotage

ein. Die Mitglieder der Gruppe haben eine Auseinandersetzung darüber, ob sie in dem nächsten Flugblatt zur Sabotage in allen gesellschaftlichen Bereichen aufrufen sollen. Als Argument dagegen wird angeführt, daß Sabotage zu weitgehend sei und schon eine Gewaltanwendung darstelle. Der Streit endet damit, daß im Flugblatt steht: „... ein Sieg des faschistischen Deutschland in diesem Krieg hätte unabsehbare, fürchterliche Folgen ... Wie kann er (jeder) gegen den gegenwärtigen „Staat“ am wirksamsten ankämpfen, ... Sabotage in Rüstungs- und kriegswichtigen Betrieben, Sabotage in allen Versammlungen, Kundgebungen, Festlichkeiten ... Sabotage auf allen wissenschaftlichen und geistigen Gebieten, die für eine Fortführung des gegenwärtigen Krieges tätig sind ...“ Auch andere Stellen des Filmes heben diesen Aspekt hervor. Als Sophie Scholl einige Wochen in einem Rüstungsbetrieb arbeiten muß, läßt sie sich von einer russischen Kriegsgefangenen zeigen, wie die Munition durch Einfüllen von Brotkügelchen unscharf gemacht wird und füllt ebenfalls in die Patronen Brot statt Pulver. Diese Szenen werden im Film der Auffassung gegenüber gestellt, daß man abwarten müsse, was die Armee gegen die Faschisten macht.

Der Film unterstützt die Position, daß es richtig war, auf eine Niederlage der Faschisten im 2. Weltkrieg hinzuarbeiten.

Von diesem Gesichtspunkt her wird auch dem Zuschauer der Mut zum Kampf nicht zerstört, sondern gefördert, obwohl auch die Hinrichtung von Sophie Scholl gezeigt wird. Der Film arbeitet aber nicht den Hintergrund und die Ziele der „Weißen Rose“ heraus. Das ist eine Schwäche, denn die Thematisierung der Absichten der „Weißen Rose“, nämlich den Kampf gegen Hitler als dem Bösen und Antichristen, hätte es möglich gemacht, sich darüber Gedanken zu machen, ob es richtig war, Hitler so zu bekämpfen. Weil der Film diesen Aspekt nicht aufklärt, sondern „mitlaufen“ läßt, bekommt er auch von der Bourgeoisie gute Kritiken, die eine christliche Aufarbeitung des Widerstands will.

Die Zustimmung der Bourgeoisie zum Film ist allerdings geteilt. Der Film endet mit der Information, daß der Bundesgerichtshof die Urteile der Faschisten gegen die „Weiße Rose“ anerkannt hat. Am 12. Oktober wurde über Karlsruhe die Pressenotiz verbreitet, daß der Bundesgerichtshof die Urteile nicht billige, aber „... er habe im Gegenteil in anderen Fällen Urteile des Volksgerichtshofs als rechtswidrig gekennzeichnet, wenn die Todesstrafe in einem unerträglichen Mißverhältnis zum Verhalten des Beschuldigten gestanden habe.“ Was nach Auffassung des Bundesgerichtshofes bei den Urteilen gegen die Mitglieder der „Weißen Rose“ offenbar nicht der Fall war.

Lynchjustiz für Lloyds

„Bei erfolgreicher Bergung steht dem Retter ein gesetzlicher Anspruch auf ein Drittel der Ladung zu.“ Die Verletzung dieses Beutegrundsatzes des Schiffbergungsrechts bildet den dünnen Stoff für den 1936 das erste Mal erschienenen Krimi „Der Heilige über Bord“ von Leslie Charteris. Eine Gangsterbande hat sich auf das Plündern von mit großen Schätzen an Bord gesunkenen Schiffen spezialisiert – zum Schaden britischer Versicherer, die nur noch leere Tresore in den Wracks finden. Der „Heilige“ alias „Simon Templar“ – „ein äußerst intelligenter Dandy, der liebt schöne Frauen und hat Humor, hilft den Wehrlosen und verfolgt und straft die Schurken“, so der Klappentext – nimmt sich des Falls an. Nachdem mit blumenreicher Beschreibung der schmallippigen, hinterhältigen, blassen und schlecht genährten Gangster im Gegensatz zu dem stets sonnengebräunten „Heiligen“ klar gestellt ist, wo hier „Recht“ und wo „Unrecht“ zu finden ist, erledigt er von den Gangstern, die nur einen Mord zustandebringen, gleich drei. Dem einen zertrümmert er den Schädel, den zweiten erschießt er, den dritten ersäuft er – dabei immer fröhlich und zu Scherzen aufgelegt. Ein eindeutiger Fall von Lynchjustiz im Auftrag von Versicherungsgesellschaften. Deshalb liest sich das Bändchen auch leicht – weil es immer ohne Schnörkel darstellt, daß das Recht natürlich auf seiten des Geldsacks liegt.

Leslie Charteris, Der Heilige über Bord, Heyne Crime Classic 2004, München 1982, 5,80 DM

Eine bauerliche Lebensgeschichte

Mit liebevoller Ironie erzählt ein neunzigjähriger Bauer seine Lebensgeschichte. Geboren 1847 in der Mark Brandenburg als Sohn armer Bauern, die sich gerade aus der Leibeigenschaft freigekauft haben, erlebt er die Entwicklung des deutschen Imperialismus bis zur Machtergreifung des Faschismus. Seine Anstrengungen, der Enge des Landlebens zu entfliehen, scheitern. Als Handwerker und Arbeiter in Berlin findet er schließlich keine Arbeit mehr; ein Versuch, als Milchhändler in der Stadt reich zu werden, endet mit dem Bankrott. So verschlägt es ihn wieder aufs Land, nach Pommern. Zunächst arbeitet

er als Knecht bei einem Junker, spart und leih sich das Geld zusammen für einen eigenen Hof. Die Erfahrungen und die Begegnungen mit der Sozialdemokratie in der Stadt haben den Blick des Gottlieb Grambauer für das materielle Elend, die Engstirnigkeit und die Kennntnislosigkeit der Landbevölkerung geschärft. Zornig aber greift er die Vorurteile der Stadt gegenüber dem Land an, die über die Presse verbreitet werden, enttäuscht von der Unfähigkeit und Unwilligkeit sozialdemokratischer Reichstagspolitiker, die Arbeitsumstände der kleinen und mittleren Bauern zu erkennen. Grambauer ist kein „vaterlandsloser Geselle“, seine und der anderen Bauern Vaterlandsbegeisterung und Verehrung für Bismarck beschreibt er als eine Mischung von Obrigkeitgläubigkeit, gestärkt von Kirche und Gendarmerie, und dem Wunschtraum, wenn schon nicht durch die eigene Arbeit, so doch wenigstens als Teil des großspurigen Deutschen Reiches Anerkennung in der Welt zu finden. Die Verarmung und Verelendung der arbeitenden Klassen in der Folge des ersten Weltkrieges treffen ihn um so bitterer. Der Roman beruht auf Aufzeichnungen eines alten Bauern. In zensierter Fassung wurde das Buch zuerst 1937 im faschistischen Deutschland veröffentlicht. Der Autor Ehm Welk lebte nach dem Ende des zweiten Weltkrieges bis zu seinem Tode in der DDR, wo die unzensierte Fassung des Buches erstmals veröffentlicht wurde.

Ehm Welk, Die Lebensuhr des Gottlieb Grambauer, Beichte eines einfältigen Hens, rororo 4128, 7,80 DM

Indizierung eines Hitlerromans

Der niedersächsische Kultusminister Rimmers besorgte den Antrag auf Indizierung des Science-Fiction Romans von Norman Spinrad „Der stählerne Traum“, gestützt auf das „Gesetz über die Verbreitung jugendgefährdender Schriften“ und die Tatsache, daß eine unter den Fittichen seines Ressorts gedeihende rechtsradikale Schülerzeitschrift das Buch begrüßte. Die Bundesprüfstelle verfügte die Indizierung am 9.4.1982. Das dreiteilige Werk darf nicht ausgestellt und nur auf Aufforderung verkauft werden.

Das Vorwort beginnt mit der Fiktion, daß Hitler 1919 nach Enttäuschungen mit einer

rechtsradikalen Organisation in die USA auswanderte und dort zum Illustrator von schlechten Heftchen wurde. Kurz vor seinem Ende 1953 verfaßte er den Roman „Herr des Hakenkreuzes“. Posthum erhielt er dafür den Hugo Gernsback Preis, höchste Auszeichnung für SF-Schreiber.

In diesem Roman, dessen Wiedergabe den zweiten Teil bildet, ahmt Spinrad den Stil von Hitlers „Mein Kampf“ nach. Die Welt ist durch einen Atomschlag verseucht und von mutierten Geschöpfen bevölkert. Nur in einem Land, Heldon, gibt es noch „wahre Menschen“, die für die Reinhaltung ihres Erbgutes und gegen die „Dominatoren“, die das Untermenschentum in der Welt ausbreiten wollen, kämpfen. Hier findet der Führer Ferric Jaggar die Stütze für den Aufbau seiner Organisation, die Errichtung seiner faschistischen Herrschaft und die Ausrottung aller Völker außer den rassechten Helden. Es folgt eine durchsichtige Darstellung von Hitlers Überfällen auf fremde Länder bis hin zum Feldzug gegen die UdSSR. Anders als Hitler siegt Jaggar weltweit. Er bezwingt sogar den letzten Schlag der „Doms“, die Atombombe erneut zu zünden und auch die Gene der Helden für die Zukunft zu versuchen. Deren Wissenschaftler sind jedoch rechtzeitig imstande, durch „Zellkernteilung“ Abbilder ausgewählter SS-Männer zu schaffen und deren Züchtung fabrikmäßig zu betreiben.

Mehrere Gegner der Indizierung weisen darauf hin, daß ein Nachwort den dritten Teil des Werkes bildet, in dem sich ein fiktiver Professor über Hitlers Roman kritisch äußert. Seine Erklärung ist ein Beitrag zu der bürgerlichen wissenschaftlichen Richtung, die die Terrorherrschaft des Nationalsozialismus aus dem Wahnsinn Hitlers erklärt. Hierin liegt wahrscheinlich die größte Schwäche Spinrads in der moralischen Begründung für sein Werk. Wahr ist, daß einem beim Lesen des Hauptteils schlecht wird. Nicht einzusehen ist jedoch, daß der Leser nicht erkennen könnte, daß Spinrad keineswegs ein Verherrlicher des Nationalsozialismus ist, sondern daß er dazu beizutragen sucht, den Appetit auf die in den USA blühende Fantasy-Literatur mit ihren durchweg faschistischen Zügen zu verderben.

Quellenhinweis: N. Spinrad, Der Stählerne Traum, Heyne TB 3783, 6,80 DM. Heyne Science Fiction Magazin 3, TB 3888, 7,80 DM

Deutschlandberichte der SPD 1934/40

Anschauliche und vielfältige Nachrichten aus dem Faschismus

Mehrere hundert Berichterstatte aus allen Teilen des Deutschen Reiches zeichnen in den Deutschlandberichten ein Bild des Lebens im Faschismus, wie es lebendiger und beklemmender nicht existiert. Zehntausende von Meldungen, Briefen und Dokumenten wurden gesammelt, in das Ausland geschmuggelt und vom Exilvorstand der SPD gesichtet und zusammengestellt. In einer Auflage von 500 Exemplaren wurden die Berichte an ausländische Parteien, Gewerkschaften und Zeitungen versandt. Sie sind nützlich, wenn man sich gegen die angekündigte Propagandawelle zum 50. Jahrestag der faschistischen Machtergreifung wappnen will. Ein Register ermöglicht den raschen Zugriff auf das immense Material (8500 Seiten).

Die Berichte zeigen – und darauf wollen wir uns hier konzentrieren – vor allem eins: Der Faschismus war die Macht des Finanzkapitals, war terroristische Abrechnung mit der Arbeiterklasse. Deren Versklavung wurde unter der Phrase organisiert, die Spaltung des Volkes in Klassen zu überwinden und als Nation zu erstarken. Reichsarbeitsminister Seldte erklärte am 29.3.37 im „Völkischen Beobachter“: „Aber die Reichsregierung muß daran festhalten, daß, solange noch große Aufgaben zur Erringung und Sicherung unserer nationalen und wirtschaftlichen Freiheit zu erfüllen sind, Wünsche auf eine Verbesserung der noch zurückgebliebenen Löhne zurücktreten müssen.“ (1). Nach Zerschlagung der KPD und SPD, der Gewerkschaften und der Beseitigung der Betriebsräte diktierten die Faschisten Lohnsenkungen, die Aufhebung des 8-Stundentags und ein Arbeitstempo, bei dem Arbeiter bei der Arbeit umfielen und starben:

„Ein Präzisionsarbeiter eines großen Autowerkes berichtet: Im Jahr 1932 hatte ich noch einen Stundenlohn von 1,10 RM und nur rund 3 RM Abzüge. Wenn ich damals auch zwei Stunden weniger arbeitete, bekam ich doch nie weniger als 40 RM Nettolohn ausbezahlt. Jetzt arbeite ich 48 Stunden und bekomme als Spezialarbeiter 89 Pf Stundenlohn. Da die Abzüge ca. 12 RM pro Woche betragen, erhalte ich oftmals nicht einmal 30 RM ausgezahlt ... Die Löhne der Bauarbeiter im Erzgebirge betragen gegenwärtig 54 Pf, der Bruttolohn bei 48-stündiger Arbeitszeit 25,92 RM. Der Abzug beträgt bei einem Arbeiter mit zwei Kindern 7,52 RM, so daß ihm netto 18,40 RM verbleiben. Die Arbeitslosenunterstützung würde wöchentlich 16,20 RM betragen.“ (2)

„Unsere Firma baut Militärfahrzeuge, leichte Tanks, Maschinengewehrwagen ... Die Durchschnittsarbeitszeit der Arbeiter beträgt z. Z. 70 Stunden, in verschiedenen Abteilungen wird auch sonntags gearbeitet. Viele Arbeiter gehen erst nachts um 12 Uhr nach Hause und müssen morgens um 6 Uhr wieder da sein.“ (3)

„Aus den Delbrückschächten der Preußag in Hindenburg wird berichtet, daß die Arbeiterschaft gegen die Steiger und Aufseher sehr gehässig ist und daß ihre Leistungen sehr zurückgegangen sind. In einer Belegschaftsversammlung erklärten einige Bergleute, daß die Arbeit so anstrengend sei, daß man dabei krepieren könnte. Auch aus den Gleiwitzer Lokomotivwerkstätten wird gemeldet, daß dort die Belegschaft sehr unzufrieden ist und sich wegen der Akkordsätze und Löhne wiederholt beschwert hat. Man könnte den Anforderungen nicht mehr entsprechen, da der Lohn kaum dazu ausreiche, sich satt zu essen.“ (4)

„In den Metallwerken X. (Wasserkante) betrugen die Löhne der Niete bisher 65 Pf die Stunde mit 20% Zulage, zusammen also 78 Pf. 800 Niete am Tag waren die Leistung. Jetzt hat man wieder Akkord eingeführt, dabei sind die 20% weggefallen. Es mußten jetzt 1200 Niete pro Tag geleistet werden, um den gleichen Lohn zu erhalten. Darauf setzte Widerstand ein. Die Niete schlugen höchstens 500 bis 600 Niete ein. Ihr Wochenlohn war 21 RM. Jetzt wurden vier Leute entlassen und bekanntgegeben, daß, wenn nicht 1200 Niete am Tage geschafft würden, die Belegschaft wegen Sabotage der Gestapo übergeben werde ... Schließlich haben die Arbeiter erklärt, daß sie nicht mehr als 1000 Niete schaffen könnten. Hierbei ist es geblieben.“ (5)

Die Faschisten begannen 1933 sofort damit, Tarifverträge ersatzlos aufzuheben. Schrittmacher des Lohnabbaus wurde die Zwangsarbeit der Arbeitslosen und die sog. Notstandsarbeiten (vor allem Straßenbau). Die Löhne sanken um 20% und mehr und damit unter das Niveau von 1932, dem Tiefpunkt der Weltwirtschaftskrise. Teilweise lagen sie unter dem Arbeitslosengeld. Der 8-Stundentag, Ergebnis der Novemberrevolution, war in der Arbeitszeitordnung (AZO) vom 26.7.34 zwar enthalten, diese erlaubte aber die völlige Freiheit der Regelung der Arbeitszeit durch „Tarifordnungen“. Die AZO vom 30.4.38 und einige Ausführungsbestimmungen legalisierten Arbeitszeiten von über zwölf Stunden. Schließlich erzwangen die Kapitalisten ein gnadenloses

Arbeitstempo, weil die Arbeiter faktisch unter Kriegsrecht standen. Das Urteil des Reichsarbeitsgerichts vom 7.10.36 hob den bis dahin gültigen Anspruch eines Akkordarbeiters auf mindestens den tariflichen Stundenlohn auf. In „Tarifordnungen“ tauchte der Begriff „minderleistungsfähig“ auf und begründete weitere Lohnsenkungen.

Ergebnis des faschistischen Terrors war der Wunsch nach Einheitsfront. Der Exilvorstand der SPD schrieb 1934: „Die Sehnsucht nach einer Einigung der Arbeiterklasse ist heute in Deutschland so stark wie nie zuvor.“ (6) Die SPD blockierte aber eine Politik der Einheitsfront. Eine Erklärung dafür mag sein, daß die SPD haarsträubende chauvinistische Positionen vertrat – in den Deutschlandberichten nachzulesen –, die es ihr oftmals nur ermöglichten, die Politik der Faschisten als „gewalttätig“ zu kritisieren (so hielt sie den „Anschluß“ Österreichs an Deutschland an sich für berechtigt, nur die Form, in der er dann geschah, lehnte sie ab). Das Gegenstück faschistischer Gewaltpolitik war für die SPD die „westliche Demokratie“ (vor allem England), und sie wird auch als Hauptkraft gegen den Faschismus dargestellt – und nicht die Arbeiterklasse.

Quellenhinweis: Deutschlandberichte der SPD 1934 – 1940; (1) 1937, S. 1002; (2) 1938, S. 312; (3) 1938, S. 336; (4) 1937, S. 1246; (5) 1936, S. 1465; (6) 1934, S. 460.

1956 – 1966

Die „deutsche Frage“ in der völkerrechtlichen Praxis der BRD

Die hier zur Rede stehende Etappe in der Geschichte Westdeutschlands reicht von der vertraglichen Einbeziehung in die NATO und ihre westeuropäische Union (WEU), der endgültigen Aufhebung des Besatzungsstatuts und der damit verbundenen (Wieder-)Erlangung außenpolitischer Handlungsfreiheit (1954/55) bis hin zu jener vorübergehenden Aufrichtung der Großen Koalition bestehend aus CDU/CSU und der SPD (26.11.1966 – 21.10.1969). Wenn im folgenden diese sogenannte „Ära der ‚Hallstein-Doktrin‘“, d.h. des Alleinvertretungsanspruchs der BRD für ganz Deutschland bzw. das deutsche Volk“ hinsichtlich der o.a. Thematik behandelt werden wird, dann sollte der Leser folgendes stets bedenken: Dieser völkerrechtlich bzw. außenpolitisch angemessene „Alleinvertretungsanspruch“ Westdeutschlands mußte *zunächst nach innen* – vermittels der rechtsstaatlichen Zerschlagung des organisierten revolutionären Flügels der westdeutschen Arbeiterbewegung, der KPD – in Gestalt des KPD-Verbots-Urteils des Bundesverfassungsgerichts vom 17.8.1956 durchgesetzt werden. Welche enorme völkerrechtliche bzw. außenpolitische Bedeutung die westdeutsche Monopolbourgeoisie diesem Versuch der Ausschaltung der Hauptkraft im Kampf um einen demokratischen Friedensvertrag (auf der Grundlage des Potsdamer Abkommens) beimaß, mag man daran erkennen, daß das „Europa Archiv“ vom 5.10.1956 mit diesem Verbotsurteil „die Diskussion über die rechtlichen und politischen Grundlagen des deutschen Anspruchs auf Wiedervereinigung in eine neue Phase eingetreten“ (S. 9203) sah. Diese „Grundlagen“ – sie reichen vom imperialistischen Mißbrauch des Selbstbestimmungsrechts zum Zwecke der Expansionsfreiheit bis hin zur Einverleibung der DDR-Bürger als „Deutsche im Sinne des Grundgesetzes“ – müssen, auch aus aktuellen Gründen, im folgenden ausführlich wiedergegeben werden:

„Die deutsche Bundesregierung hält daran fest, daß sie allein die Sprecherin der 18 Millionen Deutschen in der Sowjetzone ist ...; (sie ist) allein legitimiert, die deutschen Interessen im Ausland zu vertreten, da nur sie eine demokratisch gewählte Volksvertretung und Regierung besitzt“ (Bundeskanzler Adenauer im Bundestag, 29.10.1957, Stenograph. Berichte, S. 24f.).

„Nach Art. 1, Abs. 2 dieser Satzung (der Vereinten Nationen, d. Red.) sollen in den Beziehungen zwischen den Nationen der Grundsatz der Gleichberechtigung und des Selbstbestimmungsrechts der Völker geachtet werden. Demgegenüber verletzen die Sowjetunion und die Sowjetzonenregierung das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes ohne Unterlaß, indem sie entgegen dem immer wieder dokumentierten Willen des deutschen Volkes, der – auch in der SBZ – auf die Wiederherstellung eines deutschen Gesamtstaates gerichtet ist, die These von den ‚zwei deutschen Staaten‘ vertreten und so an die Stelle des Rechts der Deutschen auf Selbstbestimmung den Machtanspruch der Sowjetunion setzen, die ihre Ziele mit Hilfe einer von ihr eingesetzten Protektorsregierung auf deutschem Boden verwirklichen will. Die drei westlichen Mächte erkennen dagegen das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen an“ (Bericht des Bun-

desministeriums für Gesamtdeutsche Fragen „über die Sperrmaßnahmen“ der DDR-Regierung vom 13.8.1961: „Die Flucht aus der Sowjetzone und die Sperrmaßnahmen ...“, Bonn u. Westberlin, 7.9.1961, S. 37ff.)

„Eine völkerrechtliche Anerkennung ist diesem von der Sowjetunion eingesetzten Regime bis heute nur seitens einer geringen Zahl von kommunistischen Staaten zuteil geworden. Kein einziger Staat der freien Welt hat dagegen das ... Regime als einen selbständigen Staat anerkannt ... Die Bevölkerung dieses Gebiets ist keine eigene Nation, sondern ein Teil des deutschen Volkes, das eine historische, sprachliche und kulturelle Einheit darstellt; sie hat sich auch keine eigene Staatsgewalt geschaffen, sondern befindet sich tatsächlich unter der Herrschaft der Sowjetunion, die sich hierbei der – die Bezeichnung ‚Sozialistische Einheitspartei Deutschlands‘ (SED) tragenden – kommunistischen Partei bedient. Der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands fehlen daher wesentliche Grundlagen und Merkmale einer unabhängigen Staatlichkeit; sie ist kein zweiter deutscher Staat, sondern ein willkürlich abgegrenzter Teil Deutschlands, der von der Sowjetunion nach wie vor unter Einsatz militärischer Mittel beherrscht und auf diese Weise an seiner natürlichen Vereinigung mit der Bundesrepublik gehindert wird. Dieser Zustand widerspricht dem Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes ... Die Bundesrepublik Deutschland, unter deren verfassungsmäßiger Ordnung 54 Millionen Deutsche und damit drei Viertel des deutschen Volkes leben und die im Rahmen ihrer faktischen Möglichkeiten auch den außerhalb ihres derzeitigen Hoheitsgebietes lebenden Deutschen die vollen Staatsbürgerrechte gewährt (an anderer Stelle dieses Memorandums: „Da die Sowjetunion eine Erstreckung des Grundgesetzes auf das Gebiet der von ihr besetzten Zone Deutschlands verhinderte, wurde ... der Geltungsbereich des Grundgesetzes zunächst auf die von den drei Westmächten besetzten Teile Deutschlands beschränkt. Seine Ausdehnung auf die übrigen Teile Deutschlands ist aber nach Art. 23 Satz 2 ausdrücklich vorbehalten. Die Bundesrepublik gewährt im übrigen unabhängig hiervon allen Deutschen einschließlich derjenigen, die ihren Wohnsitz in der sowjetischen Besatzungszone haben, im Bundesgebiet die vollen Staatsbürgerrechte und im Ausland vollen diplomatischen und konsularischen Schutz.“ – Red.), setzt nach alledem das Deutsche Reich als Völkerrechtssubjekt unter Wahrung seiner rechtlichen Identität fort; sie ist der einzige und souveräne deutsche Staat. Bonn, im Juni 1961“ (Memorandum des *Auswärtigen Amtes*, abgedruckt in: „Monatsschrift der Vereinigung Deutscher Auslandsbeamten e.V.“, 1961, S. 205 – 208).

„Man kann die Sache wirklich nur so sehen: Wir kämpfen darum, daß wir die einzige wirklich legitimierte internationale Stimme Deutschlands sind. Deswegen ist doch ganz natürlicherweise alles richtig, was uns in dieser Rolle stärkt, und alles mindestens bedenklich, was uns in dieser Rolle schwächt. Natürlich ist es eine Schwächung, wenn es international andere deutsche Stimmen gibt. Deswegen haben wir eine Linie eingenommen, die sich im Grunde ganz einfach beschreiben läßt, und die auch gegenüber keiner Nation der Welt irgend etwas Unfreundliches enthält. Wir haben gesagt: Diejenigen, die mit uns diplomatische Beziehungen haben, handeln uns gegenüber unfreundlich, wenn sie uns aus unserer Rolle des alleinigen Sprechers Deutschlands quasi verdrängen, indem sie einen zweiten Sprecher Deutschlands nebenbei ein bißchen legitimieren ... es ist doch wirklich ein ureigenes Interesse, das wir haben. Das ist wirklich unser gutes Recht, und das sollten wir unter gar keinen Umständen gefährden. Wenn wir dazu beitragen, die internationale Szenerie ... zu verändern, so daß allein schon optisch ein anderes Bild von Deutschland, nämlich das Bild von zwei deutschen Staaten, international in Erscheinung träte, müßten die Zeche nicht nur wir in der Bundesrepublik Deutschland bezahlen ..., sondern müßte das ganze deutsche Volk bezahlen. Denn, ... das deutsche Volk in der Zone weiß eben, daß sein Schicksal davon abhängt, daß wir möglichst intensiv die Stimme Deutschlands in der Welt bleiben und als solche anerkannt werden“ Bundesaußenminister Schröder zur „Hallstein-Doktrin“ im Bundestag, Stenograph. Berichte 1963, S. 3515).

„... die Bundesrepublik kann und wird den kommunistischen Zwangsstaat auch in Zukunft nicht anerkennen weder de jure noch de facto, denn (er) ... verdankt seine Entstehung einem Besatzungsakt der Sowjetunion ... Zwischen der Bundesrepublik und Mitteldeutschland gibt es allerdings zahlreiche technische Kontakte ... Die Bundesregierung hat keine Sorge, daß diese technischen Kontakte in der freien Welt als eine de facto-Anerkennung der SBZ gewertet werden könnten. Die durch Krieg und Niederlage herbeigeführten Machtveränderungen in Mitteleuropa sind weltweit ... bekannt ... Die technischen Kontakte und menschlichen Begegnungen bedeuten die bedauerliche zeitweise Hinnahme der durch Krieg und Niederlage herbeigeführten Machtveränderungen in Mitteleuropa mit dem Ziel, sie schrittweise durch politische Mittel zu überwinden, nicht durch Gewalt“ (Bundesminister für Gesamtdeutsche Fragen bzw. Vizekanzler Mende vor der WEU-Versammlung in Paris, Bulletin 1964, S. 1643f.).

Im Frühjahr 1966 kam es zu Verhandlungen zwischen der SED und der SPD zwecks eines eventuellen Redneraustausches; um dies zu „ermöglichen“, beschloß der Bundestag mit Zustimmung aller Partei-Fraktionen am 29.7.1966 das sogenannte „Gesetz über die befristete Freistellung von der deutschen Gerichtsbarkeit“ – und zwar könne hinsichtlich „Deutscher, die ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt außerhalb des Geltungsbereichs des Grundgesetzes haben“ (§1) von einer Strafverfol-

gung für einen befristeten Zeitraum abgesehen werden, wenn dies die Bundesregierung für politisch opportun halte. Diesen Angriff auf ihre eigenständige Staatsangehörigkeit hat die DDR-Regierung in einer entsprechenden Note zurückgewiesen. Dies wiederum hat die Bundesregierung mit folgender Erklärung vom 23.7.1966 beantwortet:

„Das kommunistische Regime beklagt sich darüber, daß die Bundesregierung in Anspruch nehme, Deutsche vor Gericht zu ziehen, die außerhalb des Geltungsbereichs des Grundgesetzes Straftaten begangen haben. Damit wird ein Recht angegriffen, das jeder Staat der Welt nach geltendem Völkerrecht für sich in Anspruch nehmen kann. Selbstverständlich werden die Gerichte der BRD jedes Verbrechen gegen die Menschlichkeit bestrafen, das von Deutschen, gleich wo und in wessen Namen, begangen wurde. Besonders grotesk mutet die Argumentation der SBZ deswegen an, weil sie sich gegen ein Bundesgesetz richtet, welches die jedem Staat zustehende Befugnis zur Bestrafung eigener Staatsangehöriger ... einschränkt“ (Bulletin 1966, S. 798).

Man muß in diesem Zusammenhang folgende außerordentlich wichtige Tatsache mitbedenken: Bis zur Aufrichtung der „Großen Koalition“ am Ende der 60er Jahre hatte die BRD ihren in jener Staatsangehörigkeits-Anmaßung zum Ausdruck kommenden „Alleinvertretungsanspruch“ in einem wahrhaftig weltumspannenden Netz von völkerrechtlichen Verträgen – teils vermittelt politischer Kumpanei, teils vermittelt ökonomisch-politischer Erpressung – verankern können: 1960 und 1961 gelang der BRD die Unterbringung von im wesentlichen gleichlautenden Vertragsklauseln bzw. -Formulierungen dieser Art: „Für den Zweck dieses Abkommens ... bezeichnet der Ausdruck ‚Staatsangehörige‘: (a) in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland: Deutsche im Sinne des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland“ (so in einem Abkommen mit dem Malaiischen Bund zwecks „Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen“, 22.12.1960, und im deutsch-griechischen Abkommen über Soziale Sicherheit, 25.4.1961, BGBl II, S. 1065f. bzw. BGBl 1963, II, S. 1153, und BGBl 1963, II, S. 1454).

1963 hat die BRD ebenfalls eine ganze Reihe von Verträgen abschließen können, die entweder diese o.a. Formulierung oder einen direkten Hinweis auf den Grundgesetz-Artikel 116 enthielten, in welchem die „deutsche Staatsangehörigkeit“ für den gesamten Gebietsstand des Deutschen Reiches vom 31.12.1937 geltend gemacht wird. Bei diesen Verträgen handelte es sich u.a. um die folgenden: das deutsch-belgische Abkommen über Soziale Sicherheit vom 7.12.1957, BGBl 1963, II, S. 204 (Inkrafttreten BGBl 1964, II, S. 10), das deutsch-dänische Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung vom 30.1.1962 (BGBl 1963, II, S. 1311, Inkrafttreten BGBl 1964, II, S. 216), den deutsch-griechischen Vertrag über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen vom 27.3.1961 (BGBl 1963, II, S. 216, Inkrafttreten BGBl 1963, II, S. 914), den deutsch-kamerunischen Vertrag über die Förderung von Kapitalanlagen vom 29.6.1962 (BGBl 1963, II, S. 991, Inkrafttreten BGBl 1963, II, S. 1537), die deutsch-chilenische Vereinbarung über den Austausch von Einbürgerungsmitteln vom 13.9.1962 (Bundesanzeiger 1963, Nr. 13, S. 1).

1964 gelang ihr die Unterbringung ihrer Staatsangehörigkeits-Position mittels derselben Formulierung im Abkommen mit der Türkei über Soziale Sicherheit (BGBl 1965, II, S. 1170), im Abkommen mit der Schweizerischen Eidgenossenschaft über Soziale Sicherheit (BGBl 1965, II, S. 1294), im Vertrag mit der Republik Senegal über die Förderung der Kapitalanlagen (BGBl 1965 II, S. 1392/1394) und im Vertrag mit der Republik Niger über die Förderung von Kapitalanlagen. (BGBl 1965, II, S. 1403/1405)

1965 und 1966 gelang ihr dasselbe teils mittels der bereits oben wiedergegebenen Formulierung oder mittels der direkten Erwähnung des Art. 116 Abs. I des Grundgesetzes, und zwar betraf dies u.a. die Verträge über den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen mit Ecuador (BGBl 1965, II, S. 825), mit Tansania (BGBl 1966, II, S. 876), mit Tunesien (BGBl 1965, II, S. 1381); außerdem den deutsch-niederländischen Vertrag über Altershilfe für Landwirte vom 24.5.1965 (BGBl 1966, II, S. 924) und in den beiden Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung mit Israel (BGBl 1966, II, S. 330) und Großbritannien (BGBl 1966, II, S. 370).

Aber mit der Knüpfung dieses Netzes völkerrechtlicher Verankerung der „deutschen Staatsangehörigkeit im Sinne des Grundgesetzes“ war die Geltendmachung des „Alleinvertretungsanspruchs“ nicht erschöpft: Vielmehr hat die BRD auch in den sozialistischen Staaten Osteuropas damit Fuß zu fassen gesucht. Darauf wird im letzten Teil dieser Abhandlung einzugehen sein.

C.F. von Weizsäcker

Physikprofessor auf der Suche nach dem „Einen“

Carl Friedrich von Weizsäcker, Professor der theoretischen Physik, Ordinarius für Philosophie, wie sein Bruder Richard v. Weizsäcker (Reg. Bürgermeister von Westberlin) tätiger evangelischer Christ, gilt in der BRD als philosophische Kapazität in Fragen der Naturwissenschaft. Viele Autoren von Lehrbüchern der Physik geben seine philosophischen Auffassungen wieder.

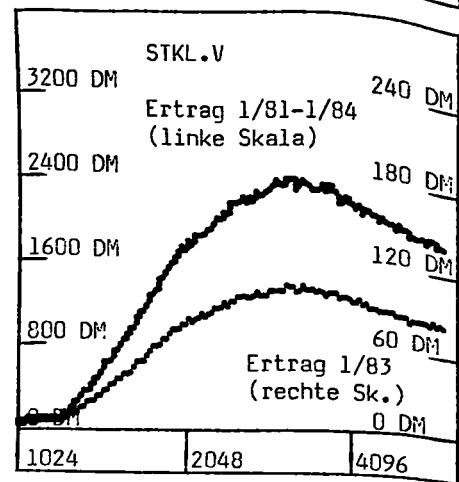
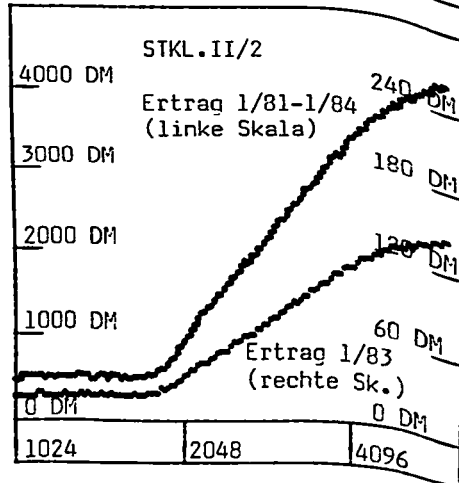
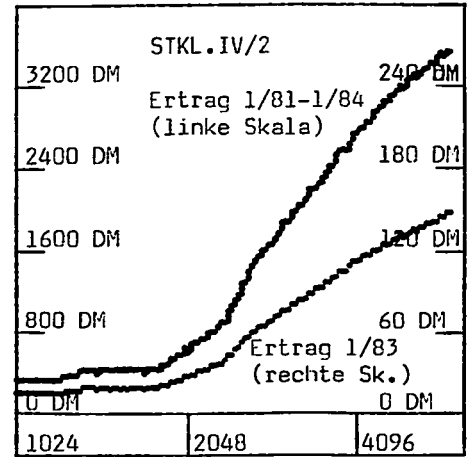
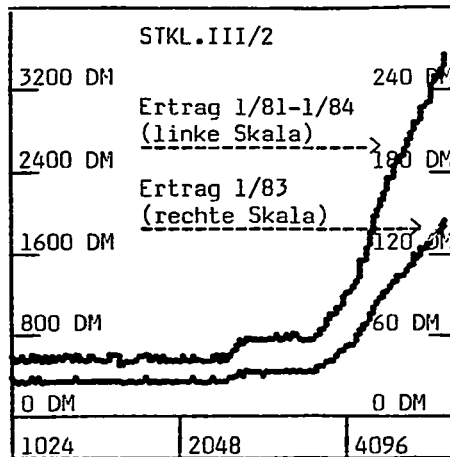
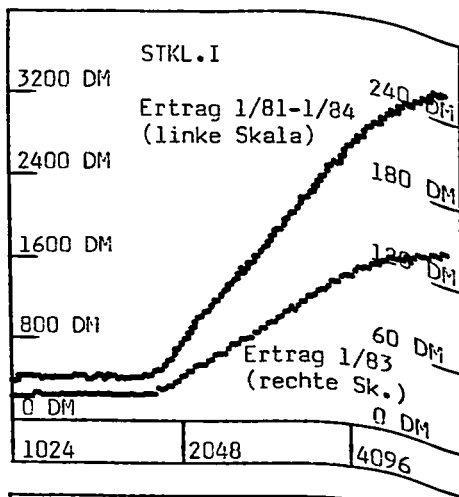
Von Weizsäcker behauptet, mit der Entwicklung der modernen Physik sei die „klassische Vorstellung der prinzipiellen Trennbarkeit von Subjekt und Objekt“ aufgehoben, und er habe „dem oft gebrauchten begrifflichen Gegensatz von Realismus und Idealismus seinen Sinn“ entzogen. Die Aufgabe weiterer Naturwissenschaft wäre die „Einheit des Weltbildes über den Gegensatz von Subjekt und Objekt hinweg“ herzustellen. Diese Vollendung der „Physik als Grundlagenwissenschaft“ hätte folgendes Ergebnis: „Dann gäbe es wenigstens in dem Bereich, den man heute Physik nennt, überhaupt kein spezielles Naturgesetz mehr im Sinne eines nicht grundsätzlich theoretisch aus dem Grundgesetz ableitbaren Satzes.“ Die Physik wäre dann nicht mehr die Untersuchung der Natur, die Ableitung von Gesetzmäßigkeiten aus diesen Untersuchungen und die Überprüfung der Gesetzmäßigkeiten durch Anwendungen sowie Untersuchung der Übereinstimmung mit weiteren Beobachtungen. Physik wäre dann vielmehr eine Wissenschaft von wenigen einfachen „Strukturen“, von Prinzipien, aus denen sich weitere Gleichungen ableiten lassen. Von Weizsäcker setzt so die Existenz von ewigen Prinzipien, Grundgesetzen oder Strukturen voraus, die der Mensch mehr und mehr erahnt, und läßt damit „Raum für eine Deutung der Wirklichkeit als Leben, als Geist“. Und die so dargestellte „Einheit der Natur“ wäre zugleich „die Weise, wie die Natur Gott sehen läßt“.

Eine solche Betrachtung ist keineswegs neu. Von Weizsäcker selbst führt Kepler an: „Gott hat die Welt geschaffen gemäß seinem Schöpfergedanken. Diese Gedanken sind mathematisch ... Der Mensch ist als Geistwesen Bild Gottes und als solches vermag er Gottes Schöpfergedanken nachzudenken und sie in der materiellen Schöpfung wiederzuerkennen. Dieses Wiedererkennen, dieser Gottesdienst ist die Naturwissenschaft.“

Worauf versucht von Weizsäcker sich zu stützen, wenn er die Existenz Gottes als Ergebnis moderner Physik behauptet? Zahlreiche Beobachtungen der atomaren Teilchen ergeben, daß sich über ihr Verhalten nur statistische Aussagen machen lassen. Z.B. wird beim radioaktiven Zerfall gemessen, daß von 100 000 Radiumatomen nach 1600 Jahren die Hälfte zerfallen ist. Dieser Zerfall ist tatsächlich rein statistisch, keines der 50 000 Atome, die zerfallen werden, ist unterscheidbar von den 50 000 Atomen, die nicht zerfallen werden. Jedes Atom hat die Eigenschaft, daß es mit 50% Wahrscheinlichkeit innerhalb der nächsten 1600 Jahre zerfallen wird.

Von Weizsäcker schlägt vor, diese Wahrscheinlichkeit subjektivistisch als Grad unseres Wissens aufzufassen. In unserem Beispiel des radioaktiven Zerfalls wäre die Aussage von Weizsäckers: Ich weiß jetzt, daß in 1600 Jahren, falls ein bestimmtes Radiumatom beobachtet werden wird, es mit 50% Wahrscheinlichkeit zerfallen sein wird. Weil das aber nur ein Wissen ist, folgt: „Man darf nicht allgemein annehmen, daß das, was gewußt werden kann, aber bisher nicht faktisch gewußt wird (z.B., ob das Atom nun in 1600 Jahren zerfallen sein wird oder nicht, d. Verf.), an sich schon vorliegt oder vorbestimmt ist.“ Von Weizsäcker beseitigt so den Widerspruch, daß sich für ein einzelnes Atom keine bestimmte Vorhersage machen läßt, wohl aber für eine große Zahl sicher sagen läßt, daß nach 1600 Jahre die Hälfte zerfallen ist, indem er die materielle Wirklichkeit beseitigt. Die Wirklichkeit kann nur noch als „Wissen“ in Erscheinung treten, fast zwangsläufig ist dann der Schluß, daß sie letztlich Ausdruck des „Einen“ sei. Eine materialistische Klärung dagegen wäre: Entweder veranlassen noch unbekannte Gründe den Zerfall eines Atoms zu einem genau bestimmten Zeitpunkt (die Mehrheit der Physiker lehnt allerdings eine solche Erklärung ab). Oder die atomaren Teilchen haben tatsächlich als Eigenschaft, daß sie statistisch unbestimmt sind.

Quellenhinweis: C.F. v. Weizsäcker, Einheit der Natur, dtv Taschenbuch 10012, 2. Aufl. 1982, 12,80 DM



Lambsdorff gegen Steuerindexierung Inflationsbetrug soll weitergehen

"Aus dem Zusammenwirken von rein nominalen Lohn-/Einkommenssteigerungen und progressivem Tarifverlauf ergibt sich eine Zunahme der Steuerbelastung über die Leistungsfähigkeit der Steuerpflichtigen hinaus. Diese systemwidrigen heimlichen Steuererhöhungen stehen dem Staat nicht zu und sind deshalb zurückzugeben." So beschrieb Lambsdorff im August in schöner Deutlichkeit den Inflationsbetrug mit der Steuer, um gleich den nächsten Reformbetrug zu landen. Von wegen Rückgabe der "heimlichen Steuererhöhungen"! Nachdem die Staatsmacht von der Steuerreform 1981 bis 1984 den Lohnabhängigen ca. 30 Mrd. DM allein durch Inflationsbetrug geraubt haben wird, weil die Steuerformel nicht gesetzlich an die Kaufkraft gebunden ist, soll nach Lambsdorff eine Abflachung der Steuerprogression erfolgen. Allenfalls bleibt die Lohnsteuerbeute für kurze Zeit konstant, vielleicht werden auch Pfennige von der Beute zurückgegeben, so daß vorübergehend eine Entlastung eintritt, aber dann geht es wieder ins Negative. Denn

Reformzweck soll nach Lambsdorff gerade sein, "Forderungen nach einer Indexierung entgegenzuwirken". Umso dringender ist die Verwirklichung dieser Forderung, die bewirkt, daß die Löhne nicht mehr wie bisher einer ständig steigenden Steuerquote unterworfen werden, auch wenn die Lohnsteigerungen gerade auf oder noch unter der Inflationsrate liegen. Zwischen 500 und 4000 DM je nach Lohnhöhe und Steuerklasse wird die Inflationsbeute bis 1984 betragen, gemessen an der Steuerquote bei Inkrafttreten der Steuerreform. Die Bindung des Steuertarifs an die Inflationsentwicklung zu fordern, ist auch wichtig für den Erfolg der Lohnbewegungen: Es zeichnet sich ab, daß den Kapitalisten kaum eine Lohnsumme abgetrotzt werden kann, die sowohl die nötige Anhebung der Niedriglöhne wie die Sicherung des Lohnstandards von Facharbeitern und Angestellten erlaubt. Von der ohnehin notwendigen Steuerindizierung profitieren aber gerade die höheren Lohn- und Gehaltsgruppen, die bei einem Festgeldabschluß schlechter abschneiden.

Zur Berechnung der Steuerindexierung

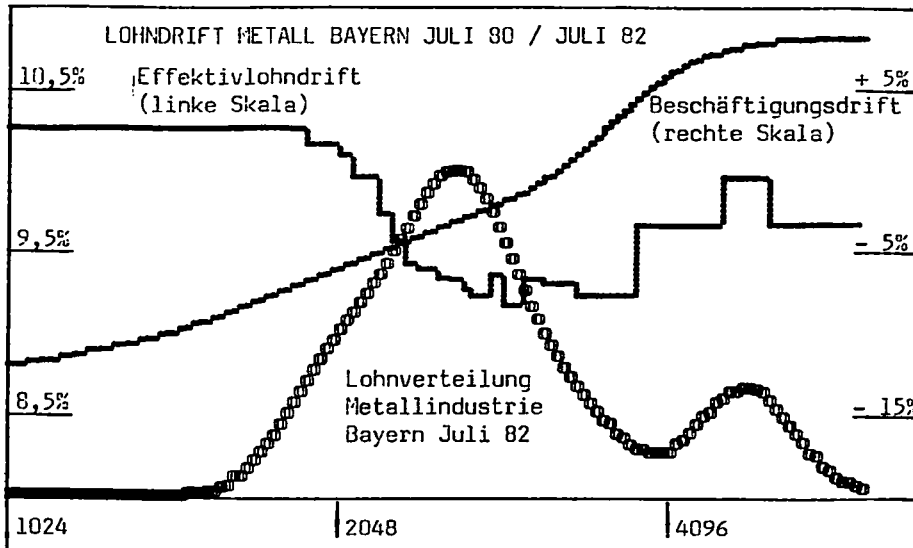
Die in den Schaubildern dargestellten Ergebnisse einer Steuerindexierung beziehen sich auf den Januar 1981 als Basismonat. Zu dem Zeitpunkt trat die letzte Einkommenssteuerreform in Kraft, mit der die damalige SPD/FDP-Koalition einen Teil der Steuerbeute, die durch wachsende Steuerprogression auf inflationär aufgeblähte Löhne in die Staatskasse geflossen war, zurückzugeben versprach. Zurückgegeben wurde nichts; das Lohnsteueraufkommen wuchs 81 zwar langsamer, um 82 umso schneller zu steigen. Denn seit der 81er Reform sind die Preise weiter gestiegen, und entsprechend wächst die Steuerbeute.

In den Rechnungen haben wir unterstellt, daß sich die zu versteuernden Löhne seit 1981 genau entsprechend der Inflationsrate bewegt haben. Daß die Lohnsteigerungen inzwischen unter der Inflationsrate liegen, und zwar in allen Lohnzonen, ändert nichts an der Notwendigkeit einer Steuerindexierung. Von Januar 1981 bis September 1982 stiegen die Lebenshaltungskosten nach den amtlichen Angaben um 9,3%. Für die 36 Monate von Januar 1981 bis Januar 1984 haben wir eine Inflationsrate von insgesamt 16,38% oder monatlich 0,42% unterstellt und damit eine Abflachung der Inflation für 1983 angenommen. Eine solche Entwicklung ist aufgrund der scharfen Einbrüche in der Reproduktion der Massen wahrscheinlich, aber die

von uns verwendete Prognose des Sachverständigenrates (Preissteigerung 1983 knapp unter 4%) liegt möglicherweise zu niedrig.

Zur Berechnung des Steuerraubs seit Januar 1981 haben wir zunächst die Ausgangslöhne Monat für Monat um 0,42% erhöht, jeweils die monatliche Steuerlast nach dem Steuertarif 81 bzw. 82 (für 83 ist der Steuertarif 82 unterstellt) ermittelt und die Steuerlasten der 36 Monate summiert. Zum Beispiel steht der Ausgangslohn 1024 DM (1/81) im Januar 1983 auf 1132,36 DM = 1024 mal (0,42 potenziert mit 24). In Steuerklasse I beträgt die Steuerquote nach Tabelle dann 9,18% gegenüber 8,31% im Januar 1981, obwohl der Lohn nur entsprechend der Inflationsrate gestiegen ist.

Lohndrift Metall 1980-1982: in allen Lohnzonen unter der Inflationsrate



Das nebenstehende Schaubild zeigt die Beschäftigungsänderung und den Lohn- und Gehaltsdrift von Juli 1980 bis Juli 1982 für die metallverarbeitende Industrie des Bundeslandes Bayern. Die absolute Beschäftigtenzahl hat in den 24 Monaten um 23841 oder 3,3% abgenommen auf 694679 Beschäftigte. Die von den Kapitalisten gezahlte Lohnsumme hat sich um 7,85% auf 2,047 Mrd. DM erhöht; bei Zugrundelegung der Beschäftigtenzahlen von 1980 wäre die Lohnsumme um 9,6% gestiegen. Die Gesamtdaten für die BRD liegen noch nicht vor, es besteht aber die Wahrscheinlichkeit, daß sie ähnlich ausfallen würden.

Die Beschäftigungsänderung ist sehr ungleichmäßig. Sie reicht von -11% in den niedrigen Lohnzonen bis +8% in den höchsten (tariflichen) Gehaltszonen. Hiernach hätten die Kapitalisten ihren Leistungs- und Aufsichtsapparat ausgebaut und in der Produktion ratio-

nalisiert. Die vielberedeten Pleiten, die ja Produktions- und Aufsichtspersonal gleichmäßig auf den Arbeitsmarkt werfen, sind danach jedenfalls nicht das Hauptmoment des Beschäftigungsrückganges. Dafür spricht auch der Verlauf des Lohndriftes. Dem Anschein nach hätten die niedrigsten Löhne (und selbstverständlich auch die nicht zu unterschätzende Anzahl von niedrigsten Angestelltegehältern) dem Reallohnverfall besser widerstanden als die höheren Lohn- und Gehaltseinkommen.

Dieser statistische Gesamteindruck täuscht aber wahrscheinlich über die im Einzelfall zugrundeliegenden Vorgänge. Man weiß, daß der Rationalisierung meist ältere Beschäftigte mit anfälliger Gesundheit zum Opfer fallen. Diese haben - jeweil bezogen zum durchschnittlichen Effektivlohn der Tarifgruppe - meist einen nie-

drigeren Lohn. Werden sie wegrationalisiert, so steigt in der Folge der Effektivlohn in den betroffenen Leistungsgruppen, je brutaler sie wegrationalisiert werden, um so stärker. Wahrscheinlich fällt deswegen der Lohndrift im ganzen Arbeiterbereich mit der Lohnhöhe ab. Zu beachten ist, daß der Effekt entstehen kann, ohne daß die numerischen +10,25% Effektivlohnerhöhung irgendwem tatsächlich gewährt worden wären, einfach durch Entlassung der je Schlechtestverdienenden pro Leistungsgruppe. So kraß werden die Dinge selbstverständlich nicht liegen, aber so ähnlich wird es wohl gelaufen sein.

Im ausgesprochenen Angestelltenbereich scheint sich der Lohndrift zu erholen. Aber auch hier trägt der Schein. Man weiß nämlich, daß die Kapitalisten ihre Angestellten aus jüngeren Jahrgängen ergänzen. Anders als bei den Arbeitern (vor allem denen direkt in der Produktion), bei denen der erzielte Lohn mit dem Lebensalter abnehmende Tendenz hat, steigt bei den Angestellten das Gehalt mit dem Lebensalter. Das effektiv vom einzelnen erzielte Gehalt kann (und wird wahrscheinlich) sich in vielen Fällen erheblich besser bewegt haben, als der Gesamtdurchschnitt je Leistungsgruppe ausweist.

Zu bedenken ist vor allem aber: die gesamte Driftkurve liegt in allen Lohn- und Gehaltsbereichen unter der für den Zeitraum gemessenen Inflationsrate von 11,7%, und zwar deutlich. Beschäftigungsänderung und Lohnveränderung zeugen sicher von der ungeheuerlichen Rationalisierungswelle, die allein schon ausreichen würde, um wegen der offensichtlich gesteigerten Ausnutzung der Arbeitskraft eine erhebliche Lohnerhöhung zu begründen.

Die gesetzliche Bindung des Steuertarifs an die Inflationsentwicklung soll verhindern, daß Löhne, die nur mit der Inflationsrate steigen, mit einem ständig höheren Prozentsatz besteuert werden. Deshalb haben wir in einem zweiten Rechenschritt die Steuerquote des Ausgangsmonats für die verschiedenen Löhne nach den unterschiedlichen Steuerklassen ermittelt und nach dieser Quote die Steuerlast in den 36 Monaten bis Januar 1984 auf die mit der Inflationsrate steigenden Löhne errechnet und summiert. Zur Ermittlung der Quote mußten wir allerdings den Januar 1982 wählen, weil erst mit diesem Monat alle Änderungen aus der Steuerreform 1981 - insbesondere für die Steuerklasse II - wirksam wurden. Denn die Steuerindexierung müßte ja die Steuerlastverhältnis-

se bei Inkrafttreten der letzten Steueränderungen wiederherstellen. Für 1024 DM Lohn zum Beispiel beträgt die Steuerlastquote 1/82 in Steuerklasse I 8,12%. Bei einer Steuerindexierung würde der Lohn, der sich 24 Monate später mit der Inflationsrate auf 1132,36 DM erhöht hat, mit derselben Quote besteuert. Der Steuerabzug würde 91,95 DM betragen statt 104 DM nach dem geltenden Steuertarif. Der Steuerraub durch Inflationsgewinn beträgt in dem einen Monat 12,05 DM.

Es geht bei den Rechnungen nicht darum, die Feinheiten eines neuen Steuertarifs auszuknobeln, der die Steuerindexierung enthält. Sondern um die Begründung der Forderung nach Indexierung und die Demonstration des unverschämten Steuer-

raubs, wo der Inflationsgewinn von vornherein eingeplant ist und alle paar Jahre den Bourgeoispolitikern erlaubt, großzügig Reformen anzukündigen und den nächsten Betrug ins Werk zu setzen. Mittels Steuertabelle und unter Zugrundelegung der amtlichen Preissteigerungsraten kann die Berechnung des Steuerraubs leicht nachvollzogen werden. Nach der dargestellten Methode kann auch der Steuerraub auf Löhne, deren Steigerung unter der Inflationsrate liegt, berechnet werden, indem z.B. die durchschnittliche Steigerung der Effektivlöhne von 1/81 bis 9/82 zugrundegelegt wird.

Quellenhinweis: Steuertabellen für 1981 und 1982; Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, div. Ausgaben; Handelsblatt v. 25.8.82

Öffentlicher Dienst

Gesetzliche Lohnpause und Reallohnsenkung



Außenpolitik BRD

„Weltweite Friedenspolitik“ – Die Ansprüche der Imperialisten gehen weit

„Wir hoffen – das ist unser Ziel –, daß es uns mit Gottes Hilfe gelingen wird, das deutsche Volk aufwärts zu führen und beizutragen zum Frieden in Europa und in der Welt.“ Mit diesen frommen Worten aus der ersten Regierungserklärung Adenauers vom 20.9. 1949 umriß Kohl in seiner ersten Regierungserklärung vom 13.10. 1982 die Ziele der westdeutschen Außenpolitik. Der

westdeutsche Imperialismus hat mit wachsender wirtschaftlicher Schlagkraft seine starke Position in Europa aufgebaut, der weltweite Einfluß ist gewachsen, und auf dieser Grundlage meldet er seine Ansprüche immer lauter an. Stetses Ziel der westdeutschen Außenpolitik ist: „Deutschland (soll) wieder dahin kommen, wohin es gehört, nach vorn.“ (Barzel, 1.10. 1982)

Die CDU/CSU/F.D.P.-Regierung hat präzisiert, wie sie Lohnsenkungen durchsetzen will. Bundesinnenminister Zimmermann hat einen Gesetzesentwurf vorgelegt, der für die Beamten eine Lohnpause bis Juli vorschreibt und danach eine Erhöhung der Beamtenbezüge von 2%. Die Regierung nutzt die Tatsache, daß die Beamten keine Tarifrecht besitzen, um eine Vorentscheidung für die Tarifverhandlungen der Arbeiter und Angestellten zu erwirken.



IGM Baden-Württemberg

IGM prüft Tarifargumentation der Kapitalisten



In der Aktion „Unternehmer auf dem Prüfstand“ hat die IG Metall Baden-Württemberg Gewinne, Investitionen und Beschäftigung mehrerer hundert Betriebe untersucht. Nachgeprüft wird die Propaganda der Kapitalisten: „Lohnverzicht schafft zusätzliche Arbeitsplätze“. Die Kapitalisten reagieren heftig, teilweise werden die Plakate der

IG Metall entfernt mit der Begründung: „Die Karikaturen des Plakates versuchen, die Geschäftsleitung zu beleidigen“. Wie weit können die Ergebnisse der Kampagne der Argumentation der IG Metall im Tarifkampf nutzen; wie weit stehen Forderungen wie die „Arbeit auf alle verteilen“ und „Arbeitsplätze sichern“ im Mittelpunkt?

Niederlande

Schwierige Ausgangslage im Kampf gegen die neue Regierung

„Bekämpfung der Arbeitslosigkeit“ – unter diesem Vorwand haben sich die niederländischen Gewerkschaften in letzter Zeit von der Verteidigung des Lohnstandards entfernt. Am 7.10. führte der Gewerkschaftsbund FNV seinen Kongreß durch. Rückt die Verteidigung des Lohns wieder ins Zentrum der gewerkschaftlichen Arbeit? Grund genug gab's – wo der frühere Chef der Metallkapitalisten neuer Regierungschef werden soll.



Politische Berichte

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten – erscheint vierzehntäglich, Preis 2,50 DM

Nachrichtenhefte

erscheinen vierzehntäglich mit acht verschiedenen Heften, Preis pro Heft 0,70 DM

- 01 Stahl- und Metallindustrie
- 02 Druckindustrie
- 03 Chemie und übrige Industrien
- 04 Handel, Banken, Versicherungen
- 05 Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr
- 06 Schul- und wehrpflichtige Jugend
- 07 Studierende Jugend
- 08 Kommunalverbände, Landwirtschaft und kleine Selbständige

Politische Berichte und Nachrichtenhefte werden herausgegeben von:

Zentrales Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

5000 Köln 1

Kamekestr. 19

Tel.: 0221/517376

Sie erscheinen im Verlag GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H.

5000 Köln 1

Kamekestr. 19

Tel. 0221/517457

Bezugsbedingungen:

Politische Berichte: Halbjahresabonnement inkl. Versand 36,- DM, Jahresabonnement inkl. Versand 72,- DM.

Politische Berichte sowie ein Heft Nachrichten: Halbjahresabonnement inkl. Versand 47,- DM, Jahresabonnement inkl. Versand 94,- DM.

Jedes weitere Nachrichtenheft: Halbjahresabonnement 9,- DM, Jahresabonnement 18,- DM.

Einzelabonnement Nachrichtenheft: Halbjahresabonnement inkl. Versand 14,- DM, Jahresabonnement inkl. Versand 28,- DM.

Jedes weitere Heft: Halbjahresabonnement 9,- DM, Jahresabonnement 18,- DM.

Bestellungen sind zu richten an:

GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H.

5000 Köln 1

Kamekestr. 19

Tel.: 0221/517457